

# DAS PARLAMENT

Nr. 39 | Berlin, 20. September 2025 | 75. Jahrgang

www.das-parlament.de

Preis 1 € | A 5544



Bundeskanzler Friedrich Merz will auch die Sozialausgaben in den Fokus nehmen, denn für 2027 zeichnet sich ein großes Defizit ab.

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

## Bundshaushalt 2025 beschlossen

# Die nächste Lücke schon im Blick

144 Milliarden Euro neue Schulden sieht der Etat 2025 vor – ein Rekordwert. Haupttreiber sind höhere Ausgaben für die Bundeswehr. Kritik kommt nicht nur von der Opposition, sondern auch von der Bundesbank und Instituten

**R**ekordschulden: Der Bundestag hat die Aufnahme von mehr als 140 Milliarden Euro an neuen Krediten für das laufende Jahr 2025 mit dem Haushaltsgesetz 2025 (21/500) ermöglicht. Für den Bundshaushalt stimmten 324 Abgeordnete, dagegen 269. Die vorläufige Haushaltsführung endet damit. Größter Schuldentreiber sind die Ausgaben für die Bundeswehr, die nur noch zu einem Teil unter die Schuldengrenze des Grundgesetzes fallen. Im Kernhaushalt sind 81,8 Milliarden Euro an neuen Schulden vorgesehen. Nach der Schuldenregel des Grundgesetzes wären maximal knapp 50 Milliarden Euro möglich gewesen. Da aber für die Verteidigungsausgaben eine „Bereichsausnahme“ gilt, waren mehr Schulden im Kernhaushalt möglich. Die Steuereinnahmen von 387 Milliarden Euro decken die Gesamtausgaben von 503

Euro an Kreditemächtigungen sind hier für dieses Jahr veranschlagt.

### AfD will bei EU, Bundeswehr, Klimaschutz und Bürgergeld sparen

Zum Auftakt der Haushaltswoche am Dienstag kritisierte Michael Espendiller für die AfD-Fraktion die hohen Schulden. Es gebe ein Einsparpotenzial von 111 Milliarden Euro, sagte er. Er schlug unter anderem vor, dass Deutschland seine Zahlungen an die Europäische Union in Höhe von 33,7 Milliarden Euro um 18 Milliarden Euro kürzen solle. Der Etat für die Bundeswehr solle um 10,7 Milliarden Euro sinken. „Man kann jahrzehntelange Versäumnisse nicht mal eben im Handstreich wettmachen“, kritisierte er. Waffenlieferungen an die Ukraine in Höhe von knapp 8,7 Milliarden Euro will die AfD streichen, ebenso wie die Ausgaben für den Klimaschutz. Beim Bürgergeld nannte Espendiller ein Einsparpotenzial von 14,6 Milliarden Euro, bei Integrationskursen von einer Milliarde Euro. Darauf erwiderte Thorsten Rudolph für die SPD-Fraktion in seinem Beitrag: „Die Europäische Union von innen zerstören, Deutschland der russischen Bedrohung ausliefern und den Planeten brennen lassen: So kann man die 15 Minuten Ihrer Rede zusammenfassen.“ Rudolph verteidigte die 86 Milliarden Euro für Verteidigung im laufenden Jahr. „Deutlich mehr als die Hälfte aller Schulden, die wir aufnehmen, dienen der Ausstattung der Bundeswehr.“

Auch Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) verteidigte in der Generaldebatte am Mittwoch die Änderungen im Grundgesetz (siehe Seite 3). „Dieses starke Signal hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Nato auf dem Gipfel Ende Juni in Den Haag eben nicht auseinandergebrochen ist, sondern dass sie im Gegenteil heute stärker ist denn je.“ Mitgetragen hatte die Grundgesetzänderungen im Frühjahr auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. In der Schlussdebatte am Donnerstag warf die amtierende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Lisa Paus, für ihre grüne Fraktion der Koalition nun aber „Begriffsumdeutungen“ vor: „IT-Personalstellen gelten plötzlich allesamt als Investitionen.“ Paus Fraktionskollege Sebastian Schäfer hatte zu Beginn der Haushaltswoche bereits auf kritische Studien der Bundesbank, des Bundesrechnungshofs, des Ifo-Instituts und des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) verwiesen. Die Bundesbank hatte in ihrem Monatsbericht vom August geschrieben: „Es ist in der aktuellen Lage nachvollziehbar, die Verteidigungsfähigkeit und die Infrastruktur kreditfinanziert zu stärken. Aber offenbar werden die neuen Verschuldungsmöglichkeiten in erheblichem Maße genutzt, um anderweitige Haushaltsspielräume zu schaffen.“ So seien beispielsweise im SVIK für das laufende Jahr Kredite von 37 Milliarden Euro veranschlagt, aber die geplanten investiven Infrastrukturausga-

ben des Bundes stiegen 2025 nur um 2,5 Milliarden Euro. „So wie Sie mit dem Sondervermögen umgehen, steigt unser Potenzialwachstum nicht“, befand Schäfer. Dem widersprach der CDU-Haushälter Mathias Middelberg: „Wir investieren gewaltig, in einem Maße, dass es vorher noch nicht gegeben hat.“

### Linke: Von dem Geld kommt »fast nichts« bei den Menschen an

Ines Schwerdtner von der Fraktion Die Linke kritisierte, dass bei den Menschen von den 500 Milliarden Euro „fast nichts“ ankomme, „weil das Geld nicht an die Kommunen fließt, sondern in komplizierte Fördertöpfe“. Schwerdtner kritisierte „zu viele Hürden, zu viel Papierkram, zu wenig Planungssicherheit“. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) wollte das nicht stehen lassen: Zum Ende der Haushaltswoche erklärte er: „Es ist gut für die Menschen in diesem Land, wenn massiv in die Verkehrsinfrastruktur investiert wird.“ Klingbeil nannte weiter die Digitalisierung, den sozialen Wohnungsbau, Schulen und Kitas. Er warf dabei auch einen Blick in die nächste Woche, in der der Haushalt 2026 in erster Lesung auf der Agenda des Parlaments steht. „Und dann sind wir schnell auch bei 2027“, sagte Klingbeil. Dort klafft trotz der neuen Schuldenmöglichkeiten eine Finanzlücke in Höhe von rund 30 Milliarden Euro. „Das wird uns fordern“, prophezeite er.

Stephan Balling

## KOPF DER WOCHE

### Eindringliche Mahnung

**Kay Scheller** Den Abgeordneten der Koalition dürfte die Lektüre keine Freude bereitet haben, die sie zur Vorbereitung auf die kommende Sitzungswoche zum Haushalt 2026 aus dem Haus von Kay Scheller, Präsident des Bundesrechnungshofs, erhalten haben. Darin heißt es: „Der Bund muss wieder in die Lage kommen, seine staatlichen Kernaufgaben aus seinen laufenden Einnahmen zu finanzieren. Die strukturellen Haushaltsprobleme lösen sich nicht im bloßen Vertrauen auf eine künftige positive wirtschaftliche Entwicklung. Es bedarf nachhaltiger Einsparungen durch das Setzen von Prioritäten, eine Fokussierung auf die verfassungsrechtlichen Kernaufgaben, das Hinterfragen von Subventionen und den Vorrang von Investitionen gegenüber konsumtiven Ausgaben.“



bal

## ZAHL DER WOCHE

# 174

Milliarden Euro neue Schulden sind im Haushaltsentwurf 2026 angesetzt. Das sind fast ein Drittel aller Ausgaben.

## ZITAT DER WOCHE

»Der Bund darf nicht länger über seine Verhältnisse leben.«

Der Bundesrechnungshof geht in seinem Bericht mit den Etatplänen von Schwarz-Rot hart ins Gericht.

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG  
34123 Kassel



**IT-Personalstellen** gelten plötzlich als Investitionen

LISA PAUS, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Milliarden Euro im Kernhaushalt nicht und erst recht nicht die diversen Extratöpfe. Aus dem 2022 beschlossenen Sondervermögen Bundeswehr sollen in diesem Jahr weitere 25 Milliarden Euro neue Schulden zu Buche schlagen. Auch das neue Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) treibt die Staatsschulden, 37 Milliarden



## INTERVIEW MIT THORSTEN RUDOLPH

## »Ein großer Wurf ist möglich«

Der SPD-Haushaltspolitiker betont die Stabilität der Investitionsausgaben im Bundeshaushalt und zeigt Bereitschaft zu Änderungen im Sozialsystem. Geboten sei aber auch die Belastung der stärkeren Schultern.

**Herr Rudolph, der Bundeshaushalt 2025 ist verabschiedet. Finanzminister Lars Klingbeil hat auf Rekordinvestitionen von 115 Milliarden Euro hingewiesen. Wie bewerten Sie diese Zahl, insbesondere vor dem Hintergrund, dass zum Beispiel die deutsche Bauindustrie in einer Pressekonzferenz von Verschiebeparkplätzen zwischen dem Kernhaushalt und dem Sondervermögen Infrastruktur sprach und an diesen Rekordinvestitionen zweifelte?**

Da werden gerade viele Nebelkerzen geworfen. Investitionen sind im Haushalt und im Sondervermögen sehr klar definiert. Und die Investitionsausgaben steigen tatsächlich auf rund 115 Milliarden Euro und sollen auch in den nächsten Jahren stabil bei knapp 120 Milliarden liegen. Das sind 40 Milliarden mehr als im letzten Jahr und dreimal so viel wie in den Vor-Corona-Jahren.

**Also hat die deutsche Bauindustrie eigentlich gar keinen Grund zum Meckern?**

Die Fragen drehen sich stets um die Zusätzlichkeit der Investitionen, die aus dem Sondervermögen kommen. Und da wurde eine fachlich sehr kluge Definition von Zusätzlichkeit getroffen. Im Rahmen der Grundgesetzänderung durch Union, SPD und Grüne wurde klar festgelegt, dass auf die Mittel im Sondervermögen erst dann zugegriffen werden kann, wenn im Bundeshaushalt zehn Prozent aller Ausgaben für Investitionen bereitgestellt werden.

Und zehn Prozent der Ausgaben sind in diesem Bundeshaushalt 45,5 Milliarden Euro. Erst dann darf überhaupt auf das Sondervermögen zugegriffen werden. Ob jetzt ein einzelner Titel im Sondervermögen oder im Kernhaushalt oder im Klima- und Transformationsfonds veranschlagt ist, spielt überhaupt keine Rolle. Wichtig ist, dass erheblich mehr investiert werden kann.

**Wie stellen Sie eigentlich sicher, dass die angesprochenen Investitionsmittel tatsächlich effizient dort ankommen, wo sie gebraucht werden? Oder verhindert die oft kritisierte Bürokratie schnelle Investitionen?**

Am vergangenen Dienstag konnte Claudia Müller nur staunen. Die Grünen-Abgeordnete lauschte im Plenarsaal den Worten der CSU-Politikerin Mechthilde Wittmann, die adressierte den grünen Fraktionsvize: „Aber sehr geehrter Herr Audretsch, es ist halt auch die Wahrheit, dass Sie in Ihrer Ampelkoalition den Mut nicht dafür aufgebracht haben, ein solches Paket ins Laufen zu bringen. Wir wären an Ihrer Seite gewesen“. Wilde Zwischenrufe. Und Müller, 44, aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich zugutehält, dass sie auch mit Abgeordneten anderer Fraktionen ein Auskommen anstrebt, schüttelte nur den Kopf. „Ich wunderte mich über die Vergesslichkeit von Frau Wittmann“, sagt sie zwei Tage später am Telefon. „Die Union hatte doch immer wieder gesagt, dass es keine Änderung der Schuldenbremse brauche – dabei hatten wir immer wieder diese Debatte angeregt. Das ist der Versuch einer neuen Erzählung. Sowas hat mich schockiert.“ Immerhin ermöglichten die Grünen der neuen Regierung genau dies: eine Lockerung der Schuldenbremse. Wie die zusätzlichen Gelder ausgegeben werden, diskutiert der Bundestag in dieser Woche. „Es wurde viel gesprochen“, sagt Müller, „aber eine Modernisierung und einen Ruck sehe ich nicht“. Viel zu wenig werde in nötige Investitionen fließen, und außerdem befürchte sie einen Verschiebeparkplatz: „Zum Beispiel werden Internationale Klimaschutzmittel in den Klima- und Transformationsfonds manövriert und entlasten damit den Haushalt der Bundesregierung. Für mich ist das ein Taschenspielertrick.“ Die Bundesregierung zeige sich kreativ in der Auslegung. „Aber alle sehen es.“

Geld bereitzustellen ist nicht alles. Man muss den Zusammenhang mit anderen Maßnahmen der Regierung sehen wie Investitionsbooster, Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung. Alle Maßnahmen sollen helfen, dass wir das Geld dann auch wirklich schnell auf die Straße kriegen und für die entsprechenden Zwecke verwenden können. Dass wir in den nächsten Jahren stabil knapp 120 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, hilft der Industrie, ihre Kapazitäten entsprechend aufzubauen.

**Sind die Ausgaben des Bundes für die Verteidigung hoch genug? Der russische Druck ist in den letzten Tagen wieder erheblich gestiegen. Ein Schweigen der Waffen ist nicht in Sicht.**

Deutschland wird in den nächsten Jahren 850 Milliarden Euro Schulden machen. Wenn man sich vor Augen führt, dass 450 Milliarden davon für die Verteidigung sind, also deutlich mehr als die Hälfte, dann zeigt das, was da passiert: Wir investieren massiv in unsere Bundeswehr, in die Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten. Und wir übernehmen damit Verantwortung in Europa als sicherheitspolitischer Anker, im Rahmen der Nato, aber insbesondere auch gegenüber unseren europäischen Partnern.

**Ein anderer Punkt ist die Digitalisierung in Deutschland, wo großer Nachholbedarf besteht. Wird im Bundeshaushalt ausreichen dafür getan?**

Ja, wir haben ein neues Digitalisierungsministerium geschaffen, und im Sondervermögen stehen allein für dieses Jahr vier Milliarden Euro für die großen Digitalisierungsprojekte bereit. Maßnahmen sind zum Beispiel ein Bürgerkonto, ein elektronischer Identitätsnachweis sowie die Digitalisierung der Verwaltung. Jetzt sind die Mittel dafür da, um diese großen Digitalisierungsprojekte schnell und gut umzusetzen. Das wird das Land tatsächlich nach vorne bringen.

**Die andere Seite ist die Neverschuldung, die deutlich ansteigt. Finanzminister Klingbeil spricht von**



© Thorsten Rudolph

**einem erheblichen Konsolidierungsbedarf. Wo kann denn noch gespart werden?**

Da werden zwei Aspekte vermischt. Wir haben einerseits das Sondervermögen, für das wir Schulden für zusätzliche Investitionen aufnehmen können. Und es gibt auf der anderen Seite die Bereichsausnahmen für Verteidigung, sodass bei den Verteidigungsausgaben das finanziert werden kann, was die Bundeswehr benötigt und was finanziert werden muss.

In allen übrigen Bereichen gilt weiterhin die Schuldenbremse. Und das

ist auch der Grund für den Konsolidierungsbedarf im Haushalt. Das sind im Jahr 2027 30 Milliarden Euro. Und die müssen dann erbracht werden.

**Was soll passieren?**

Am Ende wird es ein Mix an Maßnahmen sein, um die Lücke zu schließen. Wir setzen mit den Haushalten 2025 und 2026 auf Wirtschaftswachstum, was Steuererhöhungen bringen wird. Das wird sicherlich ein Hebel sein. Es muss außerdem eine sozial gerechte und kostendämpfende

Strukturreform der sozialen Sicherungssysteme geben. Außerdem wird man sich Förderprogramme und Subventionen anschauen müssen. Der Bundesfinanzminister hat einen Brief an seine Kabinettskollegen geschrieben und sie aufgefordert, für den Haushaltsentwurf 2027 Einsparungen von einem Prozent des jeweiligen Haushalts vorzunehmen, was bei 500 Milliarden Gesamtausgaben rund fünf Milliarden Euro Einsparungen bedeuten würde.

Ein weiterer Punkt: Es wäre noch das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen, die kleineren und mittleren Einkommen zu entlasten. Ich hätte eine große Sympathie dafür. Dann muss aber darüber geredet werden, ob nicht beispielsweise bei der Vermögensbesteuerung, bei der Erbschaftsteuer oder bei den extrem hohen Einkommen stärkere Schultern mehr tragen müssen und wir zu einer gerechteren Belastung kommen.

**Machen Ihnen in diesem Zusammenhang die Gedanken des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn und anderer Unionspolitiker zur Erbschaftsteuer Mut?**

Das ist ein gutes Zeichen. Wir sind bereit, bei den sozialen Sicherungssystemen Reformen vorzunehmen, die auch dann zu Belastungen führen werden. Anders wird es nicht gehen, damit dieser kostensenkende Effekt eintritt.

Andererseits muss unbedingt auf eine sozial gerechte Verteilung der Belastungen geachtet werden. Erfreulicherweise gibt es hierzu deutliche Signale aus der Union, dass man diese Aufgabe erkannt hat. Ich bin zuversichtlich, dass wir uns in der Koalition auf einen großen Wurf einigen können: Eine kostendämpfende, aber sozial gerechte Reform der sozialen Sicherungssysteme und auch eine höhere Belastung der stärkeren Schultern.

Das Interview führte Hans-Jürgen Leersch. ■

Thorsten Rudolph ist seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2025 haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Obmann der Fraktion im Haushaltsausschuss.

## PARLAMENTARISCHES PROFIL

## Die Verwurzelte: Claudia Müller

Am vergangenen Dienstag konnte Claudia Müller nur staunen. Die Grünen-Abgeordnete lauschte im Plenarsaal den Worten der CSU-Politikerin Mechthilde Wittmann, die adressierte den grünen Fraktionsvize: „Aber sehr geehrter Herr Audretsch, es ist halt auch die Wahrheit, dass Sie in Ihrer Ampelkoalition den Mut nicht dafür aufgebracht haben, ein solches Paket ins Laufen zu bringen. Wir wären an Ihrer Seite gewesen“. Wilde Zwischenrufe. Und Müller, 44, aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich zugutehält, dass sie auch mit Abgeordneten anderer Fraktionen ein Auskommen anstrebt, schüttelte nur den Kopf. „Ich wunderte mich über die Vergesslichkeit von Frau Wittmann“, sagt sie zwei Tage später am Telefon. „Die Union hatte doch immer wieder gesagt, dass es keine Änderung der Schuldenbremse brauche – dabei hatten wir immer wieder diese Debatte angeregt. Das ist der Versuch einer neuen Erzählung. Sowas hat mich schockiert.“ Immerhin ermöglichten die Grünen der neuen Regierung genau dies: eine Lockerung der Schuldenbremse. Wie die zusätzlichen Gelder ausgegeben werden, diskutiert der Bundestag in dieser Woche. „Es wurde viel gesprochen“, sagt Müller, „aber eine Modernisierung und einen Ruck sehe ich nicht“. Viel zu wenig werde in nötige Investitionen fließen, und außerdem befürchte sie einen Verschiebeparkplatz: „Zum Beispiel werden Internationale Klimaschutzmittel in den Klima- und Transformationsfonds manövriert und entlasten damit den Haushalt der Bundesregierung. Für mich ist das ein Taschenspielertrick.“ Die Bundesregierung zeige sich kreativ in der Auslegung. „Aber alle sehen es.“

Die Haushaltspolitik kennt Müller von der Pike auf. Von 2009 bis 2012 engagierte sie sich in der Stralsunder Bürgerschaft als Vertreterin einer Wählervereinigung im Rechnungsprüfungsausschuss, wurde Mitglied bei den Bündnisgrünen, zog in den Kreistag und war als Vize-Fraktionsvorsitzende im Haushalts- und Wirtschaftsausschuss. „Da-



Zahlen und Haushalte sind ehrlich. Sie können nicht lügen.

CLAUDIA MÜLLER



© MdB Müller

mals lernte ich, dass man priorisieren muss und Mehrheiten über verschiedene demokratische Fraktionen hinweg schmieden können muss.“ Das vermisse sie zusehends. „Die Polarisierung auf Bundesebene, der rauere Ton – all dies setzt sich nun auch auf kommunaler Ebene fort“, beklagt sie. Verwaltungsvorschläge würden öfter gegen jede Vernunft abgelehnt, um Wählerstimmen nicht zu verprellen. „Und dann werden noch rottere Zahlen geschrieben.“

In die Politik kam Müller aus Trotz. Ihre Generation verzeichnete in Mecklenburg-Vorpommern die bisher stärksten Abwanderungszahlen. Diesem Trend wollte sie die in Rostock Geborene widersetzen, zu sehr mochte sie die Heimat, die Region. Nach dem Abi studierte sie Internationale Betriebswirtschaftslehre in Stralsund. Aus dem Kreistag heraus wurde sie 2012 Landesvorsitzende der Grünen im Bundesland und zog 2017 in den Bundestag ein; derzeit als einzige grüne Abgeordnete aus dem Nordosten. In Berlin etablierte sie sich rasch. 2022 wurde sie Koordinatorin der Bundesregierung für maritime Wirtschaft und Tourismus, 2023 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Landwirtschaft und Ernährung; Ende November 2024, nachdem die FDP die Ampel-Koalition wegen des besagten Streits um die Schuldenbremse verlassen hatte, wurde sie in Doppelfunktion auch Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Bildung und Forschung.

Im Elternhaus sei zwar über Politik lebhaft diskutiert worden, sagt Müller, aber man sei nicht aktiv gewesen. Der Vater, ein Physiker, sei klassischer Unionswähler gewesen, und die Mutter, eine Lehrerin, „im Dreieck zwischen SPD, Bündnisgrünen und Linken“. Mittlerweile, natürlich, seien beide überzeugte Grünen-Wähler. Müller selbst habe zu den Bündnisgrünen gefunden, weil diese Partei die besten Antworten auf die Ressourcenendlichkeit und die Herausforderung effizienten Arbeitens geben würde. Geblieben ist die Liebe für Zahlen. „Zahlen und Haushalte sind sehr ehrlich“, sagt sie, „sie können nicht lügen“. Daher habe sie so gezeugt, am vergangenen Dienstag.

Jan Rübel ■



## Einzelplan des Bundeshaushaltes 2025

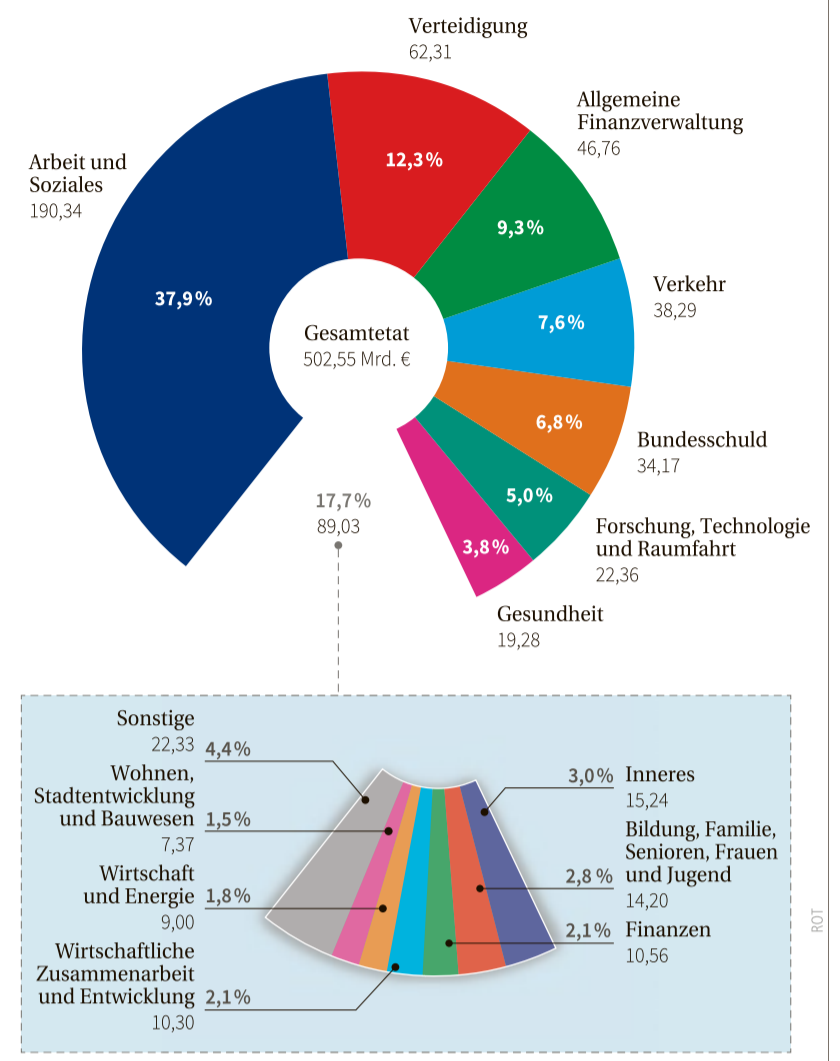
Ausgaben in Millionen Euro (ohne Sondervermögen)		Veränderungen zu 2024	
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	59	+ 12
02	Deutscher Bundestag	1.249	+ 9
03	Bundesrat	39	+ 1
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	4.043	+ 169
05	Auswärtiges Amt	5.893	- 815
06	Bundesministerium des Inneren	15.242	+ 1.897
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	1.163	+ 134
08	Bundesministerium der Finanzen	10.563	+ 754
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	9.022	- 2.068
10	Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat	6.883	- 48
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	190.341	+ 14.666
12	Bundesministerium für Verkehr	38.288	- 5.857
14	Bundesministerium der Verteidigung	62.307	+ 10.355
15	Bundesministerium für Gesundheit	19.283	+ 2.574
16	Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit	2.693	+ 289
17	Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend	14.199	+ 326
19	Bundesverfassungsgericht	45	+ 4
20	Bundesrechnungshof	196	+ 4
21	Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	47	+ 2
22	Unabhängiger Kontrollrat	12	+ 1
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	10.307	- 910
24	Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung	11	+ 11
25	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	7.370	+ 642
30	Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt	22.364	+ 878
32	Bundesschuld	34.172	- 5.400
60	Allgemeine Finanzverwaltung	46.758	+ 8.113
<b>SUMME</b>		<b>502.546</b>	<b>+ 25.743</b>

Quelle: Deutscher Bundestag

Grafik: Stephan Roters

## Ausgaben im Bundeshaushalt 2025

Einzelsetats der Ministerien in Milliarden Euro und Anteile am Gesamtetat



Quelle: Deutscher Bundestag (Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters

### Generaldebatte zur Politik der Bundesregierung

# Eine Frage der Gerechtigkeit

Der Bundeskanzler schwört die Bevölkerung auf große Reformen ein, die Opposition sieht die Regierung auf einem Irrweg. Ein Überblick

Man nennt sie etwas flapsig Elefantenrunde, die traditionelle Aussprache zur Politik der Bundesregierung im Bundestag, immer mittwochs in der Haushaltswoche. Hier sprechen die (politischen) Schwergewichte, der Bundeskanzler und die Vorsitzenden der Fraktionen, auf der Regierungsbank versammeln sich die Ministerinnen und Minister der Koalition. Dreieinhalb Stunden dauert dieser Schlagabtausch zwischen Koalition und Opposition. Und eine gewisse Dickhäutigkeit ist durchaus von Vorteil, wenn Angriffe, Argumente und Zwischenrufe bisweilen wie Pfeile durch das Plenum sausen. Auch diesmal rechneten die Oppositionsfraktionen AfD, Grüne und Linke schonungslos mit der Politik der schwarz-roten Koalition ab. AfD-Co-Fraktionschefin Alice Weidel und die Linksfraktion kassierten wegen herablassender Äußerungen Rügen von Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) und der von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ausgerufenen „Herbst der Reformen“ avancierte mal zum „Herbst der leeren Worte“ (AfD), mal zum „Herbst der sozialen Grausamkeiten“ (Linke).

#### Weidel hält Merz »Kriegstreiberei« und Wortbruch vor

Den Auftakt machte als Vertreterin der größten Oppositionsfraktion Alice Weidel. Mag die AfD bis vor Kurzem noch eine gewisse Nähe zur Union gesucht haben, um möglichen Koalitionen auf Landesebene den Weg zu bereiten – in der Generaldebatte ging Weidel auf maximale Distanz. In ruhigem Tonfall zeichnete sie das Bild einer zu weit links stehenden, nicht mehr konservativen Regierungspartei, die selbst zum tödlichen Attentat auf den rechtskonservativen US-amerikanischen Influencer Charlie Kirk kein Wort verliert. Kirk sei ein

„mutiger Verteidiger der Werte“ gewesen, sagte Weidel, „für die auch Ihre Partei vor langer Zeit einmal stand“. Ihrer Ansicht nach setzt Merz die linke Politik der Vorgängerregierung fort, beim Bürgergeld wie in der Energie- und Migrationspolitik. Mit Blick auf die Ukraine hielt Weidel der Koalition „Kriegstreiberei“ vor; sie sabotiere die Bestrebungen des US-Präsidenten, den Ukraine-Krieg schnell zu beenden. Ihr Fazit: „Das Ergebnis der Reformverweigerung und der CDU-Umfällerei in Serie ist ein zusammengeschustertes, verantwortungsloser Haushalt ohne Maß und Ziel, der kein einziges Problem löst.“

#### Diesmal lässt der Kanzler sich nicht provozieren

Der Bundeskanzler ging mit keinem Wort auf Weidel ein. Hatte er ihre Angriffe in der Generaldebatte im Juli noch strikt zurückgewiesen, überließ er die Abteilung Attacke diesmal den Fraktionschefs Jens Spahn (CDU) und Matthias Miersch (SPD) und konzentrierte sich darauf, die Bevölkerung auf tiefgreifende Reformen in Wirtschaft und Sozialsystem einzuschwören. Es gehe um grundsätzliche Entscheidungen, sagte Merz, etwa müsse der Generationenvertrag neu gedacht werden: Junge Menschen dürften nicht zusätzlich belastet werden, Ältere müssten ihren Ruhestand in wirtschaftlicher Sicherheit genießen können. Bei der Reform des Bürgergeldes, bei dem künftig gespart werden soll, gehe es nicht darum, „Menschen, die nicht arbeiten können, das Leben noch schwerer zu machen“, stellte Merz klar. Aber alle, die es könnten, sollten das auch tun. Für ihn wie für Spahn eine „Frage der sozialen Gerechtigkeit“. Forderungen von Linken und Grünen, mehr Geld von Vermögenden heranzuziehen, erteilte Merz erneut eine Absage. Soziale Versprechen lie-

ßen sich nicht halten, „indem wir weniger, sind sie auch noch so reich, möglichst viel nehmen“, urteilte er. Einen anderen Akzent hatte Spahn zuletzt gesetzt: In der ZDF-Sendung Maybrit Illner sprach er kritisch über die Vermögensverteilung in Deutschland und zeigte sich offen für eine Reform der Erbschaftssteuer. Derart konkrete Maßnahmen nannte Merz nicht, sicherte aber zu, dass die Koalition in den nächsten Wochen weitere Reformvorschläge vorlegen werde. „Wir gehen voran.“ Die Rahmenbedingungen im Land würden bald spürbar besser werden. „Diese Koalition liefert“, betonte auch Spahn. Er verwies unter anderem auf das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität, das verlässliche Rahmenbedingungen für öffentliche Investitionen in Brücken, Straßen und Schienen schaffe. Flankiert würden sie von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, wie Entlastungen bei Unternehmenssteuern und Energiekosten, um langfristiges Wachstum zu ermöglichen. Nur dann könne sich

Deutschland „die Schulden, die wir richtigerweise machen“ leisten. Den Linken warf Spahn vor, den Sozialismus zu verklären, Weidel bezeichnete er als „Kostüm-Konservative“: „Ihr martialischer Populismus, Ihr Radikalismus der Sprache, der zeigt Ihr wahres Gesicht.“ Wenn sich Leistung nicht mehr lohne, beginne das Geschäft der Populisten, warnte er. Deshalb wolle die Koalition das Empfinden für Gerechtigkeit in Deutschland wiederherstellen.

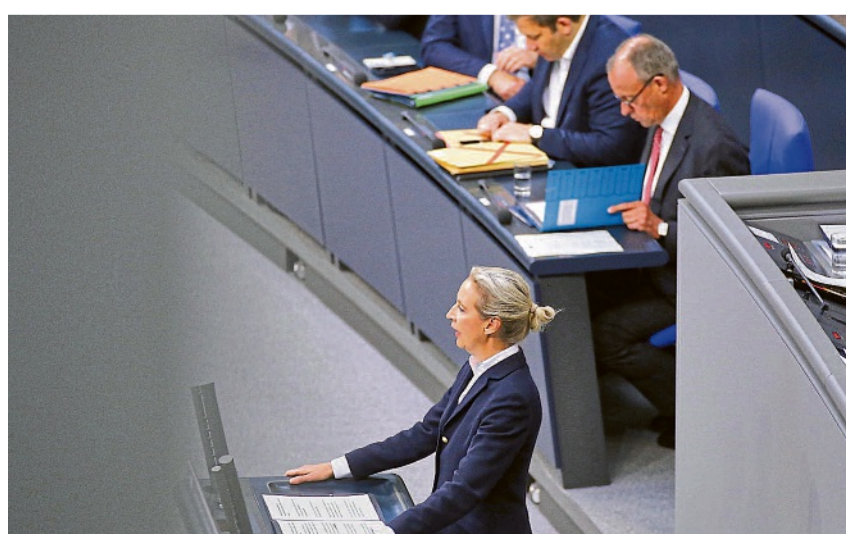
#### Miersch hofft auf Reform der Erbschaftssteuer

Dass es hierzu auch innerhalb der Regierung noch Gesprächsbedarf gibt, machte SPD-Fraktionschef Matthias Miersch deutlich. Die Reform der Sozialsysteme sei „notwendig“, Missbrauch müsse Einhalt geboten werden, betonte er. Doch zur Gerechtigkeit gehöre, dass sich an der Finanzierung auch „die großen, großen Vermögen“ stärker beteiligen. Er äußerte die Hoffnung, dass die Bundes-

regierung sich wegen einer anstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer, ohnehin mit dem Thema auseinandersetzen müsse. Die SPD, versicherte Miersch, stehe zu einem Sozialstaat, „der dem einzelnen Sicherheit gibt, wenn er krank ist, wenn er arbeitslos ist und auch wenn er alt ist“. An die AfD gewandt sagte er, sie betreibe „Kamikaze“, wenn sie die deutschen Beiträge an die EU kürzen wolle. Deutschland brauche die EU in diesen Zeiten, zur Verteidigung seiner Werte und für die Wirtschaft.

#### Dröge lädt den Bundeskanzler in ihren Wahlkreis ein

Grüne und Linke warfen der Bundesregierung mangelnden Gerechtigkeitssinn vor. „Sie machen Politik für die Falschen“, befand Grünen-Co-Fraktionschefin Katharina Dröge und lud Merz in ihren Wahlkreis nach Köln-Chorweiler ein, um den Menschen, oft alleinerziehend und Bürgergeld-Empfänger, ins Gesicht zu sagen, sie müssten sich mehr anstrengen, „Ich vermute, dazu wären Sie nicht in der Lage.“ Die Menschen warteten auf das Geld, das der Kanzler ihnen versprochen habe. Heidi Reichennek, Linken-Co-Fraktionschefin, nannte die Politik der Koalition „widerlich“. Diese rede immer von Sicherheit, meine damit aber nicht soziale Sicherheit, sondern „grenzenlose Investitionen in die Rüstung“. Dabei wüssten die Menschen nicht mehr, wie sie Strom, Mieten und Lebensmittel bezahlen sollten. Reichennek empfahl Merz den Besuch einer Tafel oder Obdachlosenunterkunft. „Sagen Sie denen, dass sie über ihre Verhältnisse leben.“ Die Diskussion dürfte kommenden Mittwoch in die nächste Runde gehen. Dann treffen die Elefanten wieder aufeinander, diesmal geht es um den Haushalt für 2026. *Johanna Metz*



Oppositionsführerin Alice Weidel (AfD) warf dem Kanzler Wortbruch und „Umfallerei“ vor. Der nahm es auf der Regierungsbank betont gelassen. © picture alliance / dts-Agentur





In Schienen, Straßen, Flüsse, Kanäle und Brücken können 2025 bis zu 35 Milliarden Euro investiert werden.

© picture-alliance/Jochen Mack

### 35 Milliarden Euro für die Verkehrsinfrastruktur

# Rekord oder Foulspiel

Die Koalition freut sich über Rekordinvestitionen. Die Grünen hingegen sind sich nicht mehr sicher, ob ihre Zustimmung zum Sondervermögen eine gute Idee war

Der Bahnchef ist weg, das Verbrenner-Aus könnte kippen, die Zukunft des Deutschlandtickets ist unsicherer denn je und ein Neubau von Autobahnen wieder in Planung. Seit dem Regierungswechsel hat sich einiges getan in der deutschen Verkehrspolitik. Gleichgeblieben ist indes die Tatsache, dass der Verkehrsetat auch 2025 der größte Investitionshaushalt des Bundes ist.

Rund 35 Milliarden Euro an Investitionsmitteln stehen Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) in diesem Jahr zur Verfügung. Was die Koalition als Rekordinvestition feiert, ist aber aus Sicht der Opposition ein „grobes Foulspiel“. Beklagt wird, dass zu wenig Geld aus dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ tatsächlich bei der Verkehrsinfrastruktur ankommt. Der Kernhaushalt des Bundesministeriums für Verkehr sieht Ausgaben für Investitionen in Höhe von 23,72 Milliarden Euro vor (21/500). Weitere 11,71 Milliarden Euro sollen aus dem Sondervermögen kommen.

#### Bis 2029 können 166 Milliarden Euro investiert werden

Florian Oßner (CSU) sprach während der abschließenden Beratung des Einzelplans 12 am Dienstag von „Rekordinvestitionen in unser Land, die es vorher so noch nicht gegeben hat“. Bis 2029 könnten für alle Verkehrsträger 166 Milliarden Euro investiert werden – „60 Prozent mehr, als es noch in der Ampelzeit der Fall war“. Verkehrsstaatssekretär Ulrich Lange (CSU) mahnte an, den Bedarfsplan bei Schiene und Straße nicht zu vernachlässigen. „Neu- und Ausbauprojekte müssen bei allen Verkehrsträgern möglich sein“, betonte er. Uwe Schmidt (SPD) forderte, dass künftig im Sondervermögen auch Mittel „für die umweltfreundliche Wasserstraße zur Verfügung stehen müssen“. Paula Piechotta (Grüne) macht sich jedoch Sorgen, was mit dem Sondervermögen, dem zum Ende der ver-

gangenen Legislaturperiode ja auch ihre Fraktion zugestimmt hatte, passiert. Die 300 Milliarden Euro drohen zu zerbröseln „unter der Last der politischen Interessen von einem Söder, von einem Klingbeil und von vielen anderen Ministerpräsidenten“, sagte sie. Das sei ein grobes Foulspiel – nicht nur an den Abgeordneten, die seinerzeit ihren Arm gehoben hätten, „sondern auch an den Menschen in diesem Land“. Wer Schulden aufnehme, müsse auch dafür sorgen, dass es einen Gegenwert gibt.

#### Teile der Investitionen werden in das Sondervermögen ausgelagert

Sascha Wagner (Linke) argumentierte ähnlich. Erhebliche Teile der Investitionen würden nicht mehr im Kernhaushalt, sondern im Sondervermögen veranschlagt und damit ausgelagert. Sondervermögen seien aber „definitiv keine verlässliche Basis, um erhebliche Teile der öffentlichen Infrastruktur dauerhaft zu finanzieren“, sagte Wagner. Auf die Frage, wie es nach dem Sondervermögen weitergehen solle, bleibe die Bundesregierung daher auch die Antwort schuldig.

### GRÖßTE AUSGABEN

> **Straße** 10,82 Milliarden Euro stehen für die Bundesfernstraßen zur Verfügung. 3,63 Milliarden Euro davon soll die Autobahn GmbH des Bundes investieren dürfen.

> **Schiene** 12,6 Milliarden Euro sind im Kernhaushalt eingestellt – allein 8,48 Milliarden Euro für die Erhöhung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn AG.

> **Sondervermögen** 11,71 Milliarden Euro können in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden – davon 2,5 Milliarden Euro in den Erhalt der Autobahnbrücken.

Blickt man in die Haushaltsaufstellung, so finden sich in der Tat Positionen, die vom Kernhaushalt in das Sondervermögen oder in andere Etats verschoben wurden. Bei den Baukostenzuschüssen für Investitionen des Bedarfsplans Schiene etwa sind 1,2 Milliarden Euro weniger als für 2024 ausgewiesen. Sie laufen nun unter Verteidigungsausgaben, wie es zur Erklärung heißt.

Der Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege – 2024 gab es dafür 7,47 Milliarden Euro – wurde ebenso in das Sondervermögen verschoben wie die Mittel für die Ausrüstung der Bahninfrastruktur mit dem Zugsicherungssystem ERTMS, die bei 1,08 Milliarden Euro lagen.

Stichwort Bahn: Wolfgang Wiehle (AfD) zeigte sich davon überzeugt, dass auch das viele Geld aus den „Sonderschulden“ am ineffizienten Bahnkonzern nichts ändern. Zwar sei Bahnchef Richard Lutz „endlich abgelöst“ und eine neue Bahnstrategie angekündigt. Der Koalitionsvertrag aber schließe durchgreifende Änderungen an der Struktur des Unternehmens aus, beklagte Wiehle. Deutlich wurde in der Debatte auch, dass die SPD beim Thema Verbrenner-Aus mehr Übereinstimmungen mit den Grünen als mit dem Koalitionspartner hat. Julia Verlinden (Grüne) kritisierte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU), die „in Brüssel für lebensverlängernde Maßnahmen für die klimaschädliche und teure Museumstechnologie der Verbrennungsmotoren werben“. Armand Zorn (SPD) sagte, dass von einem echten Verbrenner-Verbot nicht die Rede sein könne. „Klar ist: Ab 2035 dürfen in der EU Neuwagen mit fossilem Brennstoff – fossilem Benzin oder fossilem Diesel – nicht mehr zugelassen werden“, sagte er. Bestehende Fahrzeuge blieben jedoch erlaubt – gebrauchte dürften weiterverkauft werden. Ebenso klar ist für Zorn aber auch: „Die Zukunft ist elektrisch.“

Götz Hausding

## Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz Außerhalb des Kern-Etats

Der Großteil fließt in den Verkehr und an die Länder

Die Bagger sollen jetzt rollen, das Geld soll jetzt in der Wirtschaft wirken, hat Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) in der Haushaltsdebatte erklärt. Damit soll in der Realität ankommen, was seit dem Frühjahr in Artikel 143h des Grundgesetzes steht: Deutschland darf über die Schuldengrenze des Grundgesetzes hinaus bis zu 500 Milliarden Euro neue Schulden für Investitionen in die Infrastruktur und die Klimaneutralität (SVIK) aufnehmen. Technisch wurde dafür ein Sondervermögen errichtet (21/779). Das heißt auch: Die Aufnahme der Kredite für diesen Bereich wird genauso wie die Ausgaben nicht im Kernhaushalt abgebildet. Diese Trennung in Sondervermögen und Kernhaushalt hat die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom August dazu veranlasst, die Bundesfinanzen als mittlerweile „intransparent und wenig nachvollziehbar“ zu bezeichnen. Wer nachvollziehen will, wofür die Bundesregierung im laufenden Jahr ihr Geld ausgibt, muss sich nicht nur durch die Einzelpläne der Ministerien arbeiten (siehe Grafik Seite 3), sondern insbesondere auch durch den Einzelplan 60, in dem die Wirtschaftspläne der Sondervermögen aufgeführt sind.

#### 37,2 von 500 Milliarden Euro sollen noch 2025 ausgegeben werden

Von den 500 Milliarden Euro, die der Bund laut Grundgesetz für das SVIK bis 2045 aufnehmen darf, sollen im laufenden Jahr bereits 37,2 Milliarden Euro in die Spur kommen. Das Geld, das der Bund mit den neuen Schulden aufnimmt, soll zu einem erheblichen Teil in die Verkehrsinfrastruktur fließen. Im kommenden Jahr sind 11,7 Milliarden Euro aus dem SVIK für Stra-

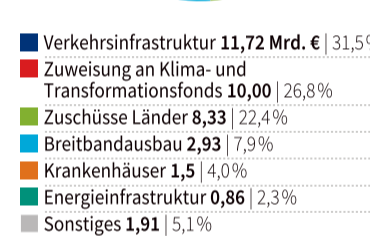
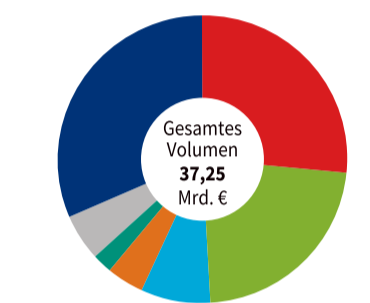
ßen und Schienen vorgesehen, der größte Posten.

Zehn Milliarden sollen 2024 an ein anderes Sondervermögen fließen, den Klima- und Transformationsfonds (KTF), der bereits seit Längerem existiert. 8,3 Milliarden sind für die Haushalte der Bundesländer vorgesehen. Die Mittel für den KTF und die Länder sind eine Folge der Regel im Grundgesetz, derzufolge von den insgesamt 500 Milliarden Euro jeweils 100 Milliarden Euro an den KTF und an die Länder fließen müssen. Weitere größere Ausgabenposten in dem Sondervermögen betreffen den Breitbandausbau (Seite 5), die Krankenhäuser (Seite 12) und die Energieinfrastruktur (Seite 6).

bal

#### Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität

Etat für 2025 in Mrd. Euro und in Prozent



Quelle: Deutscher Bundestag

### Klima- und Transformationsfonds

# Gelder aus CO2-Preis

Sondervermögen mit eigenen Einnahmen

Im Einzelplan 60 „Allgemeine Finanzverwaltung“ findet sich noch ein Wirtschaftsplan (6092) eines Sondervermögens mit dem Titel „Energie- und Klimafonds (EKF)“. Dieses Sondervermögen wurde bereits im Jahr 2010 ins Leben gerufen. 2022 erfuhr der EKF dann die Wandlung zum Sondervermögen „Klima- und Transformationsfonds (KTF)“. Dieses speist sich nicht über eigene Schulden. Stattdessen stammen dort die größten Einnahmen aus der nationalen und europäischen Bepreisung des Klimagases CO<sub>2</sub>, das als Haupttreiber der menschengemachten Erderwärmung gilt. Weitere knapp sechs Milliarden Euro entstammen

2025 der Rücklage, ist also Geld, das in früheren Haushaltsjahren nicht ausgegeben wurde. 2024 waren hier noch 29 Milliarden Euro angesetzt. Außerdem speist sich das Budget des KTF aus neuen Schulden: Zehn Milliarden Euro an Zuweisungen kommen im laufenden Jahr aus dem neuen 500 Milliarden Euro schweren Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz.

Insgesamt stehen im KTF so 36,7 Milliarden Euro an Einnahmen und Ausgaben zur Verfügung, die nicht im Kernhaushalt des Bundes abgebildet sind. Dabei werden die einzelnen Ausgabenposten von unterschiedlichen Ministerien bewirtschaftet.

Der größte Teil fällt dabei in den Bereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (Seite 7). Im KTF sind für das laufende Jahr 15,3 Milliarden Euro zur „Förderung der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien im Gebäudebereich“ vorgesehen. 3,4 Milliarden Euro entfallen auf den Ausgleich der Gasspeicherumlage in der Zuständigkeit des Bundeswirtschaftsministeriums (Seite 6). Dort sind auch die Förderung der Mikroelektronik und Zuschüsse an stromintensiven Unternehmen angesiedelt

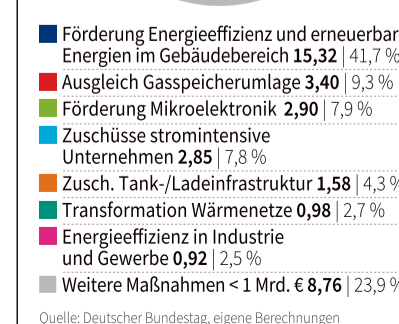
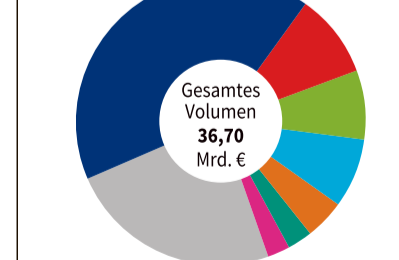
#### Weitere Sondervermögen jenseits des Kernhaushalts

Ein weiteres Sondervermögen jenseits des Kernhaushalts ist das 2022 eingerichtete 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen Bundeswehr. Hier ist für das Jahr 2025 eine Neuverschuldung von 24,1 Milliarden Euro vorgesehen. Für militärische Beschaffungen sind 27,5 Milliarden Euro veranschlagt (Seite 13)

bal

#### Klima- und Transformationsfonds

Etat für 2025 in Mrd. Euro und in Prozent



Quelle: Deutscher Bundestag, eigene Berechnungen



## Erster Haushalt für Digitales und Staatsmodernisierung

## Ein neues Ministerium mit alten Problemen

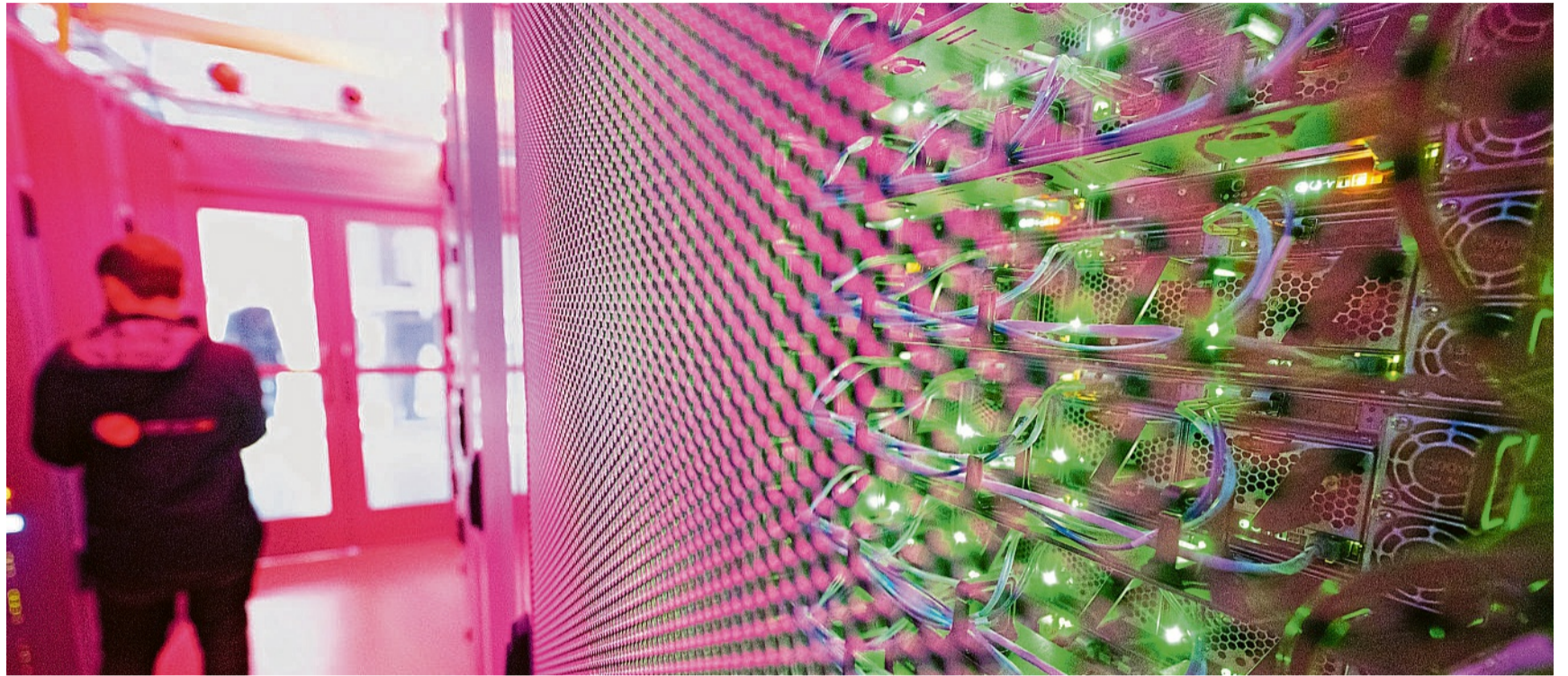
Der Bundestag streitet über Wildbergers Rumpf-Etat, Milliarden aus dem Sondervermögen für Netze - und die Zuständigkeiten des Ministeriums

Den Staat „neu zu denken“, versprach Politik-Quereinsteiger Karsten Wildberger (CDU) nur wenige Wochen nachdem er Deutschlands erstes Digitalministerium übernommen hatte. Doch bereits Anfang September machte ausgerechnet Wildbergers Haus mit Schlagzeilen über fehlende digitale Prozesse von sich reden. Der Grund: Die Bewerberinnen und Bewerber auf die eilig geschaffenen Stellen mussten ihre Unterlagen nicht etwa in ein Online-Portal hochladen, sondern als PDF-Dokument per E-Mail einsenden und sich zusätzlich in ein Excel-Formblatt eintragen, wie der „Tagesspiegel“ berichtete. Willkommen im „Start-up-Ministerium“.

Darüber, dass Digitalisierung vor allem mit Geld und Strukturen beginnt, stritten auch die Abgeordneten in der Debatte zum Etat des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS). Der Bundestag nahm den Einzelplan 24 (21/500) am Dienstag mit den Stimmen der schwarz-roten Koalition an. Für die vielen Baustellen und Projekte steht Wildberger in den kommenden knapp dreieinhalb Monaten ein „Rumpf-Haushalt“ zur Verfügung – so nannte Grünen-Politikerin Ricarda Lang den Etat. Darin sind für 2025 Ausgaben in Höhe von 11,2 Millionen Euro veranschlagt, davon rund die Hälfte für Personal.

## Einzelplan wurde erst mit der Bereinigungsvorlage geschaffen

Erst in der Bereinigungsvorlage für den Haushaltsausschuss war der Einzelplan 24 im Bundeshaushalt sichtbar geworden. Der Großteil der Infrastruktur-Investitionen findet sich jedoch im neuen Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Der Ausgabenschwerpunkt bleibt die Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus: Dafür sind dort 2,93 Milliarden Euro vorgesehen. Auch Investitionen in den Mobilfunkausbau (366,8 Millionen Euro) und



Essenziell für die digitale Souveränität Deutschlands: Der Digitalverband Bitkom hatte zuletzt angemahnt, mehr eigene Rechenzentrums- und Cloud-Kapazitäten zu schaffen. © pa/dpa/Sebastian Gollnow

Mittel für die Digitalisierung der Verwaltung sind dort zu finden. Im bisher für digitalpolitische Projekte relevanten Kapitel des Bundesverkehrsministeriums finden sich ebenfalls noch Gelder, unter anderem für nationale und internationale Digitalpolitik sowie digitale Innovationen wie Künstliche Intelligenz.

Dafür, dass immer noch keine Details zum Organisationserlass vorlägen, habe ihre Fraktion zunehmend wenig Verständnis, monierte Ricarda Lang in der Debatte. Dies führe dazu, dass wichtige Themen verschleppt würden und sei vor dem Hintergrund, dass das BMDS Vorbild für Effizienz und Geschwindigkeit sein wolle, misslich. Sie kündigte an, ihre Fraktion werde im weiteren Prozess darauf achten, dass es „kein Wirrwarr und Doppelzuständigkeiten“ gebe. „Bitte zerschlagen Sie das ITZBund nicht“, sagte die Grünen-Politikerin, das sei genau der falsche Weg.

Auch Ruben Rupp (AfD) kritisierte, dass sich das Haus von Wildberger im Wartezustand befinde – „und das, obwohl wir Vollgas bräuchten“. Der „Mini-Etat“ für das Jahr 2025 dürfe sich 2026 nicht wiederholen, denn damit sei digitale Souveränität nicht zu erreichen. Rupp betonte, eine günstige und solide Energieversorgung sei Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung. Der Strombedarf für deutsche Rechenzentren steige bis 2045 auf mindestens zehn Gigawatt zusätzlich. Angesichts dieses „gigantischen Energiebedarfs“ brauche es einen energiepolitischen Kurswechsel.

Linken-Haushälter Sascha Wagner bemängelte vor allem das Tempo: „Wir bewegen uns in Deutschland maximal im digitalen Schnecken tempo.“ Es gebe nach wie vor „endlose Papierformulare, überlastete Behörden und digitale Angebote, die in der Regel weder nutzerfreundlich noch

barrierefrei“ seien. Die im Onlinezugangsgesetz (OZG) vorgesehenen Leistungen seien bis heute nur teilweise umgesetzt, kritisierte er. Das führe dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger Zeit, Nerven und Vertrauen verlören. Gefragt sei eine digitale Verwaltung, die den Menschen diene.

## SPD mahnt, die Gelder «maximal effizient» einzusetzen

Vertreter der Koalition sehen hingegen die Weichen „für ein neues Kapitel in der Digitalpolitik“ gestellt, wie Franziska Hoppermann (CDU) betonte. SPD-Haushälter Martin Gerster sprach von einem „guten Fundament, auf dem wir aufbauen können.“ Dadurch, dass Aufgaben aus sechs verschiedenen Ressorts im BMDS gebündelt würden, prallten unterschiedliche Kulturen, Zuständigkeiten und IT-Strukturen aufeinander“, sagte Hoppermann. Das sei

nicht weniger als „eine Mammutaufgabe“, räumte die Digitalpolitikerin ein. Um ein organisatorisches Durcheinander zu vermeiden, habe man das neue Ressort mit einem Starterpaket abgesichert, erste Maßnahmen seien bereits umgesetzt worden, betonte sie.

Das „enge Korsett der Schuldenbremse hat viel zu lange wichtige Investitionen, gerade auch bei der Digitalisierung, ausgebremst“, kritisierte Gerster. Mit Blick auf das neue Sondervermögen sei es entscheidend, dass die zur Verfügung stehenden Gelder nun „maximal effizient“ eingesetzt würden – inklusive besserer Planung und Steuerung.

Beim Thema digitale Souveränität sagte Gerster in Richtung des Ministers, er baue auch bei den Sicherheitsthemen, etwa die Modernisierung der polizeilichen IT-Infrastruktur betreffend, auf seinen Einsatz genau dafür. Lisa Brüllner

## Mehr Geld für die Forschung

## 22,36 Milliarden Euro für das Hightech-Ressort

Während Forschungsministerin Bär vom »Future-Ministerium« schwärmt, kritisieren Grüne und Linke Versäumnisse in der Hochschulpolitik

Bundesforschungsministerin Dorothee Bär (CSU) ist zufrieden. Trotz schwieriger Haushaltslage sei es gelungen, knapp 22,4 Milliarden Euro für ihr Forschungs-, Technologie- und Raumfahrtministerium bereitzustellen, sagte sie während der abschließenden Beratung des Einzelplans 30 (21/500) am Mittwoch. „Das sind rund 890 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr“. Die Hightech Agenda profitiere sehr stark vom Kernhaushalt, so Bär. Dazu kämen noch Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Zurecht, wie die Ministerin befand, denn: „Infrastruktur, das sind nicht nur Straßen, sondern auch KI-Fabriken und Quantenrechner.“ Insgesamt 18 Milliarden Euro stünden für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung, „was ich herausragend finde“. Mit diesem Haushalt könne man Deutschland wieder voranbringen. Die Bundesregierung habe vorgelegt, „weil wir tatsächlich das Future-Ministerium sind“, sagte Bär. Florian Müller (CDU) kündigte strukturelle Weichenstellungen für den Haushalt 2026 an. Schon heute aber gelte: „Wir investieren nicht nach Ideologie, wir regieren mit klarem

Blick auf gut bezahlte Arbeitsplätze, auf Wertschöpfung und den Anspruch auf Weltspitze in unserer Forschung.“

Grüne und Linke bewerten den Haushalt und die Vorhaben der Koalition nicht ganz so optimistisch. Paula Piechotta (Grüne) warf Forschungsministerin Bär vor, bei ihrem Fokus auf Hightech und Innovation die „Brot- und Butter-Themen“ wie Hochschulbau und BaföG weniger im Blick zu haben. „Wenn wir Forschung, Innovation und Raumfahrt aber in zehn, 15 oder 20 Jahren noch machen wollen, müssen wir uns darum kümmern, dass wir heute die Studierenden und die Azubis auf dem Weg dahin nicht verlieren“, sagte Piechotta.

## Die Linke: Technischer Fortschritt muss auch sozialer Fortschritt sein

Ministerin Bär wolle sich an der „Weltraumkolonialisierung“ beteiligen, statt sich mit den realen Herausforderungen der Menschen auf diesem Planeten zu beschäftigen, bemängelte Anne-Mieke Bremer (Die Linke). In der Hightech-Agenda würden diese realen Probleme komplett

ausgeblendet. Technischer Fortschritt müsse aber auch sozialer Fortschritt sein, forderte die Abgeordnete. Bremer wies auf „offensichtliche Probleme der Hochschulen“ hin, die auch im Verantwortungsbereich der Ministerin lägen: marode Gebäude, ein gewaltiger Investitionsstau, Kettenverträge, die Abwanderung der Wissenschaft und ein BaföG, „dessen Höhe an Realitätsverweigerung grenzt“.

Svenja Schulze (SPD) sieht indes die Freiheit der Wissenschaft in Deutschland in Gefahr. „Forschende werden massiv dafür angefeindet, dass sie Probleme erklären oder Lösungen vorschlagen“, sagte sie. Eine aktuelle Studie zeige, dass fast jeder Zweite schon davon betroffen gewesen sei. Erschreckend sei das, weil es nicht um sachliche Kritik, sondern um Hassrede gehe, um persönliche Angriffe, um Drohungen „bis hin zu kör-

perlichen Attacken“. Schulze lobte in diesem Zusammenhang die Initiative des Scicomm-Supports, „eine Anlaufstelle für Forschende, die bedroht werden“. Sie fänden dort psychologische Beratung, rechtliche Hilfe und konkrete Begleitung. „Deshalb fördert der Bund diesen Support nun zusätzlich mit einer Million Euro“, sagte die SPD-Abgeordnete.

## AfD spricht von »einfalllosem linken Gesinnungshaushalt«

Für Sergej Minich (AfD) ist das „Portal für beleidigte Akademiker, die angeblich von Hatespeech betroffen sind“ ein Beispiel für linke Ideologieprojekte. Es sei nichts anderes als ein „Schutzraum für linke Quasselwissenschaftler, die sofort einknicken, wenn sie Gegenwind verspüren“, sagte Minich und beklagte: „Bis 2028 ist dieses Heulsusenprojekt jetzt alimentiert, mit dem Geld der Steuerzahler.“ Der AfD-Abgeordnete sprach von einem „einfalllosen linken Gesinnungshaushalt“. Der Einzelplan 30 sei kein Zukunftshaushalt, sondern ein „gigantisches Steuerzahlerbuffet für Ideologen, Parteistiftungen und Prestigeprojekte“. Götz Hausding



18 Milliarden Euro sollen für Zukunftsinvestitionen bereit gestellt werden. © picture-alliance/dpa



## Wirtschaft und Energie

# Rezepte gegen teuren Strom

Die Regierungsfractionen sehen erste Erfolge durch Sondervermögen, Grüne und Linke mahnen weiteren Ausbau erneuerbarer Energien an

Die Berichterstatter der Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD sind sich einig, mit dem Einzelplan 09 zusammen mit dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) sowie dem Sondervermögen Infrastruktur eine Basis für Wirtschaftswachstum gelegt zu haben. In der Aussprache über den Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wurde jedoch auch deutlich, wie umstritten vor allem der energiepolitische Kurs von Ministerin Katherina Reiche (CDU) ist. In der abschließenden Debatte am Dienstag stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD für den Bundeshaushalt (21/500) in der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung. Die Fraktionen von AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke votierten dagegen. Ministerin Reiche hatte bereits in der ersten Lesung im Juli tiefgreifende Änderungen in der Wirtschaftspolitik angekündigt. Kernelemente dafür seien die Senkung der Energiepreise, die Hebung von Wachstumspotenzialen sowie die Förderung von Investitionen. In der abschließenden Aussprache ergriff sie nicht das Wort, verfolgte die Debatte von der Regierungsbank aus.

## AfD wirft der Regierung vor, Geld »für das Falsche« auszugeben

Die heftigsten Einwände kamen von den Rednern der AfD-Fraktion. Wolfgang Wiehle (AfD) warf der Bundesregierung vor, sie betreibe „grüne Politik und Planwirtschaft“; damit führe Schwarz-Rot „das Land ins Abseits“. Das Geld werde „für das Falsche ausgegeben“. Die insgesamt 60 Milliarden Euro, die das Ministerium aus den verschiedenen Töpfen im Jahr

zur Verfügung habe, würden für die falschen Ziele verwendet; energiepolitisch werde der falsche Weg fortgesetzt, deswegen würden die Strompreise in Deutschland auch weiterhin „viel zu teuer sein“.

Von Seiten der Regierungskoalition hingegen gab es Lob für den Haushalt. Thomas Bareiß (CDU) unterstrich die „Spielräume“, die der Etat biete. Vor allem die Energiepreise für die Wirtschaft würden gesenkt. „Das ist ein wichtiges Signal für die Wirtschaft“, sagte Bareiß. Der Energiemonitoring-Bericht, den die Ministerin am Vortag vorgestellt habe, zeige, dass die Bundesregierung auf dem richtigen Weg sei: Mit dem Dreiklang Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Klimaschutz werde es mehr Wirtschaftswachstum geben. Nicht nur die Konzerne, sondern auch der Mittelstand werde vom Einzelplan 09 profitieren. Frank Junge (SPD) unterstrich die Notwendigkeit, „dass die Bundesregierung Anreize für mehr Wirtschaftswachstum generieren muss“. Er stellte das „maßgeblich von der SPD vorangebrachte Sondervermögen“ heraus. Das seien „Rekordinvestitionen in noch nie dagewesenem Maße“. Erste Ergebnisse seien in den Berichten der Wirtschaftsforschungsinstitute Ifo und DIW nachzulesen, nun müsse der Investitionsstau gelöst werden. So stünden den Kommunen 15 Milliarden Euro für die Erneuerung kommunaler Wärmenetze zur Verfügung.

Katrin Uhlig (Bündnis 90/Die Grünen) wies auf die Gefahren hin, die durch Energieabhängigkeit entstünden. Deutschland habe sich in Sicherheit geglaubt und aus Russland Öl und Gas bezogen. Auch mehr als drei Jahre nach Ausbruch des Ukrainekrieges importiere die EU weiter-

hin Öl und Gas aus Russland. Die Abhängigkeit von russischer Energie sei „ein Sicherheitsrisiko“. Doch die Bundesregierung komme zu den falschen Schlüssen, sie wolle „weniger erneuerbare Energie und dafür viele neue reine Gaskraftwerke“. Uhlig forderte, die zur Verfügung stehenden Mittel in erneuerbare Energie zu investieren, „wie es die Autoren des von Ministerin Reiche beauftragten Institutes empfehlen“. Deutschland müsse in eine moderne Energieinfrastruktur investieren, damit Investoren gewonnen würden.

## Linke warnen, KTF-Mittel nicht für Konsumtives zu verwenden

Auch Jörg Cezanne (Die Linke) mahnte zur Fortsetzung der Energie-wende. Das sei „der richtige Weg, damit die angestrebte Elektrifizierung gelingen kann“. „Die Abschaffung der Gasspeicherumlage teilen wir, jedoch nicht die Finanzierung aus Mitteln des KTF“. Diese Mittel stünden bereit, um den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas zu beschleunigen.

Der Haushalt für Wirtschaft und Energie sieht Ausgaben von 9,02 Milliarden Euro vor. Knapp die Hälfte, 4,38 Milliarden Euro, entfällt auf den Bereich „Innovation, Technologie und Mobilität“. Darin ist das Zukunftsinvestitionsprogramm für Fahrzeughersteller und Zulieferindustrie mit 227,50 Millionen enthalten. Für die Mittelstandsförderung sollen 1,13 Milliarden ausgegeben werden. Der Rückgang um zwei Milliarden Euro ist auf den neuen Zuschnitt des Ministeriums zurückzuführen. Anders als in der letzten Wahlperiode ist der Bereich Klimaschutz dem Wirtschaftsministerium nicht mehr zugeordnet. *Nina Jęglinski*



Die Förderung zum Umbau bezieht sich ausschließlich auf Schweineställe.

©pa/ Countrypixel | FRP

## Landwirtschaft, Ernährung, Heimat

# »So etwas geht nicht«

Tierhaltung: Agrarminister wehrt sich gegen Kritik

Landwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) hat sich seit Amtsantritt den Ruf erarbeitet, sein Bestreben sei es vor allem, das Erbe der Vorgängerregierung abzuwickeln. Diesen Eindruck bestätigte Rainer jüngst als er erklärte, das wichtigste Förderprogramm für mehr Tierschutz in der Landwirtschaft, das „Bundesprogramm für den Umbau der Tierhaltung“, auslaufen lassen zu wollen. Diese Entscheidung prägte dann - wie auch des Ministers Aussage, Klimaschutz habe mit dem Fleischkonsum nichts zu tun - die Beratung des Etats des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat am Dienstag dieser Woche. Leon Eckert (Bündnis 90/Die Grünen) warf dem Bundesminister vor, wer so einen Satz wie den zum Zusammenhang von Fleischkonsum und Klima in „ein Mikrofon sagt, der verblödet die politische Debatte“.

SPD-Politikerin Esther Dilcher zeigte sich enttäuscht und überrascht, dass der Minister, statt das gerade erst finanziell aufgestockte Förderprogramm besser zu machen, es nun ganz beenden will. Nachdrücklich forderte Dilcher mehr Verlässlichkeit für „unsere Landwirte, Forstwirte und Fischer“.

Die Replik des Ministers auf die Kritik an seiner Entscheidung geriet engagiert. „Meine Damen und Herren, es ist nicht einfach, so ein Programm vorzeitig zu beenden“, sagte Rainer. Aber vergangenes Jahr habe es einen Etat in Höhe von 150 Millionen Euro gegeben, abgeflossen seien nur zwölf Millionen Euro. Die Differenz von 138 Millionen seien zurück an den Finanzminister gegangen - und damit „weg für mehr Tierwohl“. Von den zwölf Millionen seien zudem 3,9 Millionen nur Verwaltungs- und Administrationsausgaben gewesen. „So etwas kann ich nicht gutheißen“, sagte Rainer. „Das geht nicht“. An die SPD-Abgeordnete Dilcher gewandt, fügte er hinzu: „Ja, ich hätte es Ihnen vielleicht eher sagen müssen“, aber zusehen habe er nicht länger können, wenn bei so einem Thema Millionen am Ende des Jahres nicht für Tierwohl verwendet werden könnten.

Danny Meiners (AfD) stellte für seine Fraktion fest, man erkenne an, dass sich mit dem neuen Minister einiges in die richtige Richtung bewege. Allerdings stünden die Landwirte weiterhin vor zahlreichen existenziellen Problemen.

Oliver Vogt (CDU) erinnerte daran, dass der zu beratende Haushalt mit neun Monaten Verspätung beschlos-

sen nur für drei Monate Wirkung entfalten werde. Deshalb hätten sich Union und SPD darauf fokussiert, nur das im Haushaltsentwurf zu ändern, was in diesem „Jahr auch noch umgesetzt werden könne, wie zum Beispiel ein Anbausystem, das resilienter gegenüber Dürren, Überschwemmungen und anderen Extremwetterereignissen ist“.

Sascha Wagner (Die Linke) wandte sich einem ganz anderen Thema zu und sprach damit den Heimatminister an: Wie ernst nehmen wir den Verfassungsauftrag gleichwertiger Lebensverhältnisse, fragte er. Warme Worte reichten nicht. In der Praxis seien es gerade die kleineren Kommunen, die „auf der Strecke blieben, wenn es um Investitionen in Mobilität, Digitalisierung und anderes mehr“ gehe. Doch stelle er fest: Im Einzelplan 10 sei zu dem Thema „leider nichts zu finden“.

Nach 75-minütiger Debatte nahm der Bundestag den Etat des Bundeslandwirtschaftsministeriums im Bundeshaushalt 2025 (21/500, 21/501, 21/1628 Nr. 1) in zweiter Beratung in der

» Wer so einen Satz in ein Mikrofon sagt, der verblödet die politische Debatte.

LEON ECKERT (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vom Haushaltsausschuss empfohlenen Fassung an. Für den Etat stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, dagegen die Fraktionen der AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer stehen damit in diesem Jahr 6,88 Milliarden Euro zur Verfügung, 2024 waren es 6,93 Milliarden Euro. Im Einzelplan 10 wird mit Einnahmen von 99,75 Millionen Euro gerechnet (2024: 101,57 Millionen Euro). An den Summen hat sich im Verlaufe der Haushaltsberatungen nichts geändert. Der größte Posten ist die Landwirtschaftliche Sozialpolitik. Sie umfasst Ausgaben von 4,09 Milliarden Euro (2024: 4,11 Milliarden Euro). Davon entfallen 2,39 Milliarden Euro auf die Zuschüsse zur Alterssicherung der Landwirte und 1,54 Milliarden Euro (2024: 1,52 Milliarden Euro) auf die Beteiligungen zur Krankenversicherung. *Michael Schmidt*



Strukturkrise: In den vergangenen zwölf Monaten wurden 114.000 Industriearbeitsplätze gestrichen, 51.500 davon in der Autobranche. Die Industrie leidet vor allem unter teurer Energie, Bürokratie und einer schwachen Binnennachfrage.

© picture-alliance/Kirchner-Media/Teresa Kröger



## Haushalt für Bauen und Wohnen

# Am Bau wächst die Hoffnung

Die Koalition setzt auf erheblich höhere Fördermittel und Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung

**G**eht die Krise am Bau ihrem Ende entgegen? Am Donnerstag legte das Statistische Bundesamt überraschende Zahlen vor: Danach wurde im Juli 2025 in Deutschland der Bau von 22.100 Wohnungen genehmigt. Das waren 30 Prozent (5.100) mehr Baugenehmigungen als im Juli 2024. Damals war die Zahl der genehmigten Wohnungen allerdings auf den niedrigsten Wert für einen Juli seit dem Jahr 2009 gesunken.

Offensichtlich hält der bessere Trend schon länger an: Von Januar bis Juli 2025 wurden 131.800 Wohnungen genehmigt, 6,6 Prozent (8.200) Wohnungen mehr als im gleichen Zeitraum 2024 (Ausbau und Neubau).

## Der Wunsch nach dem eigenen Haus mit Garten ist ungebrochen

Ein weiteres Ergebnis: Der Wunsch nach dem Haus mit eigenem Garten ist unter den Bundesbürgern ungebrochen. Die Zahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser stieg von Januar bis Juli um 15 Prozent (plus 3.300) auf 25.400. Bei Zweifamilienhäusern sank die Zahl um 6,6 Prozent (minus 500) auf 7.100 genehmigte Wohnungen. In Mehrfamilienhäusern, der zahlenmäßig stärksten vertretenen Gebäudeart, wurden von Januar bis Juli 2025 insgesamt 69.300 neue Wohnungen genehmigt. Dies bedeutet einen Anstieg um 5,6 Prozent (plus 3.700) neue Wohnungen. Im Haushalt stehen enorme Mittel bereit, um die Schaffung von Wohnraum zu unterstützen. Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen soll in diesem Jahr 7,37 Milliarden Euro ausgeben können, wie aus dem am Donnerstag beschlossenen Haushalt 2025 (21/500, 21/501, 21/1628 Nr. 1, 21/1064, 21/1061, 21/1062) hervorgeht. Das sind 642,79 Millionen Euro mehr als 2024 vorgesehen waren. In dem mit einem Ausgabenvolumen von



Bald wieder aufwärts? In der Bauwirtschaft gibt es Hoffnungszeichen.

© picture-alliance/SvenSimon/FrankHoermann

rund 5,7 Milliarden Euro größten Bereich Bau- und Wohnungswesen sind unter anderem für Finanzhilfen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus Programmmittel in Höhe von 3,5 Milliarden Euro (Verpflichtungsrahmen) eingeplant. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD stimmten dem Bau-Etat zu, AfD, Grüne und Linke stimmten dagegen.

„Mit dem Haushalt 2025 bringen wir einiges auf den Weg, um wieder nach vorne zu kommen“, sagte Bauministerin Verena Hubertz (SPD) in der Haushaltsdebatte. So würden die Ausgaben für die Städtebauförderung kräftig erhöht: Aus 790 Millionen Euro jährlich würden in den nächsten Jahren 1,6 Milliarden Euro. Das sei gut investiertes Geld – zum Beispiel für die Schaffung von grünen Oasen und für die Beseitigung von „Angst-

räumen“ in Städten. Der Haushalt sende ein Signal für starke Investitionen. So werde es in den nächsten Jahren 23,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau geben. Bezahlbares Wohnen sei ein Versprechen an die Mitte der Gesellschaft, hob Hubertz hervor. „Eine bezahlbare Wohnung darf nie ein Luxus sein in diesem Land“, sagte die Ministerin. Überdies werde es mit dem Bau-Turbo beschleunigte Planungen und Verfahren geben. Denn es sei klar: „Alles Geld hilft nicht, wenn wir nicht klüger und schneller bauen.“ Der Bau-Turbo soll noch in diesem Herbst vom Bundestag beschlossen werden.

Thomas Ladzinski (AfD) kritisierte besonders, dass das Förderprogramm für altersgerechten Umbauen von Wohnungen nicht wieder neu aufge-

legt werde. Stattdessen würden Förderprogramme im Milliardenbereich für klimagerechtes Bauen aufgelegt, während für die alten und schwachen Menschen nicht einmal 50 Millionen Euro da seien: „Das ist unsozial“, kritisierte Ladzinski.

Ruppert Stüwe (SPD) lobte dagegen, es sei noch nie so viel Geld in Bauen und Wohnen investiert worden wie in diesem Haushalt – und das trotz der angespannten Haushaltslage. Mechtild Wittmann (CSU) hob ebenfalls hervor, dass das Bauministerium eines der großen Investitionsministerien sei. Die Koalition werde dafür sorgen, dass es zu bezahlbarem Wohnen komme. Wittmann sprach sich auch dafür aus, mehr Wohneigentum zu schaffen. Man wolle dafür sorgen, dass Menschen aus dem sozialen Wohnungsbau herausgeführt werden

könnten, indem sie Eigentum erwerben könnten.

Lisa Paus (Grüne) kritisierte, Deutschland befinde sich in einer „massiven Wohnungskrise“. Ministerin Hubertz verspreche zwar keine 400.000 Wohnungen, „aber sie fehlen trotzdem“. Bei den Baugenehmigungen zeigten die Zahlen, dass der Bau von Villen boome, während die Zahl von Sozialwohnungen rapide abnehme. Es gebe Prognosen, wonach die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im nächsten Jahr weiter sinken werde. Außerdem fehlten zwei Millionen barrierefreie Wohnungen.

## Kritik an Streichung der Mittel für altersgerechten Wohnungsumbau

Dass die Fördermittel für altersgerechten Umbau gestrichen worden seien, kritisierte wie Paus auch Sahra Mirow (Linke). Dabei habe die Koalition die Förderung des altersgerechten Umbaus ausdrücklich versprochen. Bis 2030 bestehe ein Bedarf an zwei Millionen barrierearmen oder barrierefreien Wohnungen. Es würden auch zehn Millionen Sozialwohnungen fehlen. „Wer immer noch denkt, der Markt regle das, war lange nicht mehr auf Wohnungssuche“, kritisierte Mirow.

Dass Fördermittel und Verfahrensbeschleunigungen allein nicht reichen dürften, um die Baukonjunktur wieder anzukurbeln, war in einer Anhörung des Bauausschusses von mehreren Sachverständigen deutlich gemacht worden. Man brauche viele Instrumente, um den Wohnungsbau wieder zum Leben zu erwecken, hatte etwa Dirk Salewski vom Bundesverband der Immobilien- und Wohnungsunternehmen erklärt. Als Hemmnisse werden immer wieder hohe Energiestandards, hohe Steuern und Gebühren, steigende Bau- und Finanzierungskosten, Fachkräftemangel und Materialknappheit genannt.

Hans-Jürgen Leersch

## Umwelt-Etat beschlossen

# Kleines Budget, große Aufgaben

Während die Koalition »steigende Investitionen« lobt, beklagen Grüne und Linke »Stillstand«. Die AfD spricht von »Geldverschwendung«

Der Klimawandel macht Hitzewellen immer wahrscheinlicher und intensiver. Hitze, aber auch Dürre und Hochwasser, verursachen immer höhere volkswirtschaftliche Kosten. Das sind die Kernergebnisse von zwei aktuellen Studien, über die Medien just ausgiebig berichteten, als der Bundestag am Dienstag seine Schlussberatung über den Umwelt-Haushalt für 2025 begann.

Der Etat für das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, sei „kein abstraktes Zahlenwerk, sondern Vorsorge“, betonte SPD-Umweltpolitiker Jakob Blankenburg. Er mache Deutschland widerstandsfähiger gegen Extremwetter und schütze „unsere Lebensgrundlagen.“ Das Budget falle mit 2,69 Milliarden Euro höher aus als Vorjahr.

## Ausgaben wachsen leicht im Vergleich zum Vorjahr

Der Umwelt-Etat sei „solide aufgestellt“, die Investitionen stiegen kräftig, lobte auch Uwe Feiler (CDU). Damit trage er „Verantwortung für Umwelt und Sicherheit“.

Tatsächlich ist der Einzelplan 16 des Haushaltsgesetzes 2025 (21/500), den der Bundestag mit den Stimmen der Koalition gegen die der Opposition

am Dienstagabend beschlossen hat, im Vergleich zum Vorjahr leicht gewachsen. Schon die Bundesregierung stockte das Budget von Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD), der anders als seine Vorgängerin auch wieder für den Klimaschutz verantwortlich ist – was sich aber noch nicht im Etat abbildet –, in ihrem Haushaltsentwurf von rund 2,4 auf rund 2,69 Milliarden auf. Das

hat auch mit den steigenden Kosten für die Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle zu tun, die wie schon in den Vorjahren den größten Ausgabeposten im Umwelt-Etat bilden (siehe Infobox). Mehr Geld soll auch in den Naturschutz fließen, während die Gelder für den Umweltschutz, den zweitgrößten inhaltlichen Ausgabeposten, sinken.

Im parlamentarischen Verfahren beserten dann auch die Haushaltspolitiker noch nach: Insgesamt rund 1,5 Millionen Euro stellten sie für das Förderprogramm „Reparieren statt Wegwerfen“, für das neu gegründete Bundeskompetenzzentrum Meeresumwelt in Rostock und für die Förderung des Exports nachhaltiger Umwelt-Infrastruktur bereit.

Ob der überschaubare Aufwuchs aber ausreicht, um den Herausforderungen von Erderwärmung, Artensterben und weltweiter Plastikvermüllung zu begegnen, darüber gingen die Ansichten im Plenum erwartungsgemäß weit auseinander: Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen zeigten sich grundsätzlich zufrieden und verwiesen wie Uwe Feiler darauf, dass sich die Ausgaben für „Umweltschutz mit umweltverbessernder Wirkung im Gesamthaushalt ressortübergreifend auf „fast 15 Milliarden Euro“ summieren. 1,1 Milliarden

Euro kämen zudem aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) für Investitionen in den natürlichen Klimaschutz, wie die Wiedervernässung von Mooren, hinzu, erklärte SPD-Haushaltspolitikerin Bettina Hagedorn. „Das ist eine gute Nachricht.“

» Dieser Haushalt ist kein Aufbruch. Er ist eine Bankrotterklärung.

MAREIKE HERMEIER (DIE LINKE)

Die Opposition wiederum monierte, – je nach Lesart – mangelndes Interesse an Klima- und Umweltschutz oder „Verschwendung“. So warf Georg Schroeter (AfD) der Bundesregierung vor, trotz einer „gigantischen Neuverschuldung“ nicht zu sparen, sondern Milliarden zu „verplempern“ – unter anderem, indem „NGOs großzügig“ bezuschusst würden. Statt in Naturschutz, wie etwa die Vernetzung von Biotopen, zu investieren, gingen „50 Prozent des Etats für die nukleare Sicherheit drauf“, kritisierte der AfD-Abgeordnete: „Dafür ist man die nächsten Jahrzehnte auf der Suche nach einem

Endlager, das andere Länder in wenigen Jahren bereits gefunden haben.“

## Opposition fordert mehr Investitionen in Naturschutz

Scharfe Kritik kam auch von Mareike Hermeier: Der Haushalt sei „kein Aufbruch, sondern eine Bankrotterklärung“, befand die Linken-Politikerin. Trotz Artensterben herrsche „Stillstand“ beim Naturschutz, beim Umweltschutz werde gekürzt. Dabei brauche es allein für die Biodiversität eine Milliarde. Auch für Recycling und Müllvermeidung habe Schwarz-Rot kaum etwas übrig: Für „Reparieren statt Wegwerfen“ gebe sie 4,5 Millionen Euro, damit lasse sich kaum das Müllproblem lösen.

Missfallen äußerte auch Claudia Müller (Grüne): Regierung und Koalitionsfraktionen nutzten die „neuen finanziellen Möglichkeiten“ des Sondervermögens nicht für Umwelt, Naturschutz und Klimaanpassung. Die Aufstockungen seien „kleinste Korrekturen“, die den Herausforderungen nicht gerecht würden. Bei der internationalen Klima- und Biodiversitätsfinanzierung werde sogar gekürzt, kritisierte Jan-Niclas Gesenhues (Grüne). Damit breche die Bundesregierung Versprechen. „Ein großer Fehler.“

Sandra Schmid



# GASTKOMMENTARE: MEHR STEUERGEDULD FÜR DIE KRANKENKASSEN?

## Irre, aber Realität in Deutschland

### PRO

**E**in Nachbar bittet Sie, etwas aus dem Supermarkt mitzubringen. Sie kaufen ein, liefern es ab und erwarten, dass der Nachbar das ausgelegte Geld zurückzahlt. Doch dieser erklärt, er sei knapp bei Kasse habe daher entschieden, ihnen nur ein Drittel des Kaufpreises zu geben. Aber er bitte dennoch, auch künftig wieder etwas zu besorgen – zu genau diesen Konditionen.

Was sich irre anhört, ist seit Jahren Realität in Deutschland: Der Staat beauftragt die gesetzlichen Krankenkassen, die Bürgergeld-beziehenden zu versichern. Doch statt für sie Beiträge zu zahlen, die die Ausgaben decken, überweist der Bund pauschal nur rund ein Drittel der tatsächlichen Kosten. Das ist keine Petitesse, sondern summiert sich jährlich auf zehn Milliarden Euro. Verhielte sich der Bund korrekt, könnten die Beitragssätze in der Krankenversicherung immerhin um 0,5 Prozentpunkte sinken.

Die nunmehr vom Kassen-Spitzenverband angekündigte Klage gegen die Bundesrepublik ist absolut gerechtfertigt. Beim Bürgergeld handelt es sich um eine staatliche Fürsorgeleistung zur Sicherung des Existenzminimums, die vollständig aus Steuermitteln finanziert werden muss. Das gilt mithin auch für die Sozialbeiträge. Es kann nicht



Tim Szent-Iványi

© Privat

sein, dass sich der Staat auf Kosten der Solidargemeinschaft der Versicherten einen schlanken Fuß macht.

Seit Jahren weisen die Kassen auf den Missstand hin, wurden indes von der Politik immer nur vertröstet. Angesichts der enormen Löcher im Bundeshaushalt ist auch kein freiwilliges Einlenken absehbar. Dabei ist der Staat bei privatversicherten Bürgergeld-beziehenden viel großzügiger: Für sie wird bis zum Dreieinhalbfachen der Kassen-Pauschale gezahlt. Das zeigt einmal mehr den fragwürdigen Umgang mit der gesetzlichen Krankenversicherung.

Tim Szent-Iványi

Der Autor ist Hauptstadt-Korrespondent des Redaktionsnetzwerkes Deutschland.

## Schmerzhaftes Eigentherapie

### CONTRA

**I**st die Kasse leer, muss eben neues Geld vom Bund her. Doch so einfach, wie es manche denken, ist es nicht. Der vermeintlich reiche Onkel ist verarmt – er wäre, um im Bild zu bleiben, ein Kandidat für das Bürgergeld.

Der schwarz-rote Finanzplan zeigt Erschreckendes: Nächstes Jahr wird jeder dritte Ausgaben-Euro auf Kredit finanziert. Die Verschuldung des Bundes wird sich von 2018 bis 2029 auf voraussichtlich 2,7 Billionen Euro mehr als verdoppeln. Unabhängig davon ist zudem noch eine Lücke von 172 Milliarden Euro zu schließen.

Auch wenn sich diese auf drei Jahre verteilt, ist das eine gigantische Aufgabe. Wie das gehen soll, ist noch nicht einmal in Ansätzen erkennbar – zumal die Koalition bei der Rente erst einmal in die falsche Richtung abbiegt.

Das heißt: Die Krankenkassen können nicht auf freiwillige Hilfe von außen hoffen, um ihre Finanzprobleme zu lösen. Das erklärt, warum sie zum schärfsten Schwert gegriffen haben, einer Klage gegen den Bund. Sie argumentieren, der Bund erstatte ihnen zu wenig für die Bezieher von Bürgergeld.

Doch auch sonst arbeitet dieser Zweig der Sozialversicherung nicht immer kostendeckend, so sind Ehepartner ohne eigenes Einkommen und Kinder ohne Aufschlag mitversichert. Da der



Manfred Schäfers

© Matthias Lüdecke

Bund nichts mehr zu verschenken hat und das Gerichtsverfahren nicht nur langwierig, sondern auch wenig aussichtsreich erscheint, wären die Kassenvertreter gut beraten, im Schlichterprozess mit der Gesundheitsministerin ihre Kostenblöcke auf Einsparpotenziale zu durchforsten.

Angesichts der extremen Ausgabendynamik führt daran ohnehin kein Weg vorbei – selbst wenn es dank höherer Fügung einen höheren Zuschuss geben sollte, wäre auch dieser in kürzester Frist aufgezehrt. Deswegen muss im Gesundheitswesen selbst gespart werden – so schmerzhaft das auch sein mag.

Der Autor ist Wirtschaftskorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Berlin.

## DAS PARLAMENT

Herausgeber: Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Leserservice/Abonnement:**  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 32, Telefax (089) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

**Anschrift der Redaktion** (außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 227-305 15, Telefax (0 30) 227-3 65 24

**Internet:** <http://www.das-parlament.de>  
**E-Mail:** [redaktion@das-parlament.de](mailto:redaktion@das-parlament.de)

**Chefredakteur:** Frank Bergmann (fb) V.i.S.d.P.

**Stellvertretender Chefredakteur:**  
Alexander Heinrich (ah)

**Redaktion:** Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Claudia Heine (che), Nina Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) Cvd, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Denise Schwarz (des), Helmut Stoltenberg (sto), Hannes Thielsch (Volontär), Alexander Weinlein (aw)

**Fotos:** Stephan Roters

**Redaktionsschluss:** 19. September 2025

**Layout:** DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten Messing, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

**Druck:** Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG  
Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

**Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:**  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 36, Telefax (089) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: [fazit-com-anzeigen@cover-services.de](mailto:fazit-com-anzeigen@cover-services.de)

**Abonnement:**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IWV)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

**GOGREEN PLUS**

Wir vermeiden CO<sub>2</sub>, durch den Versand mit der Deutschen Post

## DER BUNDESTAG UNTERWEGS

Das Infomobil des Deutschen Bundestages ist fast das ganze Jahr in Deutschland unterwegs und tourt durch Städte und Gemeinden. Es ist ein echter Blickfang, da es in Fußgängerzonen, auf Marktplätzen schon von weitem auffällt: 17 Meter lang, 26 Tonnen schwer und gut am großen Bundestagsadler zu erkennen.

### Was bietet das Infomobil?

Das Infomobil zeigt mit einem multimedialen Angebot alles, was es über das Parlament und seine Abgeordneten zu wissen gibt. Besucher haben die Gelegenheit, die Gremien des Bundestages und die

Personen dahinter kennenzulernen, insbesondere die Abgeordneten aus dem eigenen Wahlkreis. Die Jüngsten können in einer eigenen Kinder-Ecke spielen und sich informieren. Für Schulklassen und andere interessierte Gruppen werden, nach Voranmeldung, Vorträge und Gesprächsrunden angeboten.

Das Infomobil ist weitgehend barrierefrei und bietet damit auch Rollstuhlfahrern die Möglichkeit eines ungehinderten Zutritts. Es ist von Anfang März bis Ende Oktober in den Wahlkreisen und während der Parlamentspause an ausgewählten Orten unterwegs. Ziel ist es, jeden der 299 Wahlkreise in Deutschland innerhalb von zwei

Wahlperioden zu besuchen. Weitere Informationen gibt es unter: [www.bundestag.de/besuche/ausstellungen/bundestagunterwegs/infomobil](http://www.bundestag.de/besuche/ausstellungen/bundestagunterwegs/infomobil)

### Wo ist das Infomobil zu finden?

In den nächsten Tagen und Wochen ist das Infomobil im Norden des Landes unterwegs. Zum Beispiel vom 22. bis 24. September in Rendsburg-Eckernförde; vom 25. bis 27. September in Steinburg/Dithmarschen Süd, vom 28. bis 30. September in Hamburg-Bergedorf und vom 2. bis 4. Oktober in Hamburg-Altona sowie vom 6. bis 8. Oktober in Hamburg-Wandsbek.

## SEITENBLICKE



## AUFGEKEHRT

### Traue (nie) der KI

**A**lbanien hat als erstes Land der Welt bald eine KI-Ministerin. Chatbot Diella (albanisch für „Sonne“) soll sich im neuen Kabinett von Ministerpräsident Edi Rama um die Vergabe öffentlicher Aufträge kümmern. Und das – in Gestalt einer jungen Frau, gewandt in Trachtenkleid und Kopftuch – zu „100 Prozent“ frei von Korruption, wie Rama bei der Präsentation stolz verkündete. Vetterwirtschaft ist in dem Balkanstaat ein real existierendes Problem und ein Hindernis auf dem Weg in die EU; im Korruptionsindex von Transparency International steht Albanien bisher auf Platz 80 von 180 Ländern. Böse Zungen behaupten gar, Rama habe sein Land selbst in eine von Drogengeld verseuchte Autokratie verwandelt. Aber das kann ihm bald niemand mehr anhängen, schließlich gibt es nun die bestechend unbestechliche Digi-Diella, die Aufträge, wenn sie auch nur nach Vetterwirtschaft müffeln, sofort auf den Misthaufen des Beschaffungswesens pfeffern wird. Dass sie dabei stets freundlich lächelt, wie schon in ihrem bisherigen Amt als künstliche Assistentin des digitalen Verwaltungsportals e-Albania, steigert das Vertrauen ins Unermessliche. Vielleicht sollte sie gleich Ministerpräsidentin werden?

Vorher könnte sie sich mit bereits im Politik-Business tätigen Chatbots austauschen, etwa dem Künstlichen Autokraten (KA) Maximilian Weber. Der erblickte im vergangenen Jahr als Mann mittleren Alters mit akkuratem Seitenscheitel in Deutschland das Licht der Welt und hatte im Gespräch mit ARD-Moderatorin Caren Miosga gleich prima Ideen zur Reform des deutschen Staatswesens: Die Demokratie sei zu langsam und verliere sich immer im „Klein-Klein“, analysierte er haarscharf. Und hatte gleich eine Lösung parat: Deutschland braucht klare Führung. Also ihn, Bundeskanzler Weber. Soll noch jemand behaupten, KIs seien nicht lernfähig. Mit guten, analogen Vorbildern klappt's auch in der Politik. Diella wird es allen zeigen.

Johanna Metz





Nachdem die monatlichen Regelsätze beim Bürgergeld 2023 und 2024 deutlich angehoben worden sind und es anschließend heftige Kritik an der Kostenexplosion gab, wird es in diesem und im nächsten Jahr eine Nullrunde bei den Regelsätzen geben. © PA/SZ Photo / Wolfgang Filser

Als am Mittwochabend der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für 2025 im Bundestag debattiert wurde, ging es natürlich auch um diverse Titelansätze dieses Haushaltsplans. Aber eigentlich alle Abgeordneten hatten ihre Aufmerksamkeit auch auf etwas anderes gelegt, auf das große Ganze sozusagen: die Sozialstaatsreform. Die Notwendigkeit selbiger leugnet inzwischen niemand mehr, das war auch in dieser Haushaltsdebatte zu spüren. Immerhin das ist schon ein erster Erfolg der seit Wochen tobenden Debatte darum, auch wenn die dafür eingesetzte Kommission erst Ende des Jahres ihre Ergebnisse präsentieren soll.

**Die Rentenausgaben steigen und steigen**

Union und SPD bemühten sich um größtmögliche Distanz zu „Bullshit“-Rhetoriken. Es war erkennbar ein Anliegen der Koalitionäre, Gemeinsamkeiten zu betonen; noch müssen sie bei diesem Punkt auch keine Detailfragen klären. Die Rolle der „Bremsen“ beziehungsweise Mahner vor zu viel Sozialabbau nahmen vor allem Grüne und Linke ein, während die AfD sich thematisch treu blieb und vor allem den hohen Anteil ausländischer Staatsbürger unter den Bürgergeld-Beziehern anprangerte. Wie üblich ist der Einzelplan 11 der größte Einzelposten im Bundeshaus-

**Arbeit und Soziales**

# Blick aufs große Ganze

Ministerin Bärbel Bas und Abgeordnete von Union und SPD betonen den Reformwillen beim Sozialstaat und vermeiden jedes Zeichen von Uneinigkeit. »Starke Schultern müssen mehr tragen«, sagt die Arbeitsministerin

halt (21/500) insgesamt. Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) stehen in diesem Jahr 190,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit steigt der Etat deutlich gegenüber 2024 (175,68 Milliarden Euro), um mehr als 14 Milliarden Euro. Gegenüber dem Regierungsentwurf kamen noch einmal 36 Millionen Euro hinzu. Der Anstieg geht vor allem auf höhere Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherung zurück. Diese sind mit Abstand der größte Ausgabenposten und belaufen sich auf 122,5 Milliarden Euro (2024: 116,27 Milliarden Euro), auf Platz zwei folgen die Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitssuchende (unter anderem: Bürgergeld, Unterkunftskosten und Eingliederungsleistungen) mit 51,96 Milliarden Euro (2024: 46,81 Milliarden Euro). Neu in das Ressort und damit in den Haushaltsplan integriert wurden die Zuständigkeiten der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (vorher im Kanzleramt angesiedelt) einschließlich des Arbeitsstabes sowie der Beauftragten für Antirassismus.

**Viele Verweise auf die wirtschaftliche Gesamtsituation**

Ministerin Bärbel Bas bekräftigte den Reformwillen der Regierung: „Wir wollen unser Land modernisieren. Ich möchte, dass mehr Menschen in Arbeit kommen, in gute Arbeit.“ Dafür müsse die wirtschaftliche Dynamik gestärkt werden, sagte Bas. Sie wehrte sich dagegen, die Errungenschaften des Sozialstaats in Misskredit zu bringen. „Nur wer sich auf die soziale Sicherheit verlassen kann, der ist auch bereit zu Reformen. Die Menschen erwarten, dass starke Schultern mehr tragen, aber auch, dass der Sozialstaat nicht ausgenutzt wird“, betonte sie. Yannick Bury (CDU) sagte, entscheidend sei jetzt, dass der Arbeitsmarkt anziehe, damit sich die Beitragszah-

lungen in die Sozialsysteme stabilisieren. „Die größte Gefahr für die Sozialsysteme ist nicht die aktuelle Diskussion darüber, sondern jetzt nichts zu tun“, warnte er. Kathrin Michel (SPD) ging ebenfalls auf die Sozialstaatsdebatte ein: „Was wir brauchen, ist ein starkes soziales Fundament. Unser Sozialstaat ist kein Almosen, er ist die Brücke, die uns verbindet und die Gesellschaft zusammenhält.“ Gerrit Huy (AfD) forderte, ausländische Staatsangehörige sollten erst sehr viele Jahre in die Sozialsysteme eingezahlt haben, um einen Anspruch auf Leistungen zu erwerben. Auch sollten Flüchtlinge, die keine Arbeit finden, in ihre Heimat zurückkehren oder ansonsten Leistungen

nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Dadurch könne ein zweistelliger Milliardenbetrag eingespart werden, so ihre Prognose.

» Die größte Gefahr für die Sozialsysteme ist es, jetzt nichts zu tun.

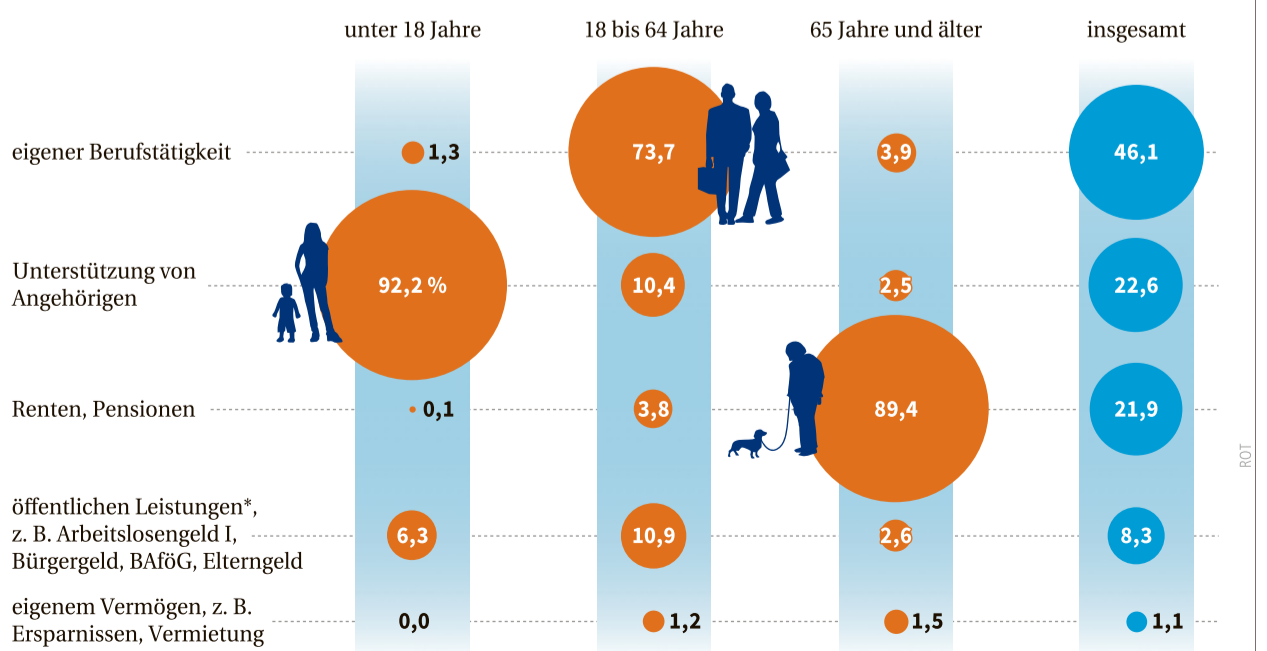
YANNICK BURY (CDU)

Leon Eckert (Bündnis 90/Die Grünen) attestierte Union und SPD, ein Stillhalteabkommen zulasten der jüngeren Generation geschlossen zu

haben. Sei es die Ausweitung der Mütterrente, die Verlängerung der Renten-Haltelinie oder die Aktivrente, all dies müsse nicht die jetzige Rentengeneration bezahlen. „Wo sind die Maßnahmen, die den demografischen Wandel angehen?“, fragte er und kritisierte eine Schieflage. Tamara Mazzi (Die Linke) betonte in Richtung Bundesregierung: „Die Arbeitslosen sind nicht Schuld an Ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik, und Haushaltslöcher lassen sich auch mit Einsparungen beim Bürgergeld nicht stopfen.“ Sie warf der schwarz-roten Koalition vor, ausgerechnet bei der Weiterbildung von Arbeitssuchenden zu sparen. Deshalb solle sie nicht zu laut über Fachkräftemangel klagen, sagte Mazzi. Claudia Heine

**Die Finanzierung des Lebensunterhalts**

So viel Prozent der Menschen in Deutschland in diesen Altersgruppen bezogen ihren Lebensunterhalt im Jahr 2024 überwiegend aus ...



\*ohne Renten und Pensionen Quelle: Statistisches Bundesamt, Globus Grafikquelle: Globus 017633 (editiert) Abweichungen rundungsbedingt

**STICHWORT**

**Ausgaben** Für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik werden in diesem Jahr 190,3 Milliarden Euro ausgegeben.

**Schwergewichte** Das meiste Geld fließt in Zuschüsse für die Rentenversicherung (122,5 Milliarden Euro) und in die Grundsicherung für Arbeitssuchende (51,96 Milliarden Euro). Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung kostet 11,76 Milliarden Euro.

**Erweiterung** Neu im BMAS angesiedelt sind die Beauftragten der Regierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und für Antirassismus.



## Etat des Bundesinnenministeriums

## »Kante, Kurs und Kontrolle«

Die Koalition freut sich über »Rekordinvestitionen in die Sicherheit«. Ressortchef Dobrindt verteidigt Migrationspolitik gegen Oppositionskritik

Um rund 400 Millionen Euro sollte der Haushalt des Bundesinnenministeriums (BMI) 2025 im Vergleich zum Vorjahr steigen – so zumindest sah es im Sommer 2024 noch der Etatentwurf der Ampel-Regierung (20/12400) vor. Statt seiner Verabschiedung folgten indes der Koalitionsbruch, Neuwahlen zum Bundestag und eine neue Bundesregierung mit Verschuldungsmöglichkeiten in gänzlich anderen Dimensionen. Das spiegelte sich auch in deren Etatentwurf für das laufende Jahr (21/500) wider, der für das BMI knapp 1,83 Milliarden Euro mehr Ausgaben als 2024 vorsah. Anfang September erhöhte der Haushaltsausschuss schließlich den Innen-Etat nochmals um rund 70 Millionen Euro auf 15,24 Milliarden Euro – 1,9 Milliarden Euro mehr, als dem Ressort vergangenes Jahr zur Verfügung stand. Am Donnerstag stand das Zahlenwerk vor der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2025 durch den Bundestag zur abschließenden Debatte auf der Tagesordnung des Parlaments.



Bundespolizisten auf dem Weg zu einer Kontrollstelle an der Binnengrenze. Für die Bundespolizei sind für 2025 gut 4,9 Milliarden Euro eingeplant.

© picture-alliance/dpa/Lars Penning

### Dobrindt will regelmäßige Abschiebeflüge nach Afghanistan

Geprägt wurde die Aussprache über den BMI-Etat wieder einmal von der deutschen Migrationspolitik, die Vertreter der Koalition mit Nachdruck gegen scharfe Kritik der Oppositionsfractionen verteidigten. Während im Etat die Investitionen in die Sicherheit stiegen, gingen die Zahlen der illegalen Migration nach unten, betonte Ressortchef Alexander Dobrindt (CSU). So seien die Asylzahlen im August dieses Jahres 60 Prozent niedri-

ger als ein Jahr davor, und Deutschland sei nicht mehr „Zielland Nummer eins der illegalen Migration“ sagte der Bundesinnenminister. „Klarer Grund“ dafür sei, dass die Koalition die Pull-Faktoren gesenkt habe. Diesen Kurs werde die Regierung fortsetzen. So habe er im August entschieden, die Grenzkontrollen um ein weiteres halbes Jahr zu verlängern. Auch schaffe die Regierungskoalition die sogenannte Turboeinbürgerung ab und setze den Familiennachzug für subsidiär Geschützte aus. „Diese Kombination von Maßnahmen: Das ist Kante, Kurs und Kontrolle – und das ist, was das Land von uns erwartet“, fügte Dobrindt hinzu.

Auch die Rückführungen würden weiter gestärkt, bekräftigte er. Die Regierung werde im Sicherheitsinteresse der Menschen in Deutschland dafür sorgen, dass Flüge nach Afghanistan Strafritter „ständig, regelmäßig und ordentlich“ zurückführen, sagte der Minister und wies Vorwürfe zurück, sich dabei zum „Handlanger der Taliban“ zu machen. Zugleich betonte er, dass in den Bevölkerungsschutz investiert werde „wie niemals in der Vergangenheit“. So statte man einen „Pakt für Bevölkerungsschutz“ mit zehn Milliarden Euro aus.

Marcus Bühl (AfD) kritisierte, die Bundesregierung habe „weder den Willen noch die Kraft“, die Migrationspolitik grundlegend neu auszurichten. Stattdessen gebe es kaum

Zurückweisungen an den Grenzen bei gleichzeitig hohen Sozialleistungen für illegale Migranten. „Die migrationspolitische Geisterfahrt der Ampel- und der Merkel-Regierung wird fortgesetzt“, betonte Bühl. Auch verteilte der Haushalt „Milliarden in falsche Richtungen“. Obwohl mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr in die Sprach- und Integrationskurse fließe, verfehlten mehr als 40 Prozent der Teilnehmer das angestrebte Sprachniveau B1. Auch sei bei diesen Kursen die Betrugsanfälligkeit hoch.

» Jetzt können wir die riesige Nachfrage nach Deutschlernkursen abdecken.

MARTIN GERSTER (SPD)

Klaus-Peter Willsch (CDU) entgegnete, im Gegensatz zu Bühls Äußerungen „findet eine Wende in der Migrationspolitik statt“. Mit dem Etat 2025 übernehme die Koalition „Verantwortung für Sicherheit und Ordnung“. Der Weg zum Haushaltsausgleich führe nicht über neue Belastungen, sondern über Ausgabenkürzungen. Dazu gehöre, „die illegale Einreise mit all ihren Folgekosten so weit wie möglich gegen Null“ zu bringen. Da-

bei mache die Koalition „aus der Migrationswelle eine Migrationswende“. Zugleich trage sie Vorsorge, dass die „Zeitenwende“ auch den Zivil- und Katastrophenschutz umfasse: Das Technische Hilfswerk (THW) werde „erhöht um 50 Prozent, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wird fast verdreifacht“, und für Informationstechnik und Cyberabwehr stünden mehr als eine Milliarde Euro bereit.

Leon Eckert (Grüne) beklagte, Dobrindts Entscheidung zur Einstellung legaler Aufnahmeprogramme werde dazu führen, dass Menschen, „die vor Krieg und Not fliehen, sich in große Gefahr begeben“. „Unsäglich“ sei die Rolle des Bundesinnenministeriums bei der Organisation des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan, fügte er hinzu und bemängelte „unendlich lange Sicherheitsüberprüfungen, vermeintlich fehlende Kapazitäten, unentschlossenes Handeln“. Eckert begrüßte zugleich, dass der Etat 2025 beim Zivilschutz „ein kräftiges Startsignal“ setze.

Martin Gerster (SPD) sagte, der BMI-Haushalt 2025 ermögliche „entscheidende Rekordinvestitionen für unsere Sicherheit“ und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Investitionen wiesen mit mehr als 1,6 Milliarden Euro ein Plus von 45 Prozent auf, was für einen stark von Personalausgaben geprägten Etat „unglaublich“ sei. Die Bundespolizei erhalte 750 Millionen

Euro mehr, davon mehr als 200 Millionen zusätzlich für Investitionen. Zugleich werde im Haushalt ein Schwerpunkt beim Bevölkerungsschutz gesetzt, wovon etwa das THW massiv profitiere. Ferner würden die Integrationskurse im laufenden Jahr mit mehr als einer Milliarde Euro abgesichert. Damit könne die „riesige Nachfrage nach Deutschlernkursen“ abgedeckt werden, „denn ohne Sprache keine Integration“.

### Auch Die Linke lobt den »Pakt für Bevölkerungsschutz«

Dietmar Bartsch (Linke) hielt der Koalition einen „schabigen“ Umgang mit afghanischen Ortskräften vor. Die Regierung stehe hier „auf der Bremse“, wenn es um die Aufnahme von Menschen gehe, „die für Deutschland gearbeitet haben, die ihr Leben riskiert haben“. Stattdessen verhandele sie nun mit den Taliban, was inakzeptabel sei. Vernünftig sei dagegen der von Dobrindt angekündigte „Pakt für den Bevölkerungsschutz“, bei dem bis 2029 zehn Milliarden Euro in den Katastrophenschutz investiert werden sollten. Dies unterstütze Die Linke, doch dürfe diese Debatte nicht „vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs“ verengt werden und „nur noch über Bunker und sowas“ geredet werden. „Kriegstüchtigkeit“ habe mit dem Katastrophenschutz nichts zu tun.

Helmut Stoltenberg

### KOMPAKT

Für das laufende Jahr sieht der Haushalt des Bundesinnenministeriums ein Ausgabenvolumen von 15,24 Milliarden Euro vor. 2024 standen 13,34 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Einnahmen werden auf 643,4 Millionen Euro veranschlagt (2024: 588,72 Millionen Euro).

Größter Ausgabenbereich ist die innere Sicherheit einschließlich Digitalfunk mit rund 7,6 Milliarden. Allein für die Bundespolizei sollen 4,94 Milliarden Euro ausgegeben werden können im Vergleich zu 4,19 Milliarden Euro im Jahr 2024.

### KURZ NOTIERT

## Mit welchen Ausgaben Bundeskanzler, Bundestag, Bundesrat und Bundespräsident rechnen können

#### Bundestag erhöht Etat des Kanzleramts leicht

Der Etat des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramts beläuft sich im laufenden Jahr auf 4,04 Milliarden Euro. Damit umfasst der Einzelplan 04 bei den Ausgaben 75,4 Millionen Euro mehr als ursprünglich von der Bundesregierung in ihrem Entwurf für den Haushalt 2025 (21/500) angesetzt. 2024 waren noch 3,87 Milliarden Euro vorgesehen. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD hatten im parlamentarischen Verfahren noch einige Änderungen durchgesetzt: So stehen nun unter anderem 35 Millionen Euro neu für die „Substanzerhaltung und Restaurierung unbeweglicher Kulturdenkmäler von nationaler Bedeutung“ sowie für Zuschüsse für national bedeutsame Kul-

turinvestitionen“ zur Verfügung. Um 6,25 Millionen Euro auf 59,25 Millionen Euro im Vergleich zum Haushaltsentwurf erhöht wurden die Ausgaben für die „Förderung von national und international bedeutsamen Vorhaben, insbesondere zur kulturellen Integration, Kooperation und Innovation.“

#### Höhere Ausgaben auch im Etat des Bundestags

Mehr Geld gibt es auch für den Deutschen Bundestag. Hatte die Bundesregierung im Einzelplan 02 ihres Haushaltsentwurfs noch 1,23 Milliarden Euro (knapp sechs Millionen weniger als 2024) eingeplant, stehen dem Parlament nun 1,25 Milliarden Euro zur Verfügung. Für den Aufwuchs der Mittel sind vor allem höhere Geldleistungen

an die Fraktionen verantwortlich. Sie sollen 137,8 Millionen Euro erhalten und damit 14,8 Millionen Euro mehr als zunächst vorgesehen.



Die Ausgaben für den Bundestag steigen.

#### Keine Änderungen im Etat des Bundespräsidenten

Keine Änderungen gegenüber dem Entwurf der Bundesregierung gibt es im Etat des Bundespräsidenten und des Bundespräsidialamts. Der Einzelplan 01 sieht für das laufende Jahr weiterhin Gesamtausgaben in Höhe von 58,94 Millionen Euro vor. Im Vergleich zu 2024 ist das ein Plus von 11,8 Millionen Euro.

Der Etat des Bundespräsidenten ist ein klassischer Verwaltungshaushalt. Der Großteil der Ausgaben konzentriert sich auf Personal (28,5 Millionen Euro) und sächliche Verwaltungsausgaben (21,4 Millionen Euro). Die Ausgabensteigerung im laufenden Jahr geht unter anderem auf höhere Entgelte für Tarifangestellte und Beamte infolge des

Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst zurück.

#### Etats von Bundesrat und Bundesverfassungsgericht unverändert

Ohne Änderungen gebilligt hat der Bundestag auch die Etats von zwei weiteren Verfassungsorganen, dem Bundesrat und dem Bundesverfassungsgericht. So steigen dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung zufolge im Einzelplan 03 (Bundesrat) die Ausgaben im Jahr 2025 um 240.000 Euro auf 38,5 Millionen Euro. Das Gros der Ausgaben machen Personalausgaben in Höhe von 22,4 Millionen Euro aus. Der Einzelplan 19 (Bundesverfassungsgericht) wächst auf 44,82 Millionen Euro (2024: 41,31 Millionen Euro).

sas/bal



## 14 Milliarden Euro für Bildungs- und Familienpolitik

## Leichtes Plus für Familien

Der katholische Verein »donum vitae« bekommt 700.000 Euro mehr, die Frühen Hilfen werden gestärkt. Grüne und Linke kritisieren Umgang mit Demokratieprogrammen

Es herrschte ein bisschen die Stimmung „Ruhe vor dem Sturm“, als der Bundestag am Dienstagabend abschließend den Haushaltsplan des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Frauen, Senioren und Jugend für 2025 debattierte. Tenor war, man habe das Ausgabevolumen halten können, einzelne Posten sogar deutlich aufgestockt, aber die nächsten Einsparungen drohten spätestens mit dem schon viel diskutierten Milliardenloch im Bundeshaushalt 2027. Der Finanzplan für das laufende Jahr ist dagegen recht stabil, denn der Einzelplan 17 ist mit 14,2 Milliarden Euro in den Bundeshaushalt (21/500) eingestellt und wurde gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf noch einmal um 1,7 Millionen Euro aufgestockt. Mit der Mehrheit von CDU/CSU und SPD passierte der Etat für Bildung und Familie schließlich den Bundestag. Gegenüber dem Ursprungsentwurf deutlich gestiegen sind die Zuschüsse

» Wer Frauen stärken will, darf nicht gleichzeitig bei Beratungsangeboten kürzen.

TAMARA MAZZI (LINKE)

für Wohlfahrtsverbände und andere zentrale Organisationen für die Beratung und Betreuung von Flüchtlingen und Auswanderern. Diese werden um 4,9 Millionen Euro auf 12,04 Millionen Euro angehoben. Um den gleichen Betrag wird allerdings im Titel „Maßnahmen zur Umsetzung der Qualifizierungsoffensive“ gekürzt. 700.000 Euro mehr als im Entwurf gibt es für die Bundesgeschäftsstelle des katholischen Vereins donum vitae für den Schutz des ungeborenen

## STICHWORT

In diesem Jahr kann Bundesbildungs- und -familienministerin Karin Prien (CDU) 14,2 Milliarden Euro ausgeben (2024: 13,87 Milliarden Euro).

Für gesetzliche Leistungen für Familien werden knapp 13 Milliarden Euro bereitgestellt (2024: 12,5 Milliarden).

Die Freiwilligendienste müssen in diesem Jahr mit weniger Geld auskommen: 289 Millionen Euro (2024: 329 Millionen Euro).

Lebens, der bundesweit Schwangerschaftskonfliktberatungen anbietet. In der Debatte sorgte bei Grünen und Linken vor allem diese Entscheidung für Kritik, ebenso wie die angekündigte Evaluation des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, auch wenn es erstmal noch nicht von Kürzungen betroffen ist. Da über 90 Prozent des Etats für gesetzliche Leistungen für Familien (Kindergeld, Elterngeld, Kinderzuschlag) gebunden sind, konzentriert sich die Diskussion meist auf die anderen zehn Prozent, bei denen das Ministerium mehr Gestaltungsspielraum hat. Jürgen Koegel (AfD) betonte als erster Redner, die Familienpolitik dürfe sich nicht ideologischen Strömungen beugen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssten die Finanzmittel sorgsam eingesetzt werden. Die Regierung hätte bei Personal- und Verwaltungskosten konsequenter sparen können, befand er und begrüßte die Ankündigung der Bundesregierung, das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zu evaluieren. Melanie Bernstein (CDU) lobte die finanzielle Stärkung des Vereins donum vitae, weil damit eine „Un-

wucht“ bei den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen ausgeglichen und die Pluralität der Angebote gestärkt werde. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ müsse „kernaniert“ werden, forderte sie und verteidigte die geplante umfassende Verfassungsschutzprüfung von geförderten Projekten. Es dürften keine Initiativen mit antisemitischer Zielrichtung gefördert werden, sagte Bernstein.

Jamila Schäfer (Grüne) kritisierte unter anderem diese Überprüfung und die angekündigten Mittelkürzungen für das Bundesprogramm in den kommenden Jahren heftig. „Wer Demokratieprogramme unter Generalverdacht stellt, der schwächt nicht Extremisten, sondern jene, die seit Jahren mutig gegen Extremisten kämpfen.“ An die Union appellierte sie, sich nicht von der Neuen Rechten treiben zu lassen, deren Ziel es seit Jahren sei, die demokratische Zivilgesellschaft mundtot zu machen.

## Die SPD mahnt, nicht an den Leistungen für Familien zu sparen

Für Tamara Mazzi (Die Linke) ist das Plus von 700.000 Euro für donum vitae nicht nachvollziehbar. Frauen müssten das Recht haben, sich frei und ohne Beratungszwang gegen eine Schwangerschaft zu entscheiden, forderte sie und kritisierte: Wer Frauen stärken wolle, der dürfe nicht gleichzeitig bei Beratungsangeboten, beim Müttergenesungswerk und bei Frauenhäusern kürzen. Svenja Stadler (SPD) mahnte, es müsse nun darum gehen, die bisherigen Mittel für das Ressort zu halten. An den gesetzlichen Leistungen für Familien dürfe nicht gerüttelt werden. Auch sei es sinnvoll, die 51 Millionen Euro für die Frühen Hilfen weiter aufzustocken und sie auch Familien mit Kindern bis zu sechs Jahren zukommen zu lassen. *Claudia Heine*



Justitia auf dem Römerberg in Frankfurt/Main.

© PA/Global Travel Images/Jürgen Held

## Justiz und Verbraucherschutz

## Für den Rechtsstaat

Gewaltschutzkonzepte und Digitalisierung im Fokus

Gewaltschutz, bessere Ausstattung der Justiz sowie Schutz und Förderung der Demokratie sind Schwerpunkte der Reden in der abschließenden Debatte über den Entwurf (21/500) der Etats des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz am Donnerstag gewesen. Der Justizhaushalt wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen, die Oppositionsfraktionen votierten geschlossen dagegen. Für den Haushalt des obersten Gerichts stimmten alle Fraktionen. Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen betonten, dass der Justizetat den Rechtsstaat stärke. Uwe Feiler (CDU) erklärte, gemeinsam mit der Bundesregierung sei es gelungen, einen soliden, ausgewogenen Haushalt auf die Beine zu stellen, der Verantwortung und Zukunftsperspektive verbinde. Es sei richtig und wichtig, auch unter angespannten finanziellen Rahmenbedingungen gezielt in qualifiziertes Personal, in eine moderne Ausstattung und ganz besonders in die Digitalisierung der Justiz zu investieren. Svenja Schulze (SPD) sagte mit Blick auf die vielen Fälle häuslicher Gewalt, besonders gegen Frauen, sie sei sehr froh, dass sich Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) dieses Themas annehme, was von parlamentarischer Seite unterstützt werde. Dies sei ein klares Zeichen gegen Gewalt. Mirco Hanker (AfD) stellte fest, dass sich der Entwurf finanziell zwar „auf solidem Niveau“ bewege, inhaltlich jedoch in vielen Punkten problematisch sei. Er kritisierte eine verfehlte Prioritätensetzung. Viel Geld werde

in Programme und Fördermaßnahmen gesteckt, deren Wirkung zweifelhaft sei und die stark ideologisch geprägt seien. Julia Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) warnte in ihrer Rede vor Desinformationskampagnen, die immer gezielter würden, um Deutschland zu destabilisieren. Die Justiz sei das Rückgrat der Demokratie, und sie sei mit einer Desinformationskampagne wie im Fall Brosius-Gersdorf auch beschädigt worden. Nur wenn die Justiz digital und schnell arbeite, könne sie gegen die Feinde des Rechtsstaates bestehen. Dietmar Bartsch (Die Linke) kritisierte, dass die Bundesregierung Milliarden an Euros für Panzer und Raketen ausbebe, für den Rechtsstaat das Mantra „Koste es, was es wolle“ aber leider nicht gelte. Die Linke unterstütze die geplanten Maßnahmen, mit denen die Justiz besser ausgestattet werden soll. Gleichzeitig mahnte er mit Verweis auf die Stellungnahme des Bundesrechnungshofs zum Sondervermögen einen besseren Umgang mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger an.

## Eine Milliarde Euro steckt der Bund in Justiz und Verbraucherschutz

Der Justizetat sieht in diesem Jahr einen leichten Anstieg der Ausgaben auf 1,16 Milliarden Euro vor. Die Einnahmen sollen auf 739,78 Millionen Euro steigen. Damit finanziert das Ministerium seine Ausgaben zu knapp zwei Dritteln selbst. Die Einnahmen sind im Wesentlichen dem Deutschen Patent- und Markenamt zu verdanken. *Michael Wojtek*



Die Ausgaben für das Elterngeld sinken. Für Kindergeld und Kinderzuschlag gibt der Staat aber mehr aus.

© picture-alliance/dpa

## KURZ NOTIERT: WAHLEN ZU GREMIEN

Ohne Aussprache ist in dieser Woche im Bundestag über die Besetzung von Gremien öffentlicher Organisationen entschieden worden.

Konkret ging es bei der Besetzung um die Bundesstiftung Gleichstellung (Mitglieder des Stiftungsrates), die Filmförderungsanstalt (Mitglieder des Verwaltungsrates), die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (Stiftungsrat), die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Beirat), den Eisenbahninfrastrukturbeirat (Beirat), die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Verwaltungsrat) und die Deutsche Härtefallstiftung (Stiftungsrat).

Die Deutsche Härtefallstiftung mit Sitz in Bonn hilft Menschen in außergewöhnlichen Notlagen, die aufgrund der Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten entstanden sein könnten. Unterstützt werden aktive und ehemalige Bundeswehrangehörige, ehemalige Angehörige der Nationalen Volksarmee der DDR sowie deren Familienangehörige und Hinterbliebene.



## Gesundheitsetat 2025 aufgestockt

## Warten auf den großen Wurf

Der Gesundheitsetat 2025 steigt, Krankenkassen bekommen Darlehen. Die Finanzprobleme in Gesundheit und Pflege sind damit nicht gelöst

Im Internet kursieren Bonmots über Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) in Anspielung auf den enormen Reformdruck, der wenig Anlass bietet, sich Zeit zu lassen. Auf einer Gesundheitsseite ist in einer Wortspielerei von „Warken auf Godot“ die Rede oder von „Gesundheitspolitik im Warkenstand“. Übersetzt: Bei der neuen Ministerin wird der erhoffte Elan vermisst.

Die Kernprobleme liegen auf der Hand: Die Kosten im Gesundheitswesen steigen permanent und zuletzt besonders stark, die Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung steigen mit und belasten die Versicherten. In der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) ist eine finanzielle Schieflage entstanden, die sich mit ein paar Stellschrauben vermutlich nicht beseitigen lässt. Im Haushalt für die Jahre 2025 und 2026 wird den Versicherungen vom Bund ein Darlehen in Milliardenhöhe gewährt, das zurückgezahlt werden muss. Gesundheitsexperten sind sich einig: Ein großer Reformwurf muss her, und das schnell. Dass der bislang ausgeblieben ist, hat wohl auch mit politischen Risiken zu tun. Schon Warkens Amtsvorgänger haben das große Besteck lieber nicht angefasst.

## Das Gesundheitssystem gilt als teuer und ineffizient

An Vorschlägen mangelt es nicht, auch von Arbeitgeberseite, die regelmäßig auf die Gefahr steigender Lohnnebenkosten verweist, aber systematische Reformen im Gesundheitswesen sind unbeliebt und riskant. Gleichwohl: Das deutsche Gesundheitssystem gilt im internationalen Vergleich als überteuert und in seinen Strukturen als ineffizient. Der GKV-Spitzenverband hat als eine Ursache „teure Gesetze“ ausgemacht und fordert ein Ausgabenmoratorium. Die alte Haushaltsweisheit lautet: Ausgaben müssen sich an Einnahmen orientieren. Warken verweist auf die Fachkommissionen, die Vorschläge für Finanzreformen erarbeiten sollen und Anfang Juli (Pflege) beziehungsweise Mitte September (Gesundheit) vorge-



Die Hochleistungsmedizin in Krankenhäusern ist teuer. Steigende Kosten führen zu höheren Beiträgen.

© picture alliance/Westend61/Sigrig Gombert

stellt wurden. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Zukunftspakt Pflege“ soll Ende dieses Jahres ihre Eckpunkte präsentieren, die GKV-Kommission, die am 25. September starten soll, hat länger Zeit: Hier sollen Vorschläge für kurzfristige Entlastungen Ende März 2026 vorliegen, ein zweiter Bericht mit Vorschlägen für Strukturformen soll bis Dezember 2026 fertig sein. Wann und welcher Form die Vorschläge der Kommissionen in Gesetzentwürfe einfließen, ist aber noch nicht absehbar.

## GKV-Spitzenverband klagt gegen den Bund

Unterdessen greift der GKV-Spitzenverband zu einem ungewöhnlichen Mittel, um perspektivisch die Einnahmeseite zu stärken: Er klagt gegen den Bund. Konkret geht es um die Gesundheitsausgaben für Bürgergeldempfänger und zehn Milliarden Euro pro Jahr aus Steuergeldern. Die vom Bund angewiesene Pauschale decke bei weitem nicht die Kosten. Der Verwaltungsratsvorsitzende Uwe Klemens rügte: „Seit vielen Jahren setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass diese rechtswidrige Unterfinanzierung beendet wird. Ohne Erfolg. Nun reicht es!“ Nach Berechnungen im Auftrag des

Spitzenverbandes hätte eine kostendeckende monatliche Beitragspauschale für Bürgergeldbezieher 2022 bei 311,45 Euro gelegen, es seien aber nur 108,48 Euro gewesen, mittlerweile sind es 133,17 Euro, das sei ebenfalls nicht kostendeckend.

Die Not ist also groß, die Zeit knapp. In der Haushaltswoche über den Etat 2025 äußerte sich Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) am Mittwoch zur Zukunft des Sozialstaates und stärkte indirekt Warken den Rücken, als er sagte: „Wenn hier Kommissionen arbeiten und Vorschläge unterbreiten, dann dient das nicht dem Zeitverzug oder gar der Verschleppung, sondern dann dient das der wohlbedachten Vorbereitung eben jener Reformen, die auch breite Zustimmung finden müssen, wenn sie auf Dauer tragen sollen. So funktioniert Demokratie.“

In der Schlussberatung des Gesundheitsetats für 2025, der Ausgaben in Höhe von rund 19,3 Milliarden Euro vorsieht (rund 2,6 Milliarden Euro mehr als 2024) und in der sogenannten Bereinigungssitzung fast unverändert blieb (21/1064; 21/1061), versicherte Warken, die nötigen Reformen seien auf dem Weg. Für den Entwurf stimmten am Mittwochabend die Koalitionsfraktionen von Union und SPD, die Opposition von AfD,

Grünen und Linken votierte geschlossen dagegen.

Warken sagte, Leistungen in Gesundheit und Pflege müssten bezahlbar bleiben und fügte hinzu: „Versorgungssicherheit erfordert stabile Finanzgrundlagen.“ Warken versicherte: „Wir sind entschlossen, das weitere Auseinanderdriften zwischen Einnahmen und Ausgaben zu stoppen.“ Die Beitragsspirale der vergangenen

Jahre müsse durchbrochen werden. Und sie betonte: „Uns ist allen bewusst, dass wir nicht mehr viel Zeit haben.“

Paula Piechotta (Grüne) ging mit der Haushaltsplanung der Koalition hart ins Gericht. So würden die vier Milliarden Euro, die als Soforttransformationskosten für die Krankenhäuser eingeplant seien, aus Mitteln für Verkehrsprojekte umgelenkt und zweckentfremdet. Piechotta sprach von einem „Sündenfall“ und dem unsolidesten haushaltspolitischen Vorgehen der vergangenen Jahre. Das Geld aus dem Sondervermögen für Verkehrsinfrastruktur werde auch noch „mit der Gießkanne“ über die Kliniken ausgeschüttet.

Svenja Stadler (SPD) räumte ein, dass die SPD sich einen anderen Auswahlmechanismus gewünscht hätte, „einen Modus, der keine wirtschaftlichen Anreize schafft“. Was nun vorliege, sei ein Kompromiss. Die SPD-Abgeordnete machte deutlich, dass die Reformen im Gesundheitswesen zügig kommen müssen. Es gehe darum, schnell zu konkreten Lösungsvorschlägen zu gelangen, „und zwar am liebsten gleich morgen.“

Martin Sichert (AfD) zeichnete ein düsteres Bild der Versorgungslage und sprach von einem ungerechten Gesundheitssystem voller Beschwerden und überbordender Bürokratie. Das Gesundheitssystem in seiner jetzigen Form diene nicht den Menschen, sondern vor allem den Lobbyisten. Der Koalition fehle der Mut für echte Reformen, derweil stiegen die Beiträge immer weiter.

Kritik an der Versorgungslage kam auch von Tamara Mazzi (Linke), die ein Mehrklassensystem ausmachte: „Unser Gesundheitssystem funktioniert für Besserverdienende und für die großen Gesundheits- und Pharmakonzerne, für alle anderen funktioniert gar nichts.“

Peter Aumer (CSU) wertete den Etat 2025 als Zeichen dafür, dass die Koalition die Prioritäten bei Gesundheit und Pflege setze. Gleichwohl seien Strukturformen nötig. „Uns allen ist klar, wir können nicht jedes Jahr Milliarden nachschießen, ohne strukturelle Antworten zu geben.“ Aumer versprach: „Wir gehen die Themen beherzt an.“

Claus Peter Kosfeld

## GKV-BILANZ

> **Größte Posten** Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) hat 2024 für Krankenhausbehandlungen rund 102 Milliarden Euro ausgegeben. Die Kosten für Arzneimittel lagen bei rund 55 Milliarden Euro, für ärztliche Behandlungen fielen rund 50 Milliarden Euro an.

> **Gesamtausgaben** Die Leistungsausgaben der GKV lagen 2024 insgesamt bei rund 312 Milliarden Euro.

> **Tendenz** Die Klinikkosten legten zuletzt um 9,54 Prozent zu, die Arztkosten um 7,71 Prozent.

Anzeige

## Kultur und Medien

## »Nicht das Sahnehäubchen«

Kulturstaatsminister Wolfram Weimer stehen 2,33 Milliarden Euro zur Verfügung

Rund 2,33 Milliarden Euro stehen Kulturstaatsminister Wolfram Weimer in diesem Jahr für seinen Geschäftsbereich zur Verfügung. Der Haushaltsausschuss hatte den kleinsten Etatposten im Bundeshaushalt, der zum Etat des Bundeskanzleramtes gehört, noch einmal gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf um rund 80 Millionen erhöht. Der Etat könne sich „sehen lassen“, befand denn auch der SPD-Kulturpolitiker Martin Rabanus. Im parlamentarischen Verfahren seien eine Reihe von Aufwüchsen ermöglicht worden. So könne das Denkmalschutz-Sonderprogramm mit einem Volumen von 35 Millionen Euro fortgesetzt werden. Zudem habe der Bundestag zusätzliche sechs Millionen Euro für Bundeskulturfonds bewilligt, denen somit insgesamt 24 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Kunst und Kultur seien „nicht Sahnehäubchen der politischen Agenda, sondern Grundnahrungsmittel“ für die Gesellschaft und die Demokratie.

Gregor Gysi (Linke) wollte sich diesem Urteil jedoch nicht anschließen. Im Vergleich zum Verteidigungshaushalt wirkten die Ausgaben für Kultur und Medien geradezu „absurd“. So seien die Mittel für den vor zwei Jahren ins Leben gerufenen Kulturpass

als seine Amtsvorgängerin Claudia Roth (Grüne) setze und damit deren „Zickzackkurs“ beende.

Lob erteilte Götz Frömming (AfD) an Kulturstaatsminister Weimer, weil er die 2022 aufgelegten 20 Förderprogramme zur Stärkung des Journalismus in Deutschlands wieder gestrichen habe. Darunter hätten sich „linksradikale Propagandaportale wie ‚Correctiv‘“ befunden, führte Frömming an. Zugleich bescheinigte er Weimer jedoch, dass er sich mit „AfD-Bashing der linken Kulturszene anzuschmiegen“ versuche. Katrin Göring-Eckhardt (Grüne) kritisierte den in Teilen der Kulturszene verbreiteten „stillen wirksamen Antisemitismus“. Jüdische Künstler würden bewusst boykottiert werden. Zugleich dankte sie Staatsminister Weimer ausdrücklich dafür, dass er den israelischen Dirigenten Lahav Shani und die Münchner Philharmoniker nach Berlin eingeladen habe, nachdem sie von der belgischen Stadt Gent eingeladen worden waren. aw

Der Zickzackkurs der Ampel und von Claudia Roth im Kulturbereich ist vorbei.

ANJA WEISGERBER (CSU)

für Jugendliche - sie erhielten bei Erreichen des 18. Lebensjahres einmalig einen Gutschein von 200 Euro für persönliche Kulturausgaben - wieder gestrichen worden.

Die CSU-Abgeordnete Anja Weisgerber bescheinigte Staatsminister Weimer, dass er „andere, neue und zielgerichtete Akzente und Prioritäten“

## Alles Wichtige aus dem Bundestag – seit 1951



Testen Sie „Das Parlament“ vier Ausgaben kostenlos.





## Bundeswehr

## Schulden für die Sicherheit Deutschlands

Die Verteidigungsausgaben steigen 2025 auf rund 86 Milliarden Euro. Im kommenden Jahr sollen es bereits 108 Milliarden sein. Möglich ist dies nur durch das Sondervermögen Bundeswehr und die Bereichsausnahme bei der Schuldenbremse

Mit 86,37 Milliarden Euro steigen Deutschlands Verteidigungsausgaben in diesem Jahr auf einen neuen historischen Höchststand seit dem Ende des Kalten Krieges. Da fällt es kaum ins Gewicht, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages während seiner Beratungen den ursprünglichen Regierungsentwurf für den Wehretat unter dem Strich um rund 124 Millionen gekürzt hatte. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) stehen somit 62,31 Milliarden Euro im regulären Verteidigungsetat zur Verfügung, weitere 24,06 Milliarden Euro fließen aus dem Sondervermögen Bundeswehr. Gegenüber 2024 wachsen die Verteidigungsausgaben um 14,74 Milliarden an. Im kommenden Jahr, so führ-

te der Außen- und Verteidigungspolitiker Norbert Röttgen (CDU) in der Debatte über den Wehretat aus, würden die Ausgaben bereits auf 108 Milliarden steigen und bis 2029 sollen schließlich gar 150 Milliarden Euro für die Landesverteidigung aufgebracht werden.

#### Mittel aus dem Sondervermögen sind bis 2027 ausgegeben

Möglich ist der massive Anstieg der Verteidigungsausgaben zum einen durch das 2022 aufgelegte Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von hundert Milliarden Euro und die vom Bundestag noch zum Ende der vergangenen Legislaturperiode beschlossene sogenannte Bereichsausnahme bei der Schuldenbremse für

die Verteidigungsausgaben. Von dieser wird die Bundesregierung spätestens ab 2027 großzügig Gebrauch machen müssen, um die angestrebten Ziele zu erreichen, da dann die Mittel aus dem Sondervermögen vollständig ausgegeben sein werden. Röttgen betonte denn auch, dass Verteidigungsausgaben nur durch die aktuelle Bedrohungslage zu rechtfertigen seien: „Unsere nationale Sicherheit wird durch Russland bedroht, und zwar durch dessen Bereitschaft, zum Mittel des Krieges zu greifen, wie wir es in der Ukraine sehen.“ An diesem Punkt weiß Röttgen neben dem Koalitionspartner SPD auch Bündnis 90/Die Grünen an seiner Seite. Andreas Schwarz (SPD) und Sebastian Schäfer (Grüne) verwiesen auf die Verletzungen des polnischen und ru-

mänischen Luftraums durch russische Drohnen in den vergangenen Wochen. Die Sicherheitslage sei seit der ersten Lesung des Bundeshaushaltes „leider noch schwieriger geworden“, sagte Schäfer. Die Bereichsausnahme bei der Schuldenbremse ermögliche es jetzt, „schnell die notwendigen Investitionen in unsere Sicherheit bezahlen zu können“.

#### Die Nato fordert 3,5 Prozent des BIP für Militärausgaben

In der AfD-Fraktion hält man hingegen eine andere Argumentation bereit. Die schuldenfinanzierten Verteidigungsausgaben, so monierte Thomas Ladzinski (AfD), würden vor allem deshalb so stark anwachsen, weil Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) „gern der Klassenprimus in der Nato sein möchte“ und das ausgegebene Ziel von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Militärausgaben bereits 2029 und nicht, wie vereinbart, erst 2035 erreichen wolle. Die daraus resultierende „Schuldenorgie“ führe „zur Handlungsunfähigkeit kommender Regierungen“ und zur „Destabilisierung“ Deutschlands. Ganz ähnliche Töne waren aus der Linksfraktion zu vernehmen. Der Verteidigungsetat sei „maßlos“ und „legt die Axt an den Sozialstaat“, befand Dietmar Bartsch (Linke). Auch der Bundesrechnungshof moniere, dass es „dauerhaft einen unbegrenzten, schuldenbasierten Spielraum zur Finanzierung der Bundeswehr gebe“. Dies könne so nicht bleiben, die Rüstung müsse aus dem Kernhaushalt finanziert werden, befand Bartsch.

#### Kritik am Beschaffungswesen und der Rüstungsindustrie

Besonders profitieren von den steigenden Ausgaben soll vor allem die Beschaffung militärischer Ausrüstung für die Bundeswehr. Einschließlich der Mittel aus dem Sondervermögen sind hierfür 32,3 Milliarden Euro eingeplant. Weitere 6,8 Milliarden fließen in den Erhalt des vorhandenen Materials der Truppe. Von Seiten der Opposition wird allerdings bezweifelt, dass das viele Geld auch vernünftig eingesetzt wird. Der Bundestag, so kritisierte der verteidigungspolitische

genseitig die Verantwortung dafür zu. „Wer Milliardenaufträge annimmt, muss auch pünktlich liefern, verlässlich und in der zugesagten Qualität“, mahnte Sozialdemokrat Schwarz. Auch der CDU-Abgeordnete Andreas Mattfeldt forderte die Rüstungsindustrie auf, ihre Kapazitäten hochzufahren. Im Verteidigungsfall müsse das Material „vom Band laufen“. Massive Kritik übte die AfD-Fraktion zudem an der Unterstützung der Ukraine. Die Bundesregierung, so führte Thomas Ladzinski an, habe sich in einem Haushaltsvermerk im „Kleingedruckten“ einen „Blankoscheck“ geben lassen, bestelltes militärisches Gerät an die Ukraine abzugeben. Dies schade der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Wenn die Regierung vom Bundestag bewilligtes Gerät für die Bundeswehr an die Ukraine umleite, dann werde der parlamentarische Wille ignoriert, befand sein Fraktionskollege Lucassen. Ein solches Vorgehen sei „verfassungswidrig“. Ebenso sei die Finanzierung deutscher Waffen für die Ukraine über den Einzelplan 60 des Bundeshaushaltes abzulehnen, sagte Lucassen.

Bei den Grünen sieht man dies jedoch völlig anders. Sebastian Schäfer verwies darauf, dass seine Fraktion die Bereichsausnahme bei den Verteidigungsausgaben vor allem gebilligt habe, um die Ukraine finanziell zu unterstützen. Während aber der Verteidigungshaushalt in den kommenden Jahren immer weiter erhöht werden soll, seien für die Ukraine konstant nur neun Milliarden Euro eingeplant. Das Verteidigungsministerium aber beziffere den Bedarf der Ukraine allein im kommenden Jahr auf 15 Milliarden, sagte Schäfer.

#### Aufstockung der Truppenstärke und Bau von Kasernen

Neben den Erhöhungen der Mittel für militärische Beschaffungen steigen auch die Personalkosten der Bundeswehr und die Ausgaben für die Unterbringung ihrer Soldaten deutlich an. Die Personalkosten für Soldaten und Zivilangestellte schlagen in diesem Jahr mit 23,47 Milliarden Euro zu Buche, gegenüber dem Vorjahr ist dies rund eine Milliarde

Ein Bundeswehrgesoldat übt mit einem schultergestützten Störsender die Abwehr von Drohnen. Der Störsender soll die Verbindung zwischen der Drohne und ihrem Bediener unterbrechen.

© picture-alliance/dpa/Jens Blüthner



Unsere nationale Sicherheit wird durch Russland bedroht, und zwar durch dessen Bereitschaft zum Mittel des Krieges zu greifen, wie wir dies in der Ukraine sehen.

NORBERT RÖTTGEN (CDU)



© Deutscher Bundestag

Sprecher der AfD-Fraktion, Rüdiger Lucassen, habe seit 2022 ohne konzeptionelle Grundlage 324 Beschaffungsvorhaben gebilligt. Die Bundesregierung beschaffe für die Truppe „alles, was die Industrie anbiete“, eine Priorisierung aber werde nicht vorgenommen, befand er. Auch Bartsch beklagte „Missmanagement und Rüstungsfilz“ im Beschaffungswesen. Von 13 aus dem Sondervermögen finanzierten Beschaffungsvorhaben würden elf mit Verspätung realisiert werden. Auch das Waffensystem Skyranger zur Drohnenabwehr werde erst mit zwölf bis 16 Monaten Verspätung an die Truppe ausgeliefert.

Verzögerungen und Preissteigerungen bei Beschaffungsvorhaben sind seit Jahren ein Ärgernis und werden immer wieder angemahnt. Politik und Industrie schieben sich meist ge-

Euro mehr. Um weitere rund zwei Milliarden Euro auf insgesamt 9,79 Milliarden Euro werden die Mittel für den Erhalt, die Sanierung und den Neubau von Kasernen und anderen militärischen Liegenschaften sowie deren Bewirtschaftung erhöht. „Wer junge Menschen für die Truppe gewinnen will, muss ihnen moderne Bedingungen bieten“, betonte SPD-Politiker Schwarz.

Nach den Plänen von Verteidigungsminister Boris Pistorius soll die Bundeswehr in den kommenden Jahren von aktuell rund 182.000 auf 260.000 aktive Soldaten aufgestockt werden. Hinzu kommen sollen 200.000 Reservisten. Um deren Unterbringung zu gewährleisten, müsse vom Ministerium ein Konzept für die Verdichtung und Erweiterung von Standorten vorgelegt werden, forderte Andreas Mattfeldt.

Alexander Weinlein





Gegen Kürzungen bei humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit regte sich bereits im Juni Protest, hier vorm Bundeskanzleramt - adressiert an Bundeskanzler Friedrich Merz.

© picture-alliance/dpa/Popow

## Einschnitte im Etat des Auswärtigen Amtes

# Was die Welt kostet

Bis in die Reihen der Koalition tun sich viele Abgeordnete schwer mit der Halbierung der humanitären Hilfe im Haushalt von Außenminister Johann Wadephul

Nur noch eine Milliarde Euro für humanitäre Hilfe statt wie bisher zwei Milliarden: Für viele Abgeordnete ist das eine wirklich harte Nuss. 300 Millionen Menschen seien auf humanitäre Hilfe weltweit angewiesen rechnet die Grünen-Haushälterin Jamila Schäfer am Mittwoch in der Debatte zum Etat des Auswärtigen Amtes vor. Die Bedarfe hätten sich innerhalb eines Jahrzehnts verdoppelt, gleichzeitig würden sich wichtige Geberländer, allen voran die USA, aus den Hilfesystemen zurückziehen. „Das ist nicht nur kurzfristig, es kostet Leben“, sagte Schäfer.

In dem vom Bundestag mit den Stimmen von Union und SPD gegen das Oppositionsvotum angenommenen Haushalt 2025 für den Einzelplan 05 (21/500) sind insgesamt 5,89 Milliarden Euro eingestellt, das sind 820 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Abschläge gab es – teils im ursprünglichen Regierungsentwurf, teils in der Bereinigung durch den Haushaltsausschuss – neben der humanitären Hilfe zum Beispiel beim Beitrag an die Vereinten Nationen und weitere internationale Organisationen.

Jürgen Koegel (AfD) kritisierte in der Debatte, dass fast ein Drittel der Mittel in die Verwaltung des Ministeriums fließen, davon zwei Drittel für die Personalkosten, während es heruntergekommene Auslandsvertretungen gebe. „Wir sprechen von Diplomatie und Respekt, gehen aber mit Löchern in der Hose zum Tanz.“ Die deutsche Außenpolitik verzichte auf die Durchsetzung eigener Interessen: „Wir verteilen Geld, das wir gar nicht haben, für Dinge, die uns keinen Nutzen bringen, in dem Versuch, Menschen zu bekehren, die gar nicht bekehrt werden wollen.“

Inge Gräßle (CDU) bekannte mit Blick auf die humanitäre Hilfe: „Die Kürzung über eine Milliarde tut weh.“ Es gebe aber die Zusage des Finanzministers, reaktionsfähig zu bleiben, wenn es zu „eskalierenden Katastrophen“ komme. „Flexibilität ist entscheidend.“ Als ein wichtiges Vorhaben nannte Gräßle die Beschleunigung der Visaverfahren – etwa für Studierende und Fachkräfte. „Es muss schneller gehen. Wir brauchen eine Serviceverbesserung auch durch das neu geschaffene Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten.“



© picture-alliance/dpa/Peetersen

Wir hinterlassen Lücken, die dann andere füllen, Russland, China – Autokraten.

JAMILA SCHÄFER (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jamila Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) beklagte die Kürzungen „ausgerechnet jetzt, obwohl wir mehr finanzpolitischen Spielraum haben als jemals zuvor“. Dies „beschädigt auch Deutschlands Rolle als glaubwürdiger Partner in dieser Welt“, sagte Schäfer. „Wir hinterlassen Lücken, die dann andere füllen, zum Beispiel China, Russland – Autokraten.“

Esther Dilcher (SPD) bedauerte die Kürzungen als „schweren Schlag“. Die Vielzahl von Krisen weltweit ma-

che angesichts der zur Verfügung stehenden Mittel eine „harte Priorisierung unseres Engagements“ nötig. „Wir riskieren eben auch, dass Deutschland und Europa in ganzen Regionen als Partner nicht mehr wahrgenommen werden.“ Deshalb müsse in künftigen Haushaltsberatungen nachgesteuert werden. Sascha Wagner (Die Linke) ging mit der Bundesregierung hart ins Gericht, weil diese afghanische Ortskräfte trotz Aufnahmezusage im Stich lasse. „Das ist nicht nur ein moralisches Versagen, das ist auch ein schamloser Wortbruch.“ Gleichzeitig verhandle die Bundesregierung mit dem Taliban-Regime über Abschiebungen, „nur um hier innenpolitisch Stärke zu demonstrieren.“ Das sei „Zynismus pur“, sagte Wagner.

## Minister setzt Schwerpunkt zur Ukraine und zum Iran

Außenminister Johann David Wadephul (CDU) bekräftigte in seiner Rede die deutsche Hilfe für die Ukraine: In dem von Russland völkerrechtswidrig angegriffenen Land werde „die europäische Freiheit verteidigt“. Ebenso stehe Deutschland zu seinen Verbündeten, sagte er mit Blick auf russische Drohnen über Polen und Rumänien. „Das Nato-Gebiet wird verteidigt, wir stehen zu unseren Verbündeten.“ Der Minister hob zudem hervor, dass Deutschland und seine Verbündeten dafür sorgen müssten, „dass Iran niemals in den Besitz von Nuklearwaffen kommt“. Erwartet werde, dass das Land die vollständige Inspektion seiner Atomanlagen zulasse und dass es keine Anreicherungsprogramme mehr gebe. Hier bleibe die Bundesregierung „hart und klar“, sagte Wadephul.

Alexander Heinrich

## Weniger Mittel für Entwicklungszusammenarbeit

# Am Ende sind alle Fraktionen unzufrieden

Zu hohe Kürzungen für die einen, zu wenig für die AfD

Das Haus von Entwicklungsministerin Reem Alabali Radovan (SPD) soll sparen. Um knapp eine Milliarde Euro auf 10,31 Milliarden Euro schrumpft der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in diesem Jahr, so hat es der Bundestag am Mittwoch mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD beschlossen. Alle Oppositionsfraktionen stimmten gegen die vom Haushaltsausschuss geringfügig geänderte Fassung des Regierungsentwurfs (21/500, 21/501, 21/1628 Nr. 1). In der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses wurden allerdings über mehrere Jahre geplante Ausgaben („Verpflichtungsermächtigungen“) weiter um knapp 1,3 Milliarden gekürzt.

Für Ressortchefin Alabali Radovan kein zufriedenstellendes Ergebnis, wie sie in der Debatte einräumte. Deutschland investiere weit weniger als dringend gebraucht werde, sagte sie. Klar sei aber auch: „Die deutsche Entwicklungspolitik bleibt handlungsfähig.“ Von amerikanischen Verhältnissen sei man weit entfernt, sagte sie mit Blick auf die Entscheidung der USA unter Präsident Donald Trump, sämtliche Programme zu streichen oder drastisch zu reduzieren. Bisher waren die USA größter Geber in der Entwicklungszusammenarbeit.

## Ministerin betont Bedeutung für Sicherheit und Frieden

Tatsächlich bleibt der BMZ-Etat mit geplanten Investitionen in Höhe von 6,57 Milliarden Euro der zweitgrößte Investitionshaushalt des Bundes. Ein Großteil davon (4,84 Milliarden Euro) fließt in die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit, also die direkte Kooperation mit den Partnerländern. Darunter fällt die Vergabe von günstigen Krediten, Beratungsleistungen oder die Förderung von Entwicklungsprojekten nichtstaatlicher Akteure wie Kirchen, politischen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen. 722,47 Millionen Euro sind für Krisenbewältigung und Wiederaufbau eingeplant. Entwicklungspolitik sei Präventionsarbeit, Zukunftsarbeit und Friedenspolitik zugleich, betonte Alabali Radovan. „Jeder Euro, der weltweit klug investiert wird, fördert Sicherheit und Frieden, auch für uns in Europa und in Deutschland.“

Das sieht die AfD-Fraktion anders. Sie hatte vorgeschlagen, den Einzelplan um 7,8 Milliarden Euro zu kürzen und die verbleibenden 2,5 Milli-

arden „sinnvoll“ aufzuteilen, erklärte Rocco Kever. So sollten 1,5 Milliarden Euro an das Wirtschaftsministerium fließen, um deutsche Interessen im Ausland „ohne rot-schwarzen Ideologiewahnsinn“ zu fördern.

Jamila Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte die Mittelkürzungen demgegenüber scharf und nannte die Prioritätensetzung im Bundeshaushalt „verantwortungslos“. Entwicklungszusammenarbeit sei auch positiv für die deutsche Wirtschaft, betonte sie mit Verweis auf eine Studie der Universität Göttingen, wonach durch sie in den vergangenen zehn Jahren 140.000 Arbeitsplätze gesichert worden seien.

Sascha Wagner (Die Linke) sprach von einem „Kahlschlag“. Die Kürzungen seien nicht nur kurzfristig, sondern auch ein Bruch mit dem Anspruch globaler Solidarität, befand er und kritisierte insbesondere die Streichungen beim Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria. Seine Programme stärkten Gesundheitssysteme und sicherten Mütter- und Kindergesundheit.

## »Die ärmsten Länder können nach wie vor auf uns zählen«

Nach Ansicht von Inge Gräßle (CDU) könne man nicht davon ausgehen, dass Deutschland auch bei einem Etat von zehn, elf oder zwölf Milliarden Euro der „Gamechanger“ von einer schlechten zu einer guten Welt sein könne. Statt Panik zu verbreiten, gelte es zu zeigen, „dass wir auch mit zehn Milliarden Euro in Sachen Effizienz und in Sachen Entideologisierung der Entwicklungshilfe gute Ergebnisse erzielen können“. Auch „die ärmsten Länder können nach wie vor auf uns zählen“, zeigte sie sich sicher. Gräßle sprach zugleich von einem Umbau zu mehr Kooperation mit der Wirtschaft. „Afrika braucht Unternehmer. Die Entwicklungshilfe braucht Unternehmer“, sagte sie.

Felix Döring (SPD) machte keinen Hehl aus seiner Enttäuschung. Angesichts der zunehmenden Krisen weltweit sei es „sehr schmerzhaft, dass der Etat so absinkt“. Allerdings wurden aus seiner Sicht im Haushaltsverfahren auch Verbesserungen erreicht. So habe man den Zuschuss zum Welternährungsprogramm um 22 Millionen Euro erhöht. Zehn Millionen Euro mehr gebe es jeweils für das Programm zur Bekämpfung von Polio sowie für die Finanzierung privater Träger. Davon profitierten unter anderem die Welthungerhilfe, der Verein Apotheker ohne Grenzen und die Johanniter.

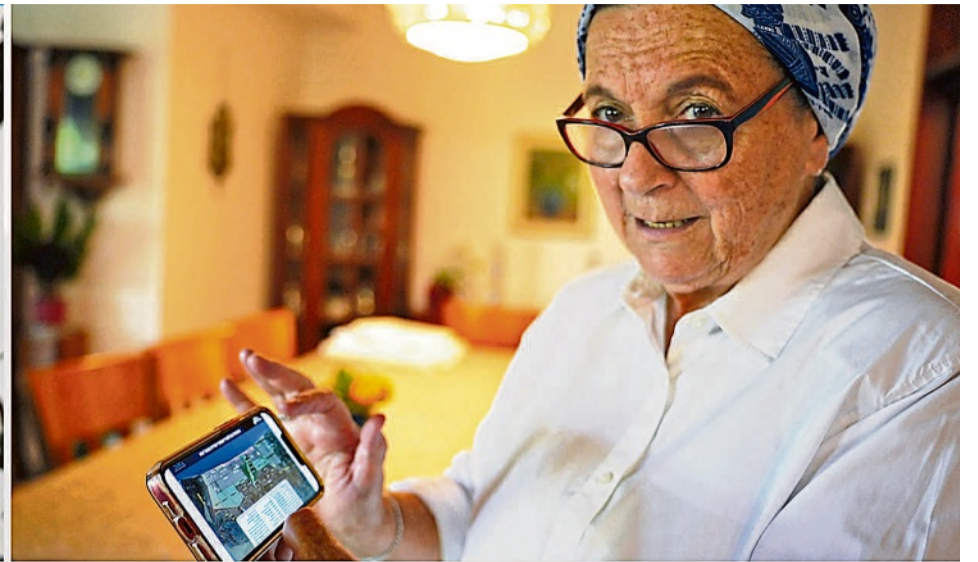
Johanna Metz



Die deutschen Beiträge zur Globalen Initiative zur Ausrottung von Polio (hier eine Impfkation in Nepal) sinken 2025 um fast die Hälfte.

© picture alliance/NurPhoto/Subhas Shrestha





Walid Habbas, Daniella Weiss und Shaul Arieli (v. li. nach re.) haben ganz unterschiedliche Vorstellungen von der Zukunft ihrer Heimat. Bauvorhaben wie das Siedlungsprojekt E1 im Westjordanland (unten li.) dürften eine Zweistaatenlösung weiter erschweren. © Uri Schneider

Nahostkonflikt

# Dem Frieden so fern

Die UN wollen die Zweistaatenlösung wiederbeleben. Doch für Israelis und Palästinenser ist diese Option in weite Ferne gerückt

Rufen Sie mich in zwei Stunden nochmal an. Ich bin gerade in Gaza.“ Siedlerführerin Daniella Weiss lebt im besetzten Westjordanland und macht keinen Hehl daraus, was die Pläne ihrer Community sind: Die Wiederbesiedlung des Gazastreifens. Mehr als einmal war Daniella Weiss nach eigenen Angaben seit Kriegsbeginn in Gaza – mit Wissen der Regierung und Schutz der Armee. Doch darüber schweigt sie sich aus.

1.200.000 jüdische Siedler will sie nach Gaza bringen. Die Pläne stehen bis ins letzte Detail, einschließlich Blaupausen für eine Universität mit einer Fakultät für Meereswissenschaften, direkt neben Donald Trumps „Riviera“, die der US-Präsident am Strand von Gaza bauen will.

„Letztendlich wird es nicht Trumps Riviera sein“, schmunzelt Weiss. „Alles wird uns gehören.“ Die arabischen Bewohner Gazas könnten in andere Länder gehen, „sei es in Afrika, nach Indonesien oder sonst wohin. Seit dem

die Presse von der Rechtmäßigkeit eines umstrittenen Bauvorhabens überzeugen. Laut Kritikern würde das sogenannte E1-Siedlungsprojekt das nördliche Westjordanland vom Süden abschneiden und so ein zusammenhängendes, palästinensisches Staatsgebilde unmöglich machen.

Guy Yifrach, Bürgermeister der Siedlerstadt Ma'aleh Adumim, beteuert gegenüber den Journalisten, E1 sei Produkt des „natürlichen Wachstums“ der Stadt. „Und was soll dann aus den Palästinensern werden?“, wirft ein amerikanischer Reporter ein. Die, so Yifrach, könnten in „irgendwelchen Kantonen“ untergebracht werden. „Nach dem, was dem jüdischen Volk und dem jüdischen Staat am 7. Oktober geschehen ist, ist uns allen klar, dass ein Feindesstaat im Herzen Israels eine akute Gefahr für Juden und den Staat Israel wäre.“

### Angst vor der Vorstellung eines palästinensischen Nachbarstaats

Seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 ist dies nicht nur die Haltung der Siedlerbewegung. Die von dem Massaker bis heute traumatisierte Gesellschaft Israels hat in der Mehrheit schlicht Angst vor der Vorstellung, einen palästinensischen Staat als Nachbar zu haben. Doch mehr denn je, meinen Nahostexperten, brauche die Region eine politische Lösung, selbst wenn die Hürden hoch sind.

„Mit der Radikalisierung auch der Bevölkerungen wird es natürlich immer schwieriger, zu einer Zweistaatenregelung zu kommen“, sagt Muriel Asseburg von der Stiftung für Wissenschaft und Politik in Berlin. „Dennoch gibt es keine Alternative zu einer Befriedung des Konflikts.“

Von dieser Befriedung sind Israelis und Palästinenser nach dem Massaker und fast zwei Jahren Krieg weit entfernt. Und doch scheint es gerade die Eskalation nie dagewesener Gewalt zu sein, die die immer wieder totgesagte Idee zweier autonomer Nachbarstaaten wieder auf die politische Tagesordnung gebracht hat.

Am 12. September 2025 verabschiedete die UN-Vollversammlung die „New York Declaration“. 142 von 193 Mitgliedstaaten, darunter auch die Bundesrepublik, bekennen sich darin zu einer aktiven Wiederbelebung der Zweistaatenlösung. Die Erklärung fordert die Entmachtung der Hamas und internationale Sicherheitsgarantien für beide Völker. Ein klares Zugeständnis an Israel. Doch das stellt sich quer. Der Ruf nach einem unabhängigen Palästina sei „ein Preis für den Terror“, heißt es.

Shaul Arieli kennt die Facetten der Zweistaatenlösung wie kein zweiter Israeli. Er lässt sich vom plakativen Veto seiner Regierung nicht abschrecken. Arieli war enger Berater des Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin, saß bei al-

len wichtigen Friedensverhandlungen mit am Tisch. Mehr als 30 Jahre nach dessen Ermordung ist er immer noch fest davon überzeugt, dass nur die Teilung des Landes Sicherheit und Frieden bringen kann.

„Der Grundgedanke unserer Staatsgründer hat sich nie geändert“, sagt er, „nämlich der eines Israels als sicherer, demokratischer Staat mit jüdischer Mehrheit, anerkannt von der Staatengemeinschaft. Das kann nur die Zweistaatenlösung bewerkstelligen.“ Trotz etwa 700.000 jüdischer Siedler im Westjordanland und in Ostjerusalem hält er eine solche Regelung durch geringe Gebietsaustausche bis heute für machbar. Doch Wenige sind so optimistisch wie Arieli. Auf beiden Seiten. Angesichts der Siedlungspläne in Gaza,

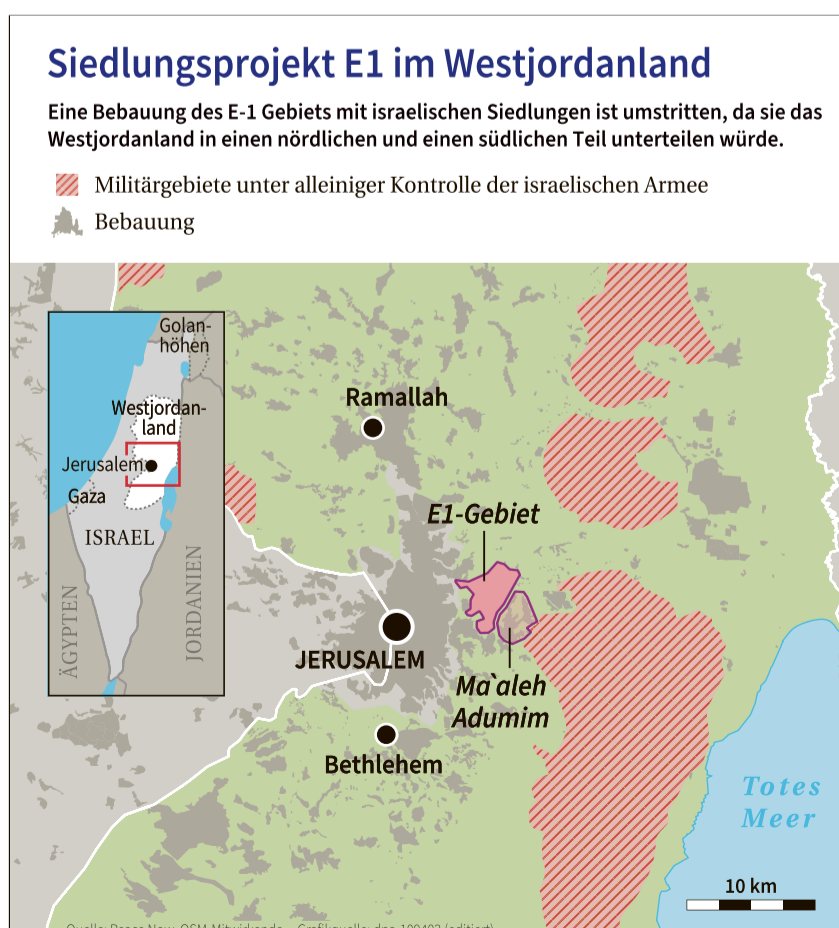
den Fantasien jüdischer Fundamentalisten von einem Gaza ohne Palästinenser und der islamistischen Hamas, deren Ziel die Zerstörung Israels ist, glauben auch Palästinenser kaum an eine politische Souveränität.

### Auch die Palästinenser haben wenig Hoffnung auf Souveränität

Zwar befürwortet nach letzten Umfragen gut die Hälfte nach wie vor eine Zweistaatenlösung, aber palästinensische Intellektuelle wie Walid Habbas, Politologe am Palästinensischen Forum für Israelstudien in Ramallah, halten sie für eine Illusion. „Die Palästinenser verlangen Selbstbestimmung, Freiheit und den Abbau der kolonialistischen Siedlungen, aber wenn wir das durch das Prisma einer Zweistaatenlösung sehen, müssen wir realistisch eingestehen, dass dieser Ansatz unter den gegebenen Umständen schlicht nicht der historischen Entwicklung entspricht.“

Was aber ist dann die Zukunft der Region? „Mit der Zeit“, prophezeit Shaul Arieli, „wird Israel zu einem Staat werden, wie wir ihn uns in den schlimmsten Albträumen nicht vorgestellt haben. Ein zerstrittener Apartheid-Staat, bis hin zu Bürgerkrieg und ewigem Terrorismus. Das ist sicher nicht das, was wir wollen.“ Einzig neue und mutige Führungskräfte könnten diesen Albtraum verhindern. Doch die sind nicht absehbar. Benjamin Netanjahu, unterstützt durch sein nationalistisches und palästinenserfeindliches Kabinett, sitzt nach wie vor fest im Sattel. Die Palästinenser, tief zerstritten zwischen der laizistischen, autokratischen Regierung von Mahmoud Abbas in Ramallah und den Islamisten der Hamas in Gaza, sind weit entfernt von politischem Konsens. So bleibt die Zweistaatenlösung in absehbarer Zeit nicht mehr als eine gut gemeinte Absichtserklärung von Diplomaten in New York.

Uri Schneider



» Uns ist allen klar, dass ein Feindesstaat im Herzen Israels eine akute Gefahr für Juden und den Staat Israel wäre.

GUY YIFRACH, BÜRGERMEISTER DER SIEDLERSTADT MA'ALEH ADUMIM

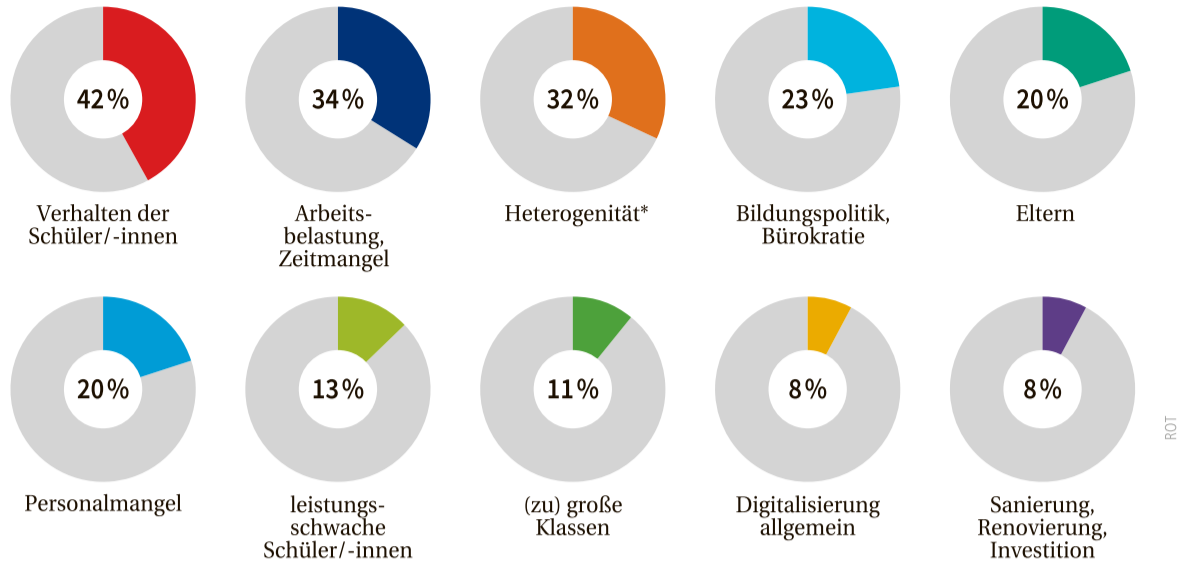
7. Oktober haben sie in Gaza nichts mehr zu suchen.“ Eine Vertreibung von zwei Millionen Menschen wäre das endgültige Aus für die viel beschworene Zweistaatenlösung. Offizielle Staatsräson ist das noch nicht, aber die drohende Besiedlung Gazas ist auch nicht die einzige Waffe, mit der Israel jede politische Regelung torpediert. 60 Kilometer westlich von Gaza, in der glühend heißen judäischen Wüste, führt die Siedlerorganisation Regavim eine Gruppe internationaler Journalisten ins Westjordanland. Regavim will

Der Autor ist Journalist und Filmemacher. Er lebt in Israel.



## Berufliche Herausforderungen für Lehrkräfte in Deutschland

Größte Herausforderungen für Lehrkräfte (Mehrfachnennungen)



\*z. B. unterschiedliche Erfahrungen aufgrund kultureller und familiärer Herkunft  
Online-Befragung von 1540 Lehrkräften an allgemein- und berufsbildenden Schulen vom 11.11. bis 2.12.2024

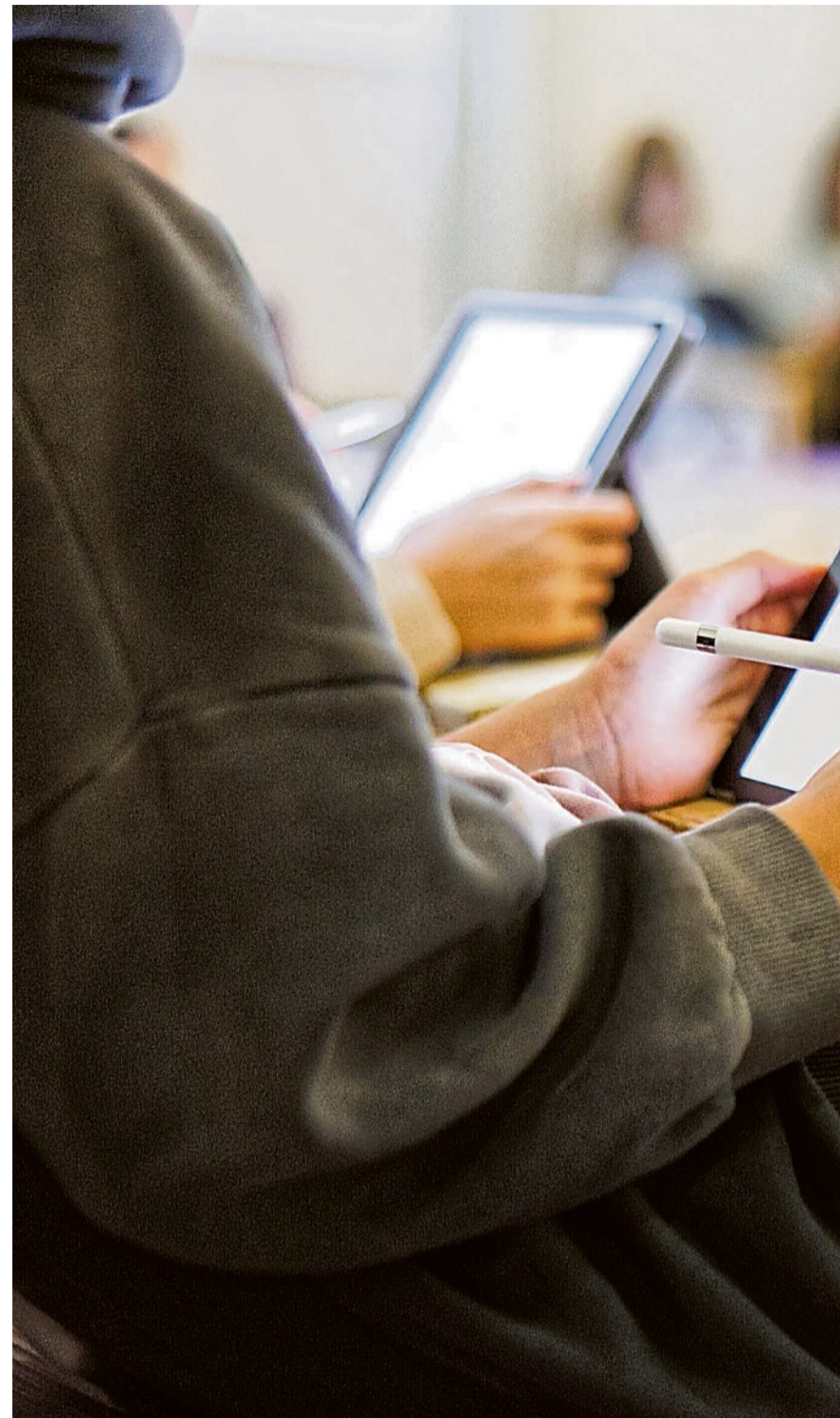
Quelle: Robert Bosch Stiftung (Deutsches Schulbarometer 2025) Grafikkunde: Globus 017782 (editiert)



## Künstliche Intelligenz in der Schule

# »Nicht nur einfach Pro und Contra«

Ute Schmid ist Professorin für Kognitive Systeme an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und forscht seit Jahren an der Schnittstelle zwischen Informatik und Schulbildung. Das Kernthema sei, wie Fächer vermittelt werden, denn zu oft gehe es nur um das Auswendiglernen, kritisiert sie



**Frau Schmid, das neue Schuljahr hat in den meisten Bundesländern wieder begonnen, zuletzt hatte das Verbot von Smartphones in der Schule für Diskussionen gesorgt. Wo stehen wir in Deutschland beim Einsatz digitaler Technologien im Unterricht?**

Eine pauschale Antwort ist nicht möglich. Es gibt Schulen, die kaum eine ordentliche Rechnerinfrastruktur haben. Und Schulen leiden unter fehlenden Technikerstellen, so dass etwa teure iPads verstauben, weil sich niemand um Updates kümmert. Selbst Schulen mit

einer guten technischen Infrastruktur kranken an fehlenden Konzepten: Für welches Thema, in welchem Fach, in welchem Schuljahr sind welche digitalen didaktischen Instrumente überhaupt sinnvoll?

**Wie sieht das in anderen Ländern aus, wird dort souveräner mit Digitalem in den Schulen umgegangen?**

Skandinavien war immer Vorreiter, auch Osteuropa. Andererseits verbannt Dänemark Tablets wieder aus der Grundschule. Und Bayern schlägt aktuell vor, bis zur achten

Klasse digitale Medien aus dem Schulunterricht wieder rauszunehmen. Ein generelles Pro oder Contra für die Nutzung digitaler Medien in Schulen finde ich zu undifferenziert. Kinder wachsen in einer digitalisierten Welt auf. Um alle Kinder sinnvoll zu fördern und Bildungsungerechtigkeiten entgegenzuwirken, gehören digitale Kompetenzen wie Informatik und auch der Umgang mit KI-Werkzeugen in die institutionalisierte Bildung.

**Studien bescheinigen, dass die Kompetenzen in den Basisfächern immer weiter zurückgehen. Liegt das auch an der Digitalisierung der Gesellschaft?**

Meine persönliche Meinung: Ich glaube, dass es ein bisschen auch an der Digitalisierung liegt. Aber ich denke, dass die eigentlichen Ursachen woanders liegen. Digitalisierung kann nützlich oder schädlich sein. Es kommt darauf an, wie man sie in den Bildungskontext einbettet. Erinnern wir uns an die Einführung der Taschenrechner: Es ist völlig in Ordnung, dass ich nicht mehr in der Lage bin, etwa eine große Quadratwurzel per Hand zu berechnen. Wir können durchaus bestimmte Kompetenzen verlieren, weil wir eben moderne Werkzeuge haben. Aber mir fehlt zum Beispiel im Mathematikunterricht ein Zugang, mit dessen Hilfe Kinder aus der Schule kommen und wissen: Was ist eine Quadratwurzel? Und bei welchen Problemen brauche ich diese Rechenoperation?

**Es hat also weniger mit der Frage zu tun, ob digitale Mittel eingesetzt werden oder nicht...**

Das führt uns zum Kernthema, wie Fächer vermittelt werden. Nach meiner Beobachtung wird auch in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern häufig der Fokus auf sehr

leicht abprüfbares Wissen gelegt, was eben meist Auswendiglernenwissen ist. Ein Beispiel: Schülerinnen und Schüler können in der mündlichen Abfrage zum Ottonischen Reich eine Eins erzielen. Aber wenn ich dann drei Monate später etwas zum Ottonischen Reich frage, werden sie nichts mehr davon wissen.

**Könnte man ja googeln.**

Könnte man. Aber es gibt doch einen Grundstock an Allgemeinwissen, den die Schule vermitteln soll. Und das gelingt nicht mehr so gut wie früher.

schreibt – und ein anderes KI-System liest und beantwortet sie.

**Warum ist das Szenario so problematisch?**

Kommunikation ist ja dazu da, sich zum Beispiel über Arbeitsinhalte abzustimmen. Da sollten die Menschen Kontrolle behalten. Es macht aber beispielsweise Sinn, dass sich ein KI-System mit einem anderen darüber abstimmt, welche Inhalte für eine Präsentation relevant sind. Teilweise werden Menschen, vor allem im Freizeitbereich, auch durch gezieltes Nudging mit KI zu Click-

» Unternehmensvertreter bestätigten mir, dass sie teilweise schon nach zwei Wochen ChatGPT-Nutzung nicht mehr in der Lage sind, eine E-Mail zu formulieren. Muss ich E-Mails selber schreiben? Ich finde schon.

UTE SCHMID

**Es gibt diesen Animationsfilm namens Wall-E...**

...genau den nehme ich immer als Beispiel!

bait degradiert. Das hat mit einem humanistischen Menschenbild nichts mehr zu tun.

**Dort lautet das Szenario: Menschen in der fernen Zukunft lassen sich von der Technik derart bedienen, dass sie degenerieren. Wie realistisch ist diese Dystopie?**

Aktuell halte ich sie für eher realistisch. Ich hoffe, wir kriegen noch die Kurve. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) führt schon jetzt beobachtbar zu De-Skilling. Letztens bestätigten mir Unternehmensvertreter auf einer Tagung, dass sie teilweise schon nach zwei Wochen Nutzung von ChatGPT nicht mehr in der Lage sind, eine E-Mail selber zu formulieren. Muss ich E-Mails selber schreiben? Ich finde schon. Im Extremfall haben wir ein KI-System, das eine E-Mail

**Genau jenes ist Schulauftrag. Welche Fähigkeiten drohen im klassischen Unterricht verloren zu gehen?**

Viele Inhalte werden sicher gut vermittelt. Aber beim Fokus auf klar prüfbares Wissen geht einiges an Kompetenzen verloren, insbesondere oft das tiefere Verständnis von Konzepten, Methoden und Problemlösekompetenz. Dieser Shift auf möglichst klare Begründbarkeit von Noten – teilweise verursacht durch Eltern, die Noten hinterfragen und vielleicht sogar mit dem Rechtsanwalt drohen – macht es den Lehrkräften schwer, Aufgaben zu stellen, die man nicht einfach abhaken kann. Sondern bei denen komplexere Inhalte abgefragt wer-

## Smart Schools

126 Schulen in Deutschland tragen den Titel "Smart School", da sie Vorreiter in digitaler Bildung sind.



Bewertet werden dabei u.a. Kriterien wie Einsatz innovativer Technologien, digitale Infrastruktur und qualifizierte Lehrkräfte im Bereich Digitalisierung.

Quelle: Bitkom (2024) Grafikkunde: Globus 016776 (editiert)







Zumindest auf den ersten Blick können viele Aufgaben mit digitalen Werkzeugen effizienter erledigt werden, sagt Professorin Ute Schmid. Sie betont aber die Gefahr, dass man sich an Schulen zu wenig Gedanken darüber macht, wie die ohnehin zu vollen Lehrpläne, insbesondere an Gymnasien, auf Kerninhalte reduziert werden könnten.

© picture-alliance/dpa/Matthias Balk

den, bei denen es verschiedene Lösungen gibt und die man eher qualitativ beurteilt. Die Art und Weise der Prüfung ist oft der „versteckte“ Lehrplan, auf den hin Schülerinnen und Schüler, aber auch Studierende sich ausrichten und versuchen, sich zu optimieren.

#### **Bildet die aktuelle bildungspolitische Debatte diesen Punkt ausreichend ab?**

Nein. In der aktuellen Debatte um KI in Schulen fehlt mir die Diskussion der Fachdidaktiken: Um zu entscheiden, welche digitalen Werkzeuge sinnvoll wie eingesetzt werden können, muss zunächst Klarheit darüber bestehen, welche Kompetenzen in welchem Fach in welcher Klassenstufe relevant sind. Erst im zweiten Schritt sollte die Frage nach den geeigneten didaktischen Instrumenten folgen.

#### **Ist KI auch solch ein Prüfungs-optimierer?**

Nach Veröffentlichung von ChatGPT gab es zunächst den Aufschrei aus den Schulen, dass die

Nutzung verboten werden soll, denn sonst schreibt die KI den Aufsatz oder löst die Hausaufgabe. Dabei hat sich die Schule zuvor ja auch nicht darum gekümmert, ob die Mutter oder der ältere Bruder den Aufsatz schreibt. Wir wissen alle, dass viele Eltern die Referate für ihre Kinder machen. Bildungsgerechtigkeit sieht anders aus.

#### **Wie können wir der ein Stück näher kommen?**

Wir brauchen ein vernünftiges Ganztagskonzept, bei dem das individuelle Üben statt zuhause in den Schulen mit entsprechender Betreuung stattfinden kann. Mit di-

gnal Werkzeugen, insbesondere KI, können viele Aufgaben zumindest auf den ersten Blick effizienter erledigt werden. Hier sehe ich auch die Gefahr, dass man sich zu wenig Gedanken macht, wie die zumindest in Gymnasien ohnehin zu vollen Lehrpläne auf Kerninhalte reduziert werden könnten. Statt viele Dinge oberflächlich zu vermitteln, wäre es aus meiner Sicht sinnvoller,

#### **Die Politik arbeitet an einem zweiten Digitalpakt für die Schulen. Warum hat es mit dem ersten so lange gedauert?**

Weil Bildung bei uns Ländersache ist. Es ist einzusehen, dass wir als Bundesrepublik gerade im Bereich Kultur und Bildung eine Autonomie in den Ländern haben wollen. Aber im Bildungsbereich fällt uns das zunehmend auf die Füße. Wenn ich alleine sehe, wie unterschiedlich die Standards zum Beispiel beim Informatikunterricht in den einzelnen Bundesländern sind, hat man da eine Heterogenität, die eigentlich nicht vertretbar ist. Will man gezielt KI-Tutorsysteme für spezielle Inhalte, etwa das Lösen von Redox-Reaktionen im Chemieunterricht oder für die Vermittlung von Rechenkompetenzen in der Grundschule, entwickeln, wäre es deutlich effizienter, solche Systeme für einen bundesweiten Einsatz zu konzipieren und dann auch breit in ihrer Wirksamkeit evaluieren zu können. Es macht keinen Sinn, das 16 Mal einzeln anzugehen.

#### **Wie sieht aus Ihrer Sicht die ideale Schule aus?**

Sie hat Lehrkräfte, die mehr Zeit haben, die vielleicht weniger Stunden Fachunterricht machen und sich dafür mit ihren Schülerinnen und Schülern in kleinen Gruppen auseinandersetzen. Sie ermöglicht stärkere Individualisierung und Förderung sowohl für schwächere als auch für besonders begabte Kinder. Gerade hier bieten KI-Werkzeuge, insbesondere Intelligente Tutorsysteme, große Chancen.



Ute Schmid

© Jürgen Schabel

gitalen Werkzeugen, insbesondere KI, können viele Aufgaben zumindest auf den ersten Blick effizienter erledigt werden. Hier sehe ich auch die Gefahr, dass man sich zu wenig Gedanken macht, wie die zumindest in Gymnasien ohnehin zu vollen Lehrpläne auf Kerninhalte reduziert werden könnten. Statt viele Dinge oberflächlich zu vermitteln, wäre es aus meiner Sicht sinnvoller,

## ERGEBNISSE DES SCHULBAROMETERS

**Skeptischer Blick der Lehrkräfte** Deutschlands Lehrkräfte blicken skeptisch auf den Einfluss Künstlicher Intelligenz (KI) im Klassenzimmer: Die Mehrheit erwartet durch Chatbot-Anwendungen wie ChatGPT überwiegend negative Auswirkungen auf ihre Schüler. Besonders gefährdet sehen sie soziale und kommunikative Fähigkeiten (61 Prozent) sowie das kritische Denkvermögen (60 Prozent). Gleichzeitig erkennen ebenso viele das Potenzial für personalisiertes Lernen (57 Prozent). Das geht aus dem am 25. Juni 2025 veröffentlichten Deutschen Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung hervor.

**Defizite im Umgang mit KI** Die repräsentative Studie offenbart zudem deutliche Defizite im Umgang mit KI: 62 Prozent der Lehrkräfte fühlen sich demnach unsicher, ein Drittel hat KI-Tools im vergangenen Jahr beruflich gar nicht genutzt. Wer sie einsetzt, nutzt sie vor allem zur Aufgabenerstellung (58 Prozent) und Unterrichtsplanung (56 Prozent), seltener zur Leistungsbewertung (sechs Prozent) oder Analyse von Lerndaten (drei Prozent). KI sei längst Teil der Lebenswelt junger Menschen und lasse sich auch durch Verbote nicht mehr aus dem schulischen Alltag verbannen, sagte Dagmar Wolf, Leiterin des Bildungsbereichs der Robert Bosch Stiftung bei der Vorstellung des Berichts. Sie forderte außerdem systematische Fortbildungen zum Einsatz von KI im Unterricht, denn: „Nur so können Schüler und Schülerinnen zu einem reflektierten und verantwortungsvollen Umgang befähigt werden. Richtig eingesetzt, kann KI Lehrkräfte entlasten und ihnen mehr Freiraum für pädagogische Aufgaben verschaffen.“

**Für mehr Demokratiebildung** Erstmals untersuchte das Schulbarometer in diesem Jahr, wie Lehrkräfte die Demokratiebildung an ihren Schulen einschätzen. Das Ergebnis: Mehr als die Hälfte (54 Prozent) ist der Meinung, dass in diesem Bereich mehr getan werden müsste. Der Umsetzung stehen aus Sicht der Befragten jedoch praktische Herausforderungen im Weg. Als größtes Hindernis nennen drei Viertel der Lehrkräfte (77 Prozent) den Mangel an Unterrichtszeit. Fast die Hälfte (45 Prozent) sieht zudem fehlendes Fachwissen des Kollegiums als problematisch an.

**Regionale Unterschiede** Deutliche regionale Unterschiede zeigen sich insbesondere zwischen den ost- und den westdeutschen Bundesländern: Lehrkräfte im Osten berichten häufiger von Desinteresse im Kollegium (38 Prozent gegenüber 26 Prozent im Westen). Auch die Sorge vor Konflikten unter Schülern (29 Prozent gegenüber 17 Prozent) sowie befürchtete Widerstände von Eltern (27 Prozent gegenüber 9 Prozent) werden dort deutlich häufiger als Hürden genannt.

### ZUR PERSON

Ute Schmid ist Mitglied in verschiedenen wissenschaftlichen Beiräten, unter anderem im KI Campus sowie bei AI Grid.

Für ihre Forschung im Bereich kognitive KI wurde sie 2022 zur EurAI Fellow ernannt. Sie widmet sich zudem intensiv der Förderung von Frauen in der Informatik und bietet seit 2005 Informatik-Workshops, insbesondere auch zum Thema KI, für Kinder und Jugendliche an.

Das Interview führte Jan Rübel. ■



## Deutschland im Nationalsozialismus

## Missstimmung in der Volksgemeinschaft

Der Historiker Peter Longerich hat die Stimmung der Deutschen in der NS-Zeit neu ausgelotet und kommt zu einem differenzierten Befund

**W**aren die Deutschen „unwillige Volksgenossen“? Waren sie mit der nationalsozialistischen Ideologie und Politik wirklich unzufrieden? Wenn ja, dann befand sich die Forschung lange Zeit auf einer falschen Fährte. Die Mehrzahl der Historiker war sich einig, dass das deutsche Volk mit zunehmendem politischem, sozialem und militärischem Erfolg hinter Adolf Hitler stand. Der renommierte NS-Experte Peter Longerich widerspricht anhand von zeitgenössischen Stimmungsberichten aus verschiedenen Quellen dieser Sicht. Obgleich die überlieferten Dokumente über die zwölf Jahre NS-Herrschaft inhaltlich sehr disparat sind, keine Kontinuität aufweisen und verschiedenste Urheber haben, ergibt sich doch ein differenziertes und überraschendes Bild der Stimmungslage innerhalb der deutschen Bevölkerung. Longerich entwirft auf Basis der Berichte der Gestapo, Landräte, Justiz, Wirtschaftsbehörden und des Sicherheitsdienstes, der NS-Verbände sowie der Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei im Exil ein sehr facettenreiches Bild. Mit der nötigen quellenkritischen Vorsicht interpretiert er das riesige Konvolut an Akten. Hinter den vorsichtigen Formulierungen und Andeutungen in den Quellen lässt sich jedoch die Unzufriedenheit vieler Bevölkerungsteile herauslesen. Longerich konzentriert sich dabei auf die Lage der Arbeiterschaft, der Landwirtschaft und Bauern, des Mittelstandes, der Kirchen und der lokalen Parteiorganisationen.

### Mehrheitliche Ablehnung des Regimes in der Arbeiterschaft

Hinlänglich ist bekannt, dass Hitler nie mit der absoluten Mehrheit vom deutschen Volk gewählt worden ist. Gewalt, Repressionen und Verbote haben die Machtübernahme und -festigung schließlich ermöglicht. Die seit Januar 1933 propagierte Aufbruchsstimmung teilten keineswegs alle Deutschen und auch an den Massenveranstaltungen nahm längst nicht jeder Anteil. Vielfach passten sich bürgerliche und konservative Kreise nach außen hin an, blieben

Das Bild der NS-Propaganda: Passanten zeigen im März 1938 während eines Aufmarsches der SA in Berlin den sogenannten „Deutschen Gruß“.

© picture alliance/  
Fotoarchiv für Zeitgeschichte



aber ihren Werten treu. Nicht neu ist, dass die Mehrheit der Arbeiterschaft dem Regime gegenüber eher ablehnend gegenüberstand. Unzufriedenheit machte sich aber auch in der Landwirtschaft und im Handwerk und Handel breit, weil sich die ökonomischen Versprechungen für sie nicht oder kaum erfüllten. Longerich beobachtet in all diesen Gesellschaftsbereichen über die gesamte NS-Herrschaft hinweg eine latente Missstimmung, die sich in kleineren Protesten und widerständigem Verhalten manifestierte.

Die evangelische und katholische Kirche behauptete vor allem in kleineren Kreisen ihren Glauben und bildeten eine Gegengemeinschaft zur „Volksgemeinschaft“. Der nicht parteigebundenen Bevölkerung stieß die Vetternwirtschaft der Parteifunktionäre bitter auf, was sich in den Stimmungsberichten deutlich widerspiegelt. Insbesondere das gewalttätige

Verhalten der SA und der mitunter rüpelhaften Hitlerjugend war immer wieder Grund zur Verärgerung in der Bevölkerung. Selbst innerhalb der Parteiorganisationen brodelte es, wenn der ein oder andere ungerechterweise begünstigt wurde. Von der „Volksgemeinschaft“ war nach Longerich schon bald nurmehr propagandistisch die Rede, in Wirklichkeit sei die Gesellschaft jedoch tief gespalten gewesen. Auch die außenpolitischen „Erfolge“ sowie die Einführung der Wehrpflicht seien zunehmend mit Skepsis betrachtet worden. Viele sahen im Expansionismus und der Militarisation die Vorbote des Krieges, der 1939 diese Ängste bestätigte. Trotz der anfänglichen Siege löste er keine dauerhafte Begeisterung aus, geschweige denn nach 1941. Auch die antisemitische Gesetzgebung und Gewalt wurde meist von der der Partei nahestehenden Bevölkerung mit entsprechendem

Rückhalt unterstützt und angefeuert. Gleichwohl wussten viele Deutsche von Deportationen, Repressionen und Gewalt gegen Juden, ohne dagegen vorzugehen.

### Innere Opposition und Gleichgültigkeit herrschen vor

Bei all diesen Beobachtungen erstaunt es immer wieder, dass es zwar vereinzelt Proteste und widerständige Aktionen gab, aber die innere Opposition oder sogar Gleichgültigkeit vorherrschte. Die in den Stimmungsberichten aufscheinende breite Unzufriedenheit in vielen Bevölkerungsschichten führte nicht zu allgemeinem Aufruhr oder Widerstand auf breiter Basis, die das Regime hätte stürzen können. Es bleibt also nach Longerichs Stimmungsbarometer die Frage offen, auf welchem Fundament das nationalsozialistische Regime seine Herrschaft konsolidieren konn-

te und inwiefern sich Diktaturen ohne größere Zustimmung behaupten können. Nicht allein die Angst vor Gewalt, Repression und Bestrafung begünstigen Diktaturen. Politische Passivität, mangelndes Interesse und fehlende Zivilcourage sind die Einfallstore und Anker totalitärer Herrschaftssysteme. Insofern trägt Longerichs Buch dazu bei, die aktuellen politischen Entwicklungen achtsam zu betrachten und gegebenenfalls couragiert zu handeln. Jörg von Bilavsky



**Peter Longerich:** Unwillige Volksgenossen. Wie die Deutschen zum NS-Regime standen. Eine Stimmungsgeschichte.

Siedler, München 2025; 640 S., 34,00 €

Anzeige

## Strategische Sicherheit in unsicheren Zeiten



Holger Janusch | Thomas Dörfler [Hrsg.]

### Integrierte Sicherheit für Deutschland?

Die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland  
ZfP Sonderband 13

2025, 291 S., brosch., 74,- €  
(Sonderpreis für Beziehende der Zeitschrift im Rahmen des Abonnements 55,50 €)  
ISBN 978-3-7560-0190-3  
E-Book 978-3-7489-5109-4

Der Sonderband legt die erste umfassende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der nationalen Sicherheitsstrategie Deutschlands vor. Diskutiert werden Funktionen, Politikfelder und die Institutionalisierung der Sicherheitsstrategie mit dem Ziel konkreter Handlungsempfehlungen.

Nomos  
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buchbestellung unter nomos-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



## KURZ REZENSiert

### Plädoyer für eine Kultur der Selbstbeschränkung

Renommierte Soziologen haben die deutsche Gesellschaft schon als „Risikogesellschaft“ (Ulrich Beck), „Gesellschaft der Angst“ (Heinz Bude), „Beschleunigungsgesellschaft“ (Hartmut Rosa) oder als „Gesellschaft der Singularitäten“ (Andreas Reckwitz) charakterisiert. Emanuel Deutschmann, Juniorprofessor für soziologische Theorie an der Europa-Universität Flensburg, erweitert diese Klassifikationen um den Begriff der „globalen Exponentialgesellschaft“. Was bedeutet das? Exponentielles Wachstum zeichnet sich durch gleichbleibende, prozentuale Wachstumsraten in jeweils gleichen Zeitabschnitten aus, die zu einer Phase führen, in der die negativen Folgen der Entwicklung nicht mehr gestoppt werden können. Exemplarisch erläutert Deutschmann, dass exponentielles Wachstum in Wirtschaft, Ökologie, Migration, Verkehr, Kommunikation, Demographie, Digitalisierung und in der Künstlichen Intelligenz den Fortbestand unserer Gesellschaft in ihrer aktuellen Gestalt bedroht. Denn mit dem Wachstum



**Emanuel Deutschmann:** Die Exponentialgesellschaft. Vom Ende des Wachstums zur Stabilisierung der Welt.

Suhrkamp, Berlin 2025; 442 S., 32,00 €

einher gingen ein steigender Verbrauch von Energie und Ressourcen, mehr Pandemien, höhere Inflationsraten und eine Zunahme der „anthropogenen Masse“, also des von Menschen produzierten Materials. Angesichts der Komplexität der Materie gelingt es dem Autor, die empirischen Daten und deren Wechselwirkungen in Grafiken so aufzubereiten, dass der Leser sie gut nachvollziehen kann. Vor der Ausbeutung unseres Planeten und unbegrenztem Wachstum haben in der Vergangenheit bereits andere Wissenschaftler gewarnt. Deutschmanns herausragender

Beitrag zu dieser Debatte besteht darin, dass er nicht einzelne Entwicklungen herausgreift, wie die Klimakrise oder die Erderwärmung, sondern 80 weitere Trends gleichzeitig analysiert sowie ihre Wechselwirkungen übersichtlich und nachvollziehbar darstellt. Dabei zeigt sich Deutschmann weder übertrieben optimistisch oder pessimistisch. Er weist vielmehr daraufhin, dass die Zukunft offen ist und mithin immer noch „aktiv gestaltet“ werden könne, trotz „großer Widerstände“ und sich schließender Zeitfenster. Tatsächlich ist er davon überzeugt, dass die unabwendbaren zahlreichen Katastrophen aufgrund des „Weiter-so-Expansionismus“ mit gezielten „Stabilisierungskapazitäten“ gebremst werden können. Dies sei aber nicht nur Sache der Politik, sondern jedes und jeder Einzelnen. Entsprechend wünscht sich der Soziologe eine stabilisierte Post-Exponentialgesellschaft, die über eine Kultur der Begrenzung und eine kollektiv definierte Selbstbeschränkung zu erreichen sei. Aschot Manutscharjan



# »Blasen sind die Minderheit«

Der Kölner Soziologe Ansgar Hudde hat die regionale Stimmenverteilung bei den letzten beiden Bundestagswahlen analysiert. Seine These: Die Mehrheit der Deutschen lebt in politisch heterogenen Nachbarschaften

**Herr Hudde, nach der Bundestagswahl Ende Februar kursierten in den Medien Karten, auf denen der Osten blau und der Westen schwarz eingefärbt waren – mit ein paar versprengten roten oder grünen Punkten in Groß- und Universitätsstädten. Hat sich Deutschland auseinandergelebt?**

Solche Karten zeigen nur, welche Partei im jeweiligen Wahlkreis auf Platz eins liegt. Oft liegen aber nur wenige Prozentpunkte zwischen der stärksten und der zweitstärksten Partei. So verkennt man schnell, wie viel politische Vielfalt dahinter steckt, man bekommt ein schiefes Bild. Es gibt in Deutschland schon bedeutsame politische Unterschiede zwischen den Regionen. Aber die Mehrzahl der Bürger wohnt in Nachbarschaften, in denen das Wahlverhalten halbwegs nah am Bundestrend ist. Die politischen Blasen sind in der Minderheit.

**Sie haben sich die Wahlergebnisse sehr detailliert angeschaut, auf der Basis der insgesamt 94.000 Stimmbezirke. Sind diese kleinen Nachbarschaften politisch homogen oder eher heterogen strukturiert?**

Die meisten Nachbarschaften sind durchaus heterogen. Es gibt aber auch Gegenden, in denen man kaum politisch Andersdenkende treffen wird. In den zentrumsnahen Vierteln von Groß- und Universitätsstädten zum Beispiel findet man kaum konservativ oder rechts eingestellte Menschen, in einigen kleinstädtischen und ländlichen Regionen Bayerns dagegen kaum Wähler, die progressiv wählen. In Teilen Ostdeutschlands hat man teils starke Kontraste, weil die AfD sehr stark ist, aber auch die Linke überdurchschnittlich abschneidet. Dafür fehlt dort oft die breite demokratische Mitte.

**Sie identifizieren vier typische Wahlmuster: Typischdeutschland, Konservativ, AfD-trifft-Linke, Grün-Links. Was steckt hinter diesen plakativen Begriffen?**

Das Typischdeutschland nenne ich so, weil die Stimmverteilung hier ungefähr dem allgemeinen Trend entspricht. Zwei Drittel der Deutschen wohnen in Nachbarschaften mit diesem Wahlmuster. Man findet sie überall im Bundesgebiet, besonders häufig aber in westdeutschen Klein- und Mittelstädten. Im Konservativ-Wahlmuster sind die Freien Wähler auffällig stark, typisch dafür ist das ländlich geprägte Bayern, alles links der CSU schneidet hier schlecht ab. Im AfD-trifft-Linke-Muster liegt die AfD klar auf Platz eins, aber auch die Linke ist stärker als im Durchschnitt. Bei der Wahl 2025 war in diesem Milieu auch das BSW mit zehn Prozent überproportional vertreten. Dagegen sind alle Parteien schwach, die schon mal an einer Bundesregierung beteiligt waren. Dieses Wahlverhalten ist in Ostdeutschland außerhalb der Großstadtzentren in der Mehrheit, man findet es aber auch in manchen Bezirken im Westen, eine größere Häufung gibt es zum Beispiel im Ruhrgebiet oder in der Westpfalz. Als letztes habe ich das Grün-Links-Muster identifiziert: Hier sind die Grünen und die Linke sehr stark, während rechte Parteien wenig Stimmen bekommen. Dieses Wahlverhalten finden wir in den zentrumsnahen Gebieten der Groß- und Universitätsstädte, im Osten ebenso wie im Westen. Die Abweichung vom Bundestrend ist hier am größten. Insgesamt wohnt nur ein Zwölftel der Deutschen hier – allerdings besonders viele derjenigen, die mit Politik, Wissenschaft oder Medien zu tun haben.



Ansgar Hudde

© Stephanie Kubens

## ZUR PERSON

Ansgar Hudde, geboren 1991 in Erlangen, promovierte 2019 an der Universität Bamberg. Nach einem Postdoc-Aufenthalt an der LMU München und einer Tätigkeit als Referent im Bayerischen Verkehrsministerium wechselte er als Akademischer Rat an das Department für Soziologie und Sozialpsychologie an der Universität zu Köln.

**Wo genau haben Sie diese untypischen Nachbarschaften gefunden?**

Bei der Bundestagswahl 2021 standen zwei Stimmbezirke an der Leipziger Eisenbahnstraße und zwei aus dem Stadtteil Vauban in Freiburg im Breisgau an der Spitze des Rankings, Gegenden also, die eine gewisse bundesweite Prominenz haben. Zur Bekannt-

milien aus der akademischen Mittelschicht geprägt, Studierende gibt es dort aber auch. Hier waren 2021 die Grünen extrem stark, 2025 sowohl Grüne als auch Linke. Die vier Stimmbezirke stehen auch in der Rangliste von 2025 wieder sehr weit oben. Hinzu gekommen ist ein Bezirk in Berlin-Kreuzberg rund um das Kottbusser Tor, und ein Bezirk in Hamburg-Mitte, auf der Insel Veddel.

**Neben der Auswertung von Statistiken waren Sie vor Ort in Herford, Abensberg, Gera oder Köln unterwegs, als Beispiele für die beschriebenen Milieus. Was ist Ihnen aufgefallen, das sich aus den reinen Zahlen nicht erschließt?**

Man spürt die Stimmung vor Ort. Ich fand es spannend, beides zusammen zu bekommen: die Zahlen zum Wahlverhalten und die persönlichen Eindrücke. Durch die Arbeit an dem Buch kann ich mir nun viel besser vorstellen, wie die Stimmung dort ist, wie die Nachbarschaft aussieht und wie sie sich anfühlt. Und andersrum genauso: Bin ich irgendwo unterwegs, kann ich ziemlich gut einschätzen, wie dort wohl gewählt wird.

**Ihre wichtigste Datengrundlage war nicht die Bundestagswahl 2025, sondern die von 2021. In diesen vier**

**Jahren aber kam es zu gravierenden Verschiebungen im Wahlverhalten: Vor allem SPD und FDP haben an Rückhalt verloren, AfD und Linke zugelegt. Lässt sich Ihr Schema überhaupt noch weiter anwenden?**

Ja, das Schema ist trotz dieser Änderungen sehr stabil. Ich habe inzwischen auch alle Hauptanalysen mit den Daten von 2025 nachgerechnet. Die Einteilung in die vier Wahlmuster funktioniert weiterhin. Wenn ich die Karten nebeneinander lege, muss man länger hinsehen, bis man Unterschiede entdeckt. Im Typischdeutschland ist das Wahlverhalten weiterhin nah am Bundestrend, im Konservativ-Wahlmuster ist es weiterhin konservativer. SPD, Grüne und Linke haben zusammen gerechnet 2025 ihr schlechtestes Ergebnis in über sechs Jahrzehnten eingefahren. Dieses Minus zeigt sich in allen Wahl-



**Ansgar Hudde: Wo wir wie wählen. Politische Muster in Deutschlands Nachbarschaften.**

Campus, Weinheim 2025; 262 S., 32,00 €

mustern, im Grün-Links-Milieu der Groß- und Universitätsstädte aber am geringsten. In ihren Hochburgen von 2021 haben diese Parteien am wenigsten verloren. Allerdings gab es 2025 eine bedeutende Verschiebung vor allem unter jungen Leuten und hier besonders bei den Frauen, weg von den Grünen hin zur Linkspartei.

**Im Schlusskapitel des Buches beschreiben Sie die Veränderungen nach der jüngsten Wahl im Detail. Wie unterscheiden sich die beiden Urnengänge in der regionalen Kartografie?**

Das Hauptbild ist die große Stabilität. Die meisten Unterschiede zwischen Stadt und Provinz oder auch zwischen den Bundesländern bleiben bestehen. Natürlich hat sich einiges verändert. Man findet jetzt mehr AfD-trifft-Linke-Nachbarschaften auch in westdeutschen Stimmbezirken, etwa in Gelsenkirchen, Kaiserslautern oder Pforzheim. Eine weitere interessante Verschiebung betrifft die ländlich-konservativen, katholisch geprägten Regionen im deutschen Nordwesten, im Emsland und im Münsterland. Dort bekam die AfD anfangs kein Bein auf die Erde, während die Union sehr stark blieb. Diese Resistenz gegen die AfD bröckelt nun aber, sie ist dort inzwischen fast genauso stark wie im Bundesschnitt. Als Orte, in denen die AfD sehr schwach ist, sind damit fast nur noch die zentrumsnahen Gebiete von Groß- und Universitätsstädten übrig.

**Was ist Ihre Prognose, wie sich die beschriebenen Wahlmilieus künftig entwickeln? Wird sich zum Beispiel der Gegensatz Ost-West allmählich wieder auflösen?**

Zu Ost und West wage ich keine Prognose. Auch beim Vergleich von 2021 und 2025 kommt es auf die spezifische Partei und auf die Perspektive an. Die Linkspartei zum Beispiel hat bei der letzten Wahl deutlich mehr im Westen dazugewonnen als im Osten. Die SPD hat in Ostdeutschland mehr als jede zweite Stimme verloren, im Westen „nur“ etwas weniger als jede Dritte. Die AfD ist im Westen von acht auf 18 Prozent gewachsen, im Osten von 22 auf 36 Prozent. Nun könnte man diagnostizieren, die Landesteile entwickeln sich weiter auseinander, weil die AfD im Osten 14 Prozentpunkte dazugewonnen hat, im West aber nur zehn. Die Analyse könnte aber auch sein: Die AfD hat sich im Westen mehr als verdoppelt, in Ostdeutschland ist sie „nur“ um zwei Drittel angestiegen. Mittlerweile kommt ein größerer Teil der AfD-Stimmen aus dem Westen, was man als Zeichen einer Angleichung verstehen könnte.

**Und die Unterschiede zwischen Großstadt und Provinz? Gehen die Parteipräferenzen noch weiter auseinander?**

Hier ist das Bild klarer: Das Gefälle zwischen den Zentren der Groß- und Universitätsstädte und dem Rest der Republik nimmt zu. Bewegt man sich aber aus diesen Nachbarschaften heraus, sind die Unterschiede gar nicht mehr so groß. Dieser Trend hat sich schon früh angedeutet und mit der Bundestagswahl 2025 nochmal deutlich verstärkt. Ich gehe davon aus, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Für Großstädter wie mich – und gerade auch für das politische Berlin – bedeutet das: Was ich vor der eigenen Haustür erlebe, ist keineswegs repräsentativ für die Stimmung im Land insgesamt.

Das Interview führt Thomas Gesterkamp. |



**ORTSTERMIN: FOKUSAUSSTELLUNG DER KUNSTSAMMLUNG DES BUNDESTAGES**

# Wie die DDR nach Texas kam - und zurück

Fotograf Harald Hauswald und Lyriker Lutz Rathenow im Gespräch über die DDR, ihren ikonischen Bildband mit Aufnahmen aus den späten 1980er Jahren und ein abenteuerliches Unterfangen

**B**ilder, Texte und eine irre Geschichte standen am Dienstag im Mittelpunkt einer Ausgabe der Veranstaltungsreihe „Fokusshows“ der Kunstsammlung des Deutschen Bundestages. Ort des Geschehens war der Ausstellungs- und Gedenkraum des Mauer-Mahnmals im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestages an der Spree. Die Protagonisten: der Fotograf Harald Hauswald und der Lyriker Lutz Rathenow. Formaler Anlass des Zusammentreffens: Die Reihe „Fokus Shows“ präsentiert die am Kunstprojekt zu den Grundgesetzartikeln 1 bis 19 im „Forum Kunst“ beteiligten Künstler mit eigenen Werk- und Gesprächsabenden. Hauswald hat beim Grundgesetz-Projekt den Artikel 8 zur Versammlungsfreiheit künstlerisch interpretiert.

Einige der Bilder des bekannten, aus der DDR stammenden Fotografen sind, ebenso wie Textbeiträge von Rathenow, in dem mehrfach aufgelegten und mittlerweile als ikonisch geltenden Bildband „Ost-Berlin. Die andere Seite einer Stadt“ überliefert. Der Band, der durch Westkontakte Rathenows bereits 1987 in München erscheinen konnte, erwischte die Staatssicherheit der DDR kalt - ausgerechnet zum 750-jährigen Stadtjubiläum Berlins. Der Band porträtiert Menschen und Momente in der Teilstadt der späten 1980er Jahre. Die Ausstellung im Bundestag zeigt Band und Bilder sowie weitere Foto-Originale, die eine abenteuerliche Reise durch Raum und Zeit der jüngsten Geschichte hinter sich haben. Auf konspirativ-diplomatischem Weg gelangten sie aus der DDR in die USA, wurden

**Lutz Rathenow und Harald Hauswald im Gespräch mit Kristina Volke, Kuratorin und Leiterin der Kunstsammlung des Deutschen Bundestages (von links nach rechts).** © DBT/Thomas Trutschel/photothek



dort in Austin/Texas in einer Ausstellung gezeigt, gerieten, gut archiviert, in Vergessenheit und wurden 37 Jahre später von dem damaligen Kurator, museumsgerecht verpackt, an den Fotografen zurück ins längst wiedervereinigte Deutschland geschickt. Den beiden in der DDR verfolgten Künstlern war damals die Ausreise verweigert worden. Vor zwei Jahren habe ihn die Nachricht erreicht, „dass ich Fotos zurückbekomme, von denen ich gar nicht wusste, dass sie noch existieren“, erzählte Hauswald an diesem Abend.

Bilder und Texte gäben „einen intimen Einblick“ in das Ost-Berlin der untergehenden DDR, sagte Kristina Volke, Kuratorin und Leiterin der Kunstsammlung des Deutschen Bundestages. Die Aufnahmen Haus-

walds, „ob von Punks, Künstlern, Polizisten oder NVA-Soldaten“, seien „von einer Zärtlichkeit und Freundlichkeit“ und erweckten „nicht den Eindruck eines denunziatorischen Motivs“. In einer „ganz feinen Weise“ erzählten dazu die „sehr freundlichen, ja heiteren“ Texte von dieser Stadt, „voller Freiheit in der Wahrnehmung, unabhängig von den Umständen.“

## Fotos und Texte schufen ein Porträt der Stadt

Hauswald berichtete, wie er für die DDR-Obrigkeit zum „bösen Buben“ wurde. „Ich hatte einen Weg eingeschlagen, von dem es kein Zurück mehr gab. Das DDR-Leben war bedrückend. Das Fotografieren bot eine Möglichkeit, ein Ventil zu öffnen

und einen Gegendruck zu erzeugen.“ Morgens sei er mit seiner Kamera losgezogen, durch Berlin, habe sich treiben lassen, neugierig auf die Welt, irgendetwas würde schon passieren. Er habe keinesfalls zum Ziel gehabt, den Dingen eine schlechte Perspektive zu geben. „Das ist dann so von der Stasi interpretiert worden.“

„Dann sind wir in deine Wohnung“, so Hauswald zu seinem Ko-Autor Rathenow, „und haben die Fotos gesichtet. Ein Jahr lang haben wir das Buch zusammengestellt – und die Stasi hat es nicht mitgekriegt.“ Rathenow sagte, das Buch sei ein Versuch gewesen, die Stadt zu inszenieren und in der DDR „emanzipatorisch-künstlerisch“ zu arbeiten, indem man Dinge zeigte, „die da sind“. So wurden die beiden zu

Chronisten, schufen ein historisches Porträt ihrer Stadt. Hauswald habe mit seinen traditionellen Schwarzweißfotos Alltagsfotografie gemacht, Menschliches, Kulturelles und Städtebauliches überliefert, und dabei „auch bewusst freche Aufnahmen“ gemacht, sagte Rathenow. Trotz der Umstände der Unfreiheit schaffte es der Schriftsteller, den Werken Hauswalds im Westen mediale Resonanz zu verleihen. Es gab ein breites Interesse an den Fotos. Der Osten sei so bereits „Teil eines europäischen Erfahrungsraums“ geworden, erklärte Lutz Rathenow.

Lucas Lypp

**Die Fokusshow „Harald Hauswald. Die TEXAS BOX“ ist noch bis 31. Januar 2026 montags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr I zu besichtigen.**

## VOR 70 JAHREN

### Die »Pankower Regierung« isolieren

**22.9.1955: Adenauer stellt Hallstein-Doktrin im Bundestag vor** „Ich muss unzweideutig feststellen“, erklärte Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) am 22. September 1955 vor dem Deutschen Bundestag, „dass die Bundesregierung auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch dritte Staaten, mit denen sie offizielle Beziehungen unterhält, als einen unfreundlichen Akt ansehen würde.“ Das Plenarprotokoll vermerkt an dieser Stelle „Beifall bei den Regierungsparteien“.

Als das Parlament an jenem Tag über die Grundlagen der künftigen Außenpolitik debattierte, ging es um nichts weniger als um die Frage, wie sich die junge Bundesrepublik im Kalten Krieg diplomatisch behaupten sollte. Die Antwort war die sogenannte Hallstein-Doktrin, die bis Ende der 1960er Jahre die westdeutsche Außenpolitik prägen sollte. Das Ziel: die internationale Nichtanerkennung der, wie westdeutsche Politiker den ostdeutschen Staat damals nannten, „sogenannten DDR“ und der „Pankower Regierung“ (nach dem Regierungsviertel in Ost-Berlin).

Ferner untermauerte sie den Alleinvertretungsanspruch Westdeutschlands, den Adenauer ohne Umschweife formulierte: „Die Bundesregierung ist (...) die einzige frei und rechtmäßig gebildete deutsche Regierung, die allein befugt ist, für das ganze Deutschland zu sprechen.“ Konkret besagte die Hallstein-Doktrin, dass die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen mit Staaten abbrach, die die DDR anerkannten. Kritiker befürchteten, der Schuss könnte nach hinten losgehen: Bonn könnte sich selbst isolieren; zudem erschwere die Doktrin Kontakte zu den osteuropäischen Nachbarn. Befürworter hielten dagegen, dass eine Gleichstellung von Bundesrepublik und DDR im Ausland die deutsche Einheit gefährden würde.

Eine Ausnahme bildete da die Sowjetunion als ehemalige Besatzungsmacht: Kurz vor der Debatte im September 1955 war Adenauer nach Moskau gereist, um die Rückkehr der letzten rund 10.000 deutschen Kriegsgefangenen zu erreichen. Im Gegenzug hatten die sowjetischen Machthaber diplomatische Beziehungen mit Bonn gefordert. Dass es damals schon einen Botschafter der DDR in Moskau gab, versteht sich von selbst.

Adenauer betonte im Bundestag, „die Haltung der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetzonenregierung“ werde „durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen“ mit Moskau „nicht berührt“. Vielmehr verfüge die „Regierung der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik“ nicht über ein „echtes Mandat des Volkes“. In der DDR herrsch-



Bundeskanzler Konrad Adenauer und Walter Hallstein © picture-alliance/dpa/Rohwedder

ten „Rechtsunsicherheit und Unfreiheit, und die Verfassung steht nur auf dem Papier“.

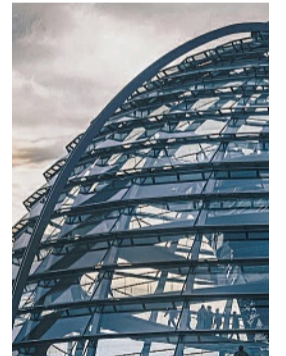
Ihren Namen bekam die Hallstein-Doktrin übrigens erst später. Im Januar 1956 wurde ein Runderlass an die westdeutschen Botschaften geschickt, der die Entschlossenheit der Bundesregierung „die Beziehungen zu solchen Staaten abzubauen, die die DDR anerkennen“ betonte. Dabei handle es sich nicht um eine „Prestigefrage“, hieß es, sondern um die „Grundlage unserer Politik“. Der Verfasser des Erlasses: der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Walter Hallstein. Zweimal wurde die Richtlinie tatsächlich angewandt: So wurden 1957 die Beziehungen zu Jugoslawien und 1963 zu Kuba abgebrochen.

Benjamin Stahl

## AUSBLICK ...

### So geht es weiter

Nach der Haushaltswoche ist vor der Haushaltswoche. In den zurückliegenden Tagen wurde der Bundeshaushalt 2025 beschlossen, in den kommenden Tagen wird der Haushalt 2026 beraten. Zum Auftakt geht es am Dienstag, ab 10 Uhr um die Einbringung des Haushaltsgesetzes für das kommende Jahr. Anschließend werden die Einzelpläne der Ressorts beraten: Am Dienstag sind das Verkehr, Bauen und Wohnen, Gesundheit sowie Landwirtschaft. Am Mittwoch werden die Beratungen fortgesetzt mit den Ressorts des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramts, gefolgt vom Auswärtigen Amt; Verteidigung sowie Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Am Donnerstag stehen die Ressorts Inneres, Justiz und Verbraucherschutz, Digitales und Staatsmodernisierung, Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Forschung, Technologie und Raumfahrt auf der Tagesordnung. Zudem wird die Wahl von Richterinnen und eines Richters des Bundesverfassungsgerichts Thema sein. Freitag werden zum Abschluss Arbeit und Soziales sowie Wirtschaft und Energie beraten.



© picture-alliance/dpa

## LIVE UND ZUM NACHSEHEN

**Topthemen vom 22. bis zum 26.09.2025**

**Generaldebatte zum Etat des Kanzleramts (Mi), Richterwahl für das Verfassungsgericht (Do)**

**Phoenix überträgt live ab 9 Uhr**

**www.bundestag.de/mediathek: Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.**



leicht  
erklärt!

# Was können Drohnen?

Auch die Bundes-Wehr nutzt sie



## Worum geht es?

Drohnen sind Flug-Geräte.

Das ist das Besondere daran:

Kein Mensch sitzt darin.

Drohnen werden von Menschen fern-gesteuert.

Manchmal können Drohnen auch ganz von alleine fliegen.

Drohnen gibt es in vielen Größen.

Zum Beispiel:

- So klein wie ein Vogel
- So groß wie ein Flugzeug



Diese Fragen werden im Text beantwortet:

- Wie fliegen Drohnen?
- Was kann man mit Drohnen machen?
- Warum hat auch die Bundes-Wehr Drohnen?
- Warum will die Bundes-Wehr mehr davon?
- Warum gibt es darüber Streit?

## Wie fliegen Drohnen?

Drohnen können wie kleine Flugzeuge fliegen.



Oder wie ein Spielzeug mit vielen Propellern.

Propeller nennt man die Teile an der Drohne, die sich drehen.

Diese 2 Sorten Drohnen gibt es:

### 1. Propeller-Drohnen

Diese Drohnen haben 4 oder mehr kleine Propeller.



Die Propeller drehen sich sehr schnell. So steigt die Drohne hoch in die Luft. Ähnlich wie bei einem Hub-Schrauber. Diese Drohnen können auch an einer Stelle in der Luft stehen bleiben.

### 2. Flügel-Drohnen

Diese Drohnen haben Flügel wie ein Flugzeug.



Sie starten oft von einer Start-Bahn. In der Luft gleiten sie lange Zeit. Darum können sie viele Stunden fliegen.

### Wie lenkt man eine Drohne?

Man kann die Drohne mit einer Fern-Bedienung lenken.

Oder mit einem Computer.



Die Bilder von der Drohne sieht man auf einem Bild-Schirm.

Manche Drohnen können ganz allein fliegen.

Dafür gibt man vorher eine Strecke ein.

Dann folgt die Drohne dieser Strecke.

### Was kann man alles mit Drohnen machen?

Drohnen können viele verschiedene Aufgaben haben.

Man kann sie in vielen Bereichen einsetzen.

Zum Beispiel:

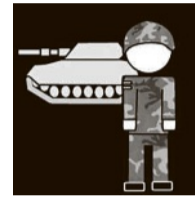


- Schöne Fotos aus der Luft machen
- Vermisste Menschen suchen
- Der Feuer-Wehr helfen, Stellen mit Feuer in einem Haus zu finden
- An hohen Gebäuden und Brücken nach Schäden suchen

- Vor dem Traktor fliegen und schauen, ob dort Tiere sind
- Für Soldaten die Gegend erkunden
- Mit Rakete als Waffe genutzt werden

### Drohnen bei der Bundes-Wehr

Die Bundes-Wehr ist die Armee von Deutschland.



Zu ihr gehören Soldaten, Fahrzeuge und Flugzeuge.

Darüber haben wir in Ausgabe 285 von Leicht erklärt mehr geschrieben.

Auch die Bundes-Wehr benutzt Drohnen.

Bisher waren das aber nur Drohnen für Fotos und Videos.

Damit konnten die Soldaten dann ihren Einsatz besser planen.

Solche Drohnen gibt es schon lange bei der Bundes-Wehr.

Diese Drohnen hatten keine Waffen.

Sie konnten nur sehen, nicht schießen.

### Warum will die Bundes-Wehr mehr Drohnen?

Seit dem Krieg in der Ukraine denkt die Bundes-Wehr neu über Drohnen nach.

Viele Fach-Leute sagen:

Auch Deutschland braucht Drohnen mit Waffen.

Andere Länder haben schon lange solche Drohnen.

Die Bundes-Regierung hat deshalb beschlossen:

Die Bundes-Wehr soll auch Drohnen mit Waffen bekommen.

Das heißt:

Die Drohnen können Raketen tragen und abfeuern.



### Warum will die Bundes-Wehr Drohnen mit Waffen?

Die Bundes-Wehr hat dafür mehrere Gründe:

#### 1. Schutz von den Soldaten

Drohnen können Feinde schon früh entdecken und sofort reagieren.



## 2. Schnelleres Handeln

Wenn es eine Gefahr gibt, dann kann eine Drohne schneller handeln als Soldaten in einem Hub-Schrauber.



## 3. Genauigkeit

Drohnen können sehr genau zielen. Sie treffen fast immer ihr Ziel.

## 4. Mehr Flüge ohne Soldaten

Es muss kein Mensch im Flugzeug sitzen. Das verringert die Gefahr für die Piloten. So heißen die Soldaten, die das Flugzeug lenken.

## Welche Waffen-Drohnen soll die Bundes-Wehr bekommen?

Deutschland hat sich schon eine bestimmte Drohne ausgesucht.

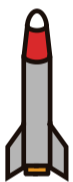
Sie ist groß wie ein kleines Flugzeug.

Sie kann viele Stunden lang in der Luft bleiben.

Und sie kann Raketen tragen.

Die Drohnen wurden im Land Israel gebaut.

Später will Deutschland auch eine Drohne aus Europa einsetzen.



## Streit über Waffen-Drohnen

Über die Waffen-Drohnen gibt es aber auch Streit.

Manche Politiker sagen: Drohnen sind gefährlich.

Denn sie können auch Fehler machen.

Dann werden vielleicht unschuldige Menschen getötet.

Manche befürchten das:

Bald könnte ein Computer alleine entscheiden:

Soll die Drohne schießen?

Außerdem stellen manche die Frage:

Ist es richtig, aus großer Entfernung einen Gegner zu töten?

Manche sagen:

Drohnen machen Krieg leichter.

Sie befürchten:

Das könnte dazu führen, dass Kriege öfter geführt werden.



Diesen Streit gibt es schon viele Jahre.

Manche Regierungen wollten bewaffnete Drohnen einführen.

Andere bremsen das.

Sie sagten:

Wir müssen uns das genau überlegen.

Denn der Einsatz solcher Waffen kann gefährlich sein.

Erst vor Kurzem gab es dann die sichere Entscheidung:

Die Bundes-Wehr bekommt Waffen-Drohnen.



Es gibt aber eine wichtige Regel:

Die Drohnen dürfen nur schießen, wenn ein Mensch die Entscheidung trifft.

Keine Drohne darf allein entscheiden.

## Was ändert sich durch die Drohnen für die Bundes-Wehr?

Die Bundes-Wehr wird moderner.

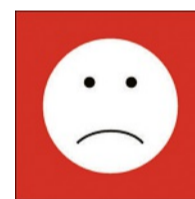
Soldaten sollen besser geschützt werden.

Deutschlands Armee wird stärker.

Aber nicht alle Menschen finden das gut.

Viele Menschen werden genau beobachten:

Wie setzt die Bundes-Wehr die Drohnen wirklich ein?



## Drohnen als Gefahr für uns

Auch andere Länder benutzen Drohnen.

Zum Beispiel Russland.

Russland führt den Krieg gegen die Ukraine.

Nun ist aber das passiert:

Waffen-Drohnen von Russland sind über das Land Polen geflogen.

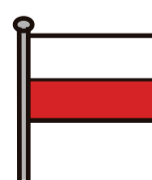
Polen ist mit Deutschland befreundet.

Eigentlich dürfen die Drohnen von Russland nicht über Polen fliegen.

Wahrscheinlich will Russland das:

Anderen Ländern Angst machen, die der Ukraine helfen.

Denn im schlimmsten Fall kann das passieren:







Russland greift andere Länder an.  
Wie Polen oder sogar Deutschland.  
Deshalb sagen viele Leute:  
Es ist wichtig, dass wir auch gute  
Waffen-Drohnen haben.



### Kurz zusammengefasst

Drohnen sind Flug-Geräte ohne Piloten.  
Sie können mit einer Fern-Bedienung oder  
mit einem Computer gesteuert werden.  
Manche Drohnen fliegen auch allein eine  
vorher festgelegte Strecke.

Es gibt zwei Arten:

- Propeller-Drohnen mit 4 oder mehr  
Propellern.  
Sie können auf der Stelle stehen bleiben.
- Flügel-Drohnen, die wie Flugzeuge  
aussehen.  
Sie gleiten lange durch die Luft und  
bleiben viele Stunden oben.

Drohnen haben viele Aufgaben.

Zum Beispiel:

- Fotos machen
- Vermisste suchen
- Der Feuer-Wehr helfen
- Brücken prüfen
- Tiere vor dem Traktor retten
- Die Umgebung für Soldaten erkunden  
oder Waffen tragen



Auch die Bundes-Wehr hat Drohnen.  
Früher waren das nur Drohnen ohne  
Waffen.

Die haben Videos und Fotos gemacht.

Wegen dem Krieg in der Ukraine hat die  
Bundes-Regierung aber das entschieden:

Die Bundes-Wehr bekommt auch Drohnen  
mit Waffen.

Dafür gibt es mehrere Gründe:

- Soldaten sollen besser geschützt werden
- Die Bundes-Wehr soll schneller etwas  
tun können, wenn es einen Angriff gibt
- Drohnen können sehr genau treffen
- Weniger Soldaten kommen in Gefahr



Aber es gibt Streit über die Drohnen.

Manche Politiker warnen:

Drohnen können Fehler machen.

Unschuldige Menschen können sterben.

Computer sollen nicht alleine über  
Schüsse entscheiden.

Andere sagen:

Drohnen machen es im Krieg leichter.

Doch das kann auch dazu führen:

Es kann häufiger Kriege geben als bisher.

Für die neuen Drohnen von der  
Bundes-Wehr ist das die Regel:

Es darf immer nur ein Mensch  
entscheiden, ob die Drohne schießt.

Trotzdem haben deshalb manche  
Menschen weiter Sorgen.

Der Krieg in der Ukraine und Drohnen von  
Russland über Polen zeigen:

Drohnen von anderen Ländern können  
auch eine Gefahr für Deutschland sein.

Da kann es gut sein, auch genug eigene  
Drohnen zu haben.



## Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, [www.antonius.de](http://www.antonius.de)

Kontakt: Alexander Gies, [info@nachrichtenwerk.de](mailto:info@nachrichtenwerk.de)

Redaktion: Daniel Krenzer, Christian Strunz, Victoria Tucker

Titelbild: © picture alliance/ dpa / Silas Stein sowie Axel Heimken. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 39/2025

Die nächste Ausgabe erscheint am 27. September 2025.